



Vgl. Seite 14

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Dr. Johann Keller, Christian Bernreiter, Judith Gerlach, Franz Meyer, Alois Brundobler.

Bild: Bayerischer Landkreistag/Honold

51. Landrätetagung in Bad Füssing:

Mehr Lebensqualität durch Digitalisierung

Bad Füssing als Europas größtes Heilbad war für zwei Tage Veranstaltungsort der 51. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistages. Die jährlich stattfindende interne Fachtagung gab den 71 bayerischen Landrätinnen und Landräten erneut die Möglichkeit, sich über Landkreisgrenzen hinweg und fernab des Tagesgeschehens auszutauschen. Im Mittelpunkt standen die Digitalisierung der kommunalen Daseinsvorsorge und damit die enormen Potenziale für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von Stadt und Land.

„Die Digitalisierung kann gute Antworten auf viele kommunale Herausforderungen geben und sie kann – was entscheidend ist – die Lebensqualität in allen Landkreisen verbessern, so dass jedermann profitiert“, so Landkreistagspräsident Christian Bernreiter, Landrat von Deggendorf, bei der Eröffnung. Neben der Bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, die zu den Chancen und Herausforderungen des Digitalstandortes Bayern referierte, standen am 1. Veranstaltungstag die digitale Bildung, die Digitalisierung der Medizin und des ÖPNV im Vordergrund.

Unterstützung für Landkreise und Kommunen

Laut Ministerin Gerlach kann die digitale Verwaltung nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Die Bayerische Staatsregierung unterstütze daher Landkreise und Kommunen unter anderem mit gut 43 Millionen Euro

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Städtetag:

Flächensparen und Klimaschutz

Die Bayerische Staatsregierung will den Flächenverbrauch in Bayern reduzieren. Hierzu soll die zusätzliche Landnutzung von zuletzt im Durchschnitt gut zehn Hektar pro Tag bis 2030 auf die Richtgröße von fünf Hektar absinken. Diesen (nicht verbindlichen) Wert lehnt der Bayerische Städtetag kategorisch ab, wie dessen Vorsitzender Kurt Gribl in München deutlich machte.

Gribl zufolge ist der Bayerische Städtetag für einen konsequenten Vorrang der Innenentwicklung. Nötig seien flächensparende Nutzungen in Landesplanung, Fachplanungen, kommunalen Planungen und im Förderwesen. Eine Flächenzuweisung nach mathematischen Formeln aber werde weder den vielschichtigen Bedarfen der über 2.000 Städte und Gemeinden, noch den Bedürfnissen der Menschen gerecht.

Kommunale Planungshoheit

Sie verstoße gegen die in der Bayerischen Verfassung verankerte kommunale Planungshoheit. „Eine starre Obergrenze ist keine Lösung, um Flächen effizienter zu nutzen“, betonte der Präsident. Einerseits fordere man von den Kommunen den Bau möglichst vieler Wohnungen, andererseits wolle man ihnen eine Zwangsjacke anlegen. „Ohne Flächen geht das nicht.“ Zudem werde übersehen, dass die Hälfte des

Flächenverbrauchs in nicht versiegelten Flächen wie Sportplätzen, Grünstreifen und Parks besteht.

Bevor Verbrauchsgrenzen gezogen werden, müssen nach Auffassung des Bayerischen Städtetags qualitative Fragen der Flächennutzung und die für eine kompakte Siedlungsentwicklung nötigen baurechtlichen Instrumente entwickelt werden. Ansonsten blieben die Wünsche

Ein klares Bekenntnis gab Kurt Gribl zum ÖPNV-Ausbau ab. Der öffentliche Nahverkehr leiste einen Beitrag zum Klimaschutz und sei ein Garant dafür, dass die Mobilität in Stadt und Land funktioniert.

ÖPNV und Klimaschutz

Der ökologische Vorteil des öffentlichen Nahverkehrs müsse freilich noch besser genutzt werden, etwa mit dem Ausbau von Schienennetzen und Busspuren, grünen Wellen für Bus und Straßenbahn, effizienteren Fahrzeugflotten mit Gasantrieb, Nutzung von Elektromobilität mit regenerativer Energie, mit Hybridtechnik und alternativen Antrieben.

Nötig seien Verbesserungen in größeren Verkehrsverbänden und vernetzten Fahrplänen. Die Zukunft liege in der effizienten Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel mit attraktiven Umsteigemöglichkeiten: „Dynamische Leitsysteme geben an

(Fortsetzung auf Seite 4)



V. l.: Dr. Kurt Gribl und Bernd Buckenhofer.

Starke Stimme der Gemeinden

Wer auf Dr. Uwe Brandl trifft, erlebt ihn nicht selten als polarisierend, immer aber als sachkundig und meinungsstark. Entsprechend lautet sein Credo: „Wer die Verantwortung für die politische Entwicklung und die Verwaltung einer Kommune trägt, muss eine klare Vorstellung davon haben, welche Entwicklungspotenziale und -möglichkeiten diese hat. Dabei geht es nicht um ein kurzfristiges Denken in Wahlperioden. Es geht um ein nachhaltiges Vordenken einer Situation, die innerhalb einer Generation möglich sein kann.“

1993 wählten die Abensberger Bürger Brandl zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt. Zehn Jahre später wurde er Präsident des Bayerischen Gemeindetags und 2018 schließlich Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. In dieser Funktion vertritt er deutschlandweit über 11.000 Kommunen. Zu seinem 60. Geburtstag am 27. Oktober, den Brandl ohne großes Aufheben feierte, kann der umtriebige Jubilar damit bereits jetzt auf ein reiches Politikerleben zurückblicken, das stets auf die Fortentwicklung und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung gerichtet war.

Die kommunale Stimme

„Wir müssen den Städten und Gemeinden in der Bundespolitik noch besser als bisher Gehör verschaffen. Dafür will ich mich auch zukünftig mit aller Kraft einsetzen“, betont Uwe Brandl. Als zentrale Themen der kommenden Jahre benennt er u.a. die Integration der Flüchtlinge in Städten und Gemeinden und die Digitalisierung. Bund und Länder seien

Machen statt reden

„Damit sind wir Vorreiter in Deutschland und deutlich schneller als der Bund“, erklärte die Ministerin und ergänzte: „Wir machen, während andere nur reden. Wir haben mit Authega ein Verfahren entwickelt, das sich

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zum 60. Geburtstag von Dr. Uwe Brandl:

Identität nicht aufzugeben. Neben dem notwendigen Wandel werde es nämlich auch wichtig sein, das Einmalige, Unverwechselbare zu stärken und zu fördern. „Auch wenn es antiquiert klingen mag: Es gilt, Heimat zu erhalten“, erklärt der Jubilar.

Neben zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen ist der verheiratete Jurist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Bayerischen Verdienstordens. Seit 2013 hat er einen Lehrauftrag an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden. Neben kommunalpolitischen Publikationen hat Brandl bereits einen Lyrikband veröffentlicht, außerdem Ur- und Adventsgeschichten. Vor zwei Jahren erschien zudem

Dr. Uwe Brandl.

„Die kleine Mäusegemeinde“, ein Erstlesebuch, in dem Brandl kindgerecht erklärt, warum Gemeinden – egal ob aus Menschen oder Mäusen bestehend – eine kommunale Verwaltung benötigen. Ämterhäufung hatte ihm die politische Konkurrenz in jüngerer Vergangenheit vorgeworfen und nachgefragt, auf wie vielen Hochzeiten er denn noch zu tanzen gedenke. „Erstens tanze ich gerne“, antwortete Brandl, „zweitens liebe ich Feste.“ Und drittens könne er noch so viele Hüte aufsetzen, es würde nichts ändern an dem Fakt: „Abensberger zuerst.“ In diesem Sinne: Ad multos annos!

der Menschen nach Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Arbeitsplätzen und Erholungsflächen auf der Strecke. Jede zusätzliche Verknappung des Bodens ziehe steigende Immobilienpreise und Mieten nach sich.

Wirksame Instrumente

Um die Forderung „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu verwirklichen, fehlten den Kommunen noch wirksame, rechtliche Instrumente, stellte Gribl fest. Erforderlich seien ein verstärktes kommunales Vorkaufsrecht und die Möglichkeit, eine Grundsteuer C zu erheben, die brach liegende Flächen im Innenbereich stärker belastet und deren Höhe die einzelnen Kommunen selbst bestimmen könnten.

Neues von Sabriul

„Nicht den Tod soll man fürchten, sondern dass man niemals beginnt, zu leben“, rät Sabriul die Vorzimmerperle zusammen mit Marc Aurel über Bestattungsbräuche im Wandel der Zeit. Ihr Chef fordert, nicht alle gewachsenen Traditionen über Bord zu werfen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Paradebeispiele für öffentliche Verschwendung	2
Bayerisches Glasnost gefordert	2
Bayerischer Hospizpreis 2019	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunaler Forderungskatalog für bessere Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort	3
6-Punkte-Maßnahmenplan zum Umgang mit Bodenaushub	3
DStGB-Europaausschuss in Iphofen: Wege zu mehr Bürgernähe	4
Breitband • Mobilfunk • Digitalisierung	5 - 8
Kommunale Bauthemen	9 - 11
Kommunalfahrzeuge • Kommunaler Fuhrpark	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Bayerisches Glasnost gefordert

Ein Bayerisches Informationsfreiheitsgesetz soll Korruption verhindern und die demokratische Meinungsbildung stärken – so fordern es FDP und Freie Wähler. Die CSU sieht jedoch den Schutz personenbezogener Daten gefährdet. Bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Bayerischen Landtag diskutierten die Parteien entsprechende Regelungen.

Mit einem Informationsfreiheitsgesetz will die FDP die Auskunftsrechte Bürgern gegenüber stärken. „Wir beantragen ein bayerisches Glasnost“, erklärte FDP-Fraktionschef Martin Hagen bei der Ersten Lesung. Unter dem Schlagwort „Glasnost“ wird die ab 1985 durch Gorbatschow eingeleitete Reformpolitik bezeichnet, die darauf abzielte, das gesamte staatliche Handeln in der Sowjetunion für das Volk transparenter zu gestalten. Jeder Bürger müsse sich über staatliches Handeln informieren dürfen, forderte Hagen. Dies solle für Transparenz, verhindere Mäuscheln und Korruption und trage dazu bei, Missstände aufzudecken. Neben Sachsen und Niedersachsen sei Bayern das einzige Bundesland ohne entsprechende Regelungen. Besonders kritisierte Hagen, dass die Auskunftsrechte der Bürger im Freistaat durch den verbindlichen Nachweis eines berechtigten Interesses an den jeweiligen Informationen beschränkt seien. Die Vorgabe stelle eine unnötige Hürde dar.

Datenschutz in Gefahr

Gegen die Ausweitung der Informationsrechte sprach sich Petra Guttenberger (CSU) aus. Transparenz sei wichtig, dürfe aber nicht über den Schutz personenbezogener Daten und von Geschäftsgeheimnissen gestellt werden. Für den passenden Interessenausgleich solle seit 2015 das novellierte bayerische Datenschutzgesetz. In diesem sei auch geregelt, dass Bürger ein berechtigtes Interesse für ihr Auskunftsbegehren nachweisen müssten. Liege dieses vor, bestehe ein allgemeines Informationsrecht in Form von Akteneinsicht oder der Übersendung von Kopien. So oder ähnlich sei es auch in anderen Ländern geregelt. „Ein völlig voraussetzungsfreier Auskunftsanspruch ist in keinem dieser Gesetze gegeben“, betonte Guttenberger.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eugen Hain
95358 Guttenberg
am 20.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Rodde
92521 Schwarzenfeld
am 10.11.

Bürgermeister Hans Wojta
85276 Hettenshausen
am 13.11.

Bürgermeister Hans Beck
96178 Pommersfelden
am 17.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Nirschl
94253 Bischofsmais
am 16.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne Hoyer
85416 Langenbach
am 8.11.

Bürgermeister
Franz-Xaver Obesser
85229 Markt Indersdorf
am 11.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Veröffentlichung „pro-aktiv“

Grüne und SPD kündigten ihre Unterstützung an, forderten aber noch über den FDP-Vorstoß hinausgehende Auskunftsrechte für die Bürger.

Nach Ansicht von Katharina Schulze (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) sollten Behörden dazu verpflichtet werden, Daten und Akten „pro-aktiv“ öffentlich zu machen, soweit keine personenbezogenen Inhalte dagegensprechen. „Öffentliche Daten gehören öffentlich gemacht, private Daten bleiben privat“, gab Schulze als Devise aus. Die „antiquierten Regelungen“ in Bayern seien für das Land „peinlich“. SPD-Fraktionschef Horst Arnold ergänzte, in einem modernen Staat begegneten sich Verwaltung und Bürger auf Augenhöhe. Der „Bürger als Bittsteller“ passe nicht in dieses Szenario. Für die AfD erinnerte Christoph Maier an die verfassungsrechtliche Vorgabe, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe. Dazu gehöre auch das Informationsrecht der Bürger. Allerdings

müsse dabei der Datenschutz gewährleistet sein, um den politischen Missbrauch der Informationen zu vermeiden. Hier sei der FDP-Entwurf „lückenhaft“.

FW fordern Transparenz

Auch die FREIEN WÄHLER sprachen sich für größere Informationsfreiheit aus, wollen den FDP-Entwurf aber aus Rücksicht auf den Koalitionspartner CSU und wegen diverser Mängel ablehnen. „Transparenz ist eines unserer Herzensanliegen“, sagte der FW-Abgeordnete Alexander Hold. Man werde deshalb auch innerhalb der Koalition weiter dafür kämpfen. „Der umfassende Zugang zu amtlichen Informationen ist eine wichtige Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung von Bürgerrechten. Wir sind der Auffassung, dass ein entsprechendes Gesetz nicht nur zur Förderung der demokratischen Meinungs- und Willensbildung beitragen, sondern auch die Kontrolle staatlichen Handelns verbessern sowie dessen Akzeptanz in der Bevölkerung stärken würde. Die Einführung eines Bayerischen Informationsfreiheitsgesetzes ist daher unerlässlich. Dafür werden wir uns auch in Zukunft bei unserem Koalitionspartner einsetzen.“

Anja Schuchardt

Impulse für den Bayerischen Wald

Wie wird die Behördenverlagerung umgesetzt und wie hoch ist die Akzeptanz für den Nationalpark Bayerischer Wald? Darüber informierten sich die Mitglieder des Ausschusses Öffentlicher Dienst bei einer auswärtigen Sitzung der neuen Außenstelle des Landesamtes für Steuern in Zwiesel im Bayerischen Wald.

2015 sorgte der Vorschlag der Staatsregierung, weitere Behördenverlagerungen durchzuführen für Aufsehen. Ziel dieser Maßnahmen war es Strukturimpulse für die Region und den ländlichen Raum zu geben. Im März 2016 startete das Landesamt für Steuern den ersten Verlagerungsschritt nach Zwiesel mithilfe eines Aufbauteams. Aktuell arbeiten 51 Personen vor Ort, die in zwei Gebäuden im Zentrum von Zwiesel untergebracht sind. Bis 2025 sollen es 100 Personen werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stammen überwiegend aus der Region Niederbayern, erklärte der Präsident Dr. Roland Jüptner.

Freiwilligkeit vor Zwang

Er betonte, dass im Verlagerungsprozess konsequent auf Freiwilligkeit gesetzt wurde. Dies habe sich ausgezahlt. Die Mitarbeiter in Zwiesel seien äußerst zufrieden mit Ihrem Arbeitsplatz und hoch motiviert. Das zeigte auch die Vorstellung der verschiedenen Aufgabenbereiche an der Außenstelle. Renate Biberger erläuterte den Ausschussmitgliedern die Arbeit der Sondereinheit Zentrale Steuerraufsicht, die sich am Standort Zwiesel auf Steuerbetrug im Bereich E-Commerce spezialisiert hat. „Zasterfahndung auf hohem Niveau!“ kommentierte der Ausschussvorsitzende, Wolfgang Fackler (CSU), beeindruckt von der spitzfindigen Detektivarbeit, die die Beamtinnen und Beamten zur Bekämpfung von Steuerbetrug leisten. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass das Landesamt für Steuern das Verlagerungskonzept konsequent und solide umsetzt.

Akzeptanz für Nationalpark

Der zweite Anlaufpunkt des Informationsbesuches war der Nationalpark Bayerischer Wald, bei dem die Abgeordneten sich mit dem Parkleiter, Dr. Franz

Leibl, austauschten. 1970 wurde der Park als erster Nationalpark in Deutschland gegründet, 1997 folgte eine Erweiterung auf die heutige Fläche von 24.250 Hektar. Auch wenn der Nationalpark in der Vergangenheit in der Region umstritten war, befürworteten ihn aktuell 80 Prozent der Bevölkerung.

Ausbildungsplätze

Leibl gab den Abgeordneten nähere Informationen zur Personalstruktur und zur Personalsituation der rund 200 Beschäftigten. Der Nationalpark biete unter anderem Ausbildungsplätze für Forstwirte und Tierpfleger an, sei aber auch beliebte Anlaufstelle für Doktoranden, Praktikanten und Interessenten an einem Freiwilligen Ökologischen Jahr. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befassten sich mit wissenschaftlicher Beobachtung (Monitoring), For-

Bayerischer Hospizpreis 2019:

Selbstloser Einsatz im Dienste Schwerstkranker

Herausragendes Engagement im Ehrenamt sowie beispielhafte Projekte aus dem Bereich der Hospizarbeit sind mit dem Bayerischen Hospizpreis der Bayerischen Stiftung Hospiz (BSH) gewürdigt worden. In diesem Jahr ging die Auszeichnung an Christine Meseth-Voß, Helene Peter und Rosi Jarema von der Hospizinitiative der Caritas-Sozialstation Nittenau-Bruck e.V. (Stiftungspreis Ehrenamt) aus der Oberpfalz und die Hospizgruppe-Gehörlose der Diözese Würzburg (Stiftungspreis Projekt). Außerdem erhielten die Autoren Gesa Gottschalk, Sarah Levy und Roman Pawlowski den undotierten Sonderpreis der Bayerischen Stiftung Hospiz 2019.

Anlässlich der Verleihung, die im Rahmen eines Staatsempfangs zum 20-jährigen Bestehen der Bayerischen Stiftung Hospiz in der Münchner Residenz stattfand, wies Gesundheitsministerin Melanie Huml darauf hin, dass ohne diese Menschen, die sich in der Hospiz- und Palliativversorgung engagieren, eine ganzheitliche Sterbebegleitung in Bayern nicht möglich wäre. Die Ehrenamtlichen begleiten offen und ehrlich durch die Themen Sterben, Tod und Trauer



Hanns Seidel Stiftung

Institut für Politische Bildung

KOMMUNALPOLITIK-SEMINARE

und Leitfäden zur Kommunalpolitik (Grundlagen, Baurecht, Haushalt, Rechnungsprüfung)

Besuchen Sie unser Themenportal Kommunalpolitik im Internet:

► www.hss.de/kommunalpolitik

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung
Lazarettstraße 33 | 80636 München | E-Mail: ipb@hss.de



Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Paradebeispiele für öffentliche Verschwendung

Horrende Kosten für eine provisorische Abschiebehafenanstalt, eine Brücke für Haselmäuse, die von den Tieren möglicherweise gemieden wird und ein fragwürdiger Pilotversuch in München mit Kunststoff-Sitzmöbeln: Bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2019 in München beklagte der Bund der Steuerzahler in Bayern erneut zahlreiche Fälle von Steuergeldverschwendung im Freistaat.

Bayerns Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhau und Vizepräsidentin Maria Ritch werfen der öffentlichen Hand vor, Projekte oft anfangs zu billig zu planen und die Bauzeiten nicht im Griff zu haben. Was länger dauert, koste in aller Regel mehr, so die Verbandschefs. Insgesamt listet der Bund der Steuerzahler in Bayern wieder Ver-

schwendung in dreistelliger Millionenhöhe auf.

Ein Dauerbrenner in den Schwarzbüchern des Bundes der Steuerzahler ist das Projekt „Zweistöckige Straßenbahnunterführung am Augsburger Hauptbahnhof“. Bereits in der Planungsphase sind die Kosten von Jahr zu Jahr gestiegen. Dies setzt sich auch während der Bauausführung fort. Als der Straßentunnel 2009 erstmals in dem Buch auftauchte, wurde eine Kostensteigerung von 70 auf 95 Millionen Euro angeprangert. Inzwischen gehen die Verantwortlichen von Ausgaben in Höhe von etwa einer viertel Milliarde Euro aus. Der Bund der Steuerzahler befürchtet, dass am Ende mehr als 300 Mio. Euro im Tunnel verschwunden sein werden.

Teures Jahrhundertprojekt

Kräftig nachschlagen müssen Bund und Freistaat auch beim weltweit bedeutenden Deutschen Museum in München. Die Kosten für die Generalsanierung des Technikmuseums stiegen seit 2011 von 400 Millionen Euro auf voraussichtlich 595 Millionen Euro. Zwar räumt der Landesverband des Steuerzahlerbundes ein, dass es sich um ein „Jahrhundertprojekt“ handle, bei dem immer Unvorhergesehenes passieren könne. Jedoch werfe eine derartig hohe Kostensteigerung Fragen zum Risikomanagement auf. „Bleibt nur zu hoffen, dass das gesamte Museumshaus wie geplant zu seinem 100. Geburtstag im Jahr 2025 wiedereröffnet werden kann – vollständig saniert mit neuen Ausstellungen und im Sinne der Steuerzahler ohne weitere Kostensteigerungen“, meint der BdS.

Weiterhin aus dem Ruder laufen die Kosten für den Erweiterungsbau des NS-Dokumentationszentrums auf dem Obersalzberg. Statt ursprünglich geschätzten 14,6 Mio. Euro wird die Erweiterung der Dokumentationsstelle nunmehr rund 30 Mio. Euro erfordern. Das ist mehr als doppelt so viel wie angenommen. Grund für die Verteuerung seien unter anderem die Lüftungstechnik, der Brandschutz und die komplizierte Lage im Gebirge.

Bei der Sanierung und Erweiterung ihrer Inselhalle sind auch der Stadt Lindau die Kosten davongelaufen. Die Ausgaben für das anspruchsvolle Projekt stiegen von rund 35 Mio. Euro auf ca. 45,4 Mio. Euro.

Kritik übt der Bund der Steuerzahler zudem an dem geplanten Umzug des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen. Zwar sei es ein hehres Ziel, durch solche Behördenverlagerungen ländliche und strukturschwache

Gebiete zu fördern, heißt es im Schwarzbuch. Doch aus Sicht der Steuerzahler stelle sich die Frage, „ob die erhofften positiven Effekte noch im Verhältnis zu den Kosten von weit mehr als 50 Millionen Euro stehen, wenn gerade einmal ca. 20 Arbeitsplätze durch die Ansiedlung des Staatsarchivs in Kitzingen neu geschaffen werden sollen“.

Ein weiterer Fall: Um eine Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern zügig durchzuführen, hat die Bayerische Staatsregierung eine Abschiebungshafteinrichtung am Flughafen München temporär angemietet. Die monatliche Warmmiete beträgt 425.000 Euro. „Am Ende dürfen wieder einmal die Steuerzahler für die Kosten von insgesamt rund 6,8 Mio. Euro für die Unterbringung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern im Zeitraum von 16. August 2018 bis 31. Dezember 2019 in der Abschiebungshafteinrichtung am Münchner Flughafen geradestehen“, kritisiert der BdS und fragt: „Warum wurde nicht gleich nach einer günstigeren Lösung gesucht?“

Für fragwürdig hält der Bund der Steuerzahler in Bayern auch einen Pilotversuch in München, wo heuer zeitweise an zwei Orten 29 Autostellplätze beispielsweise mit Kunststoff-Sitzmöbeln zu Aufenthaltsräumen für Fußgänger umgewandelt wurden. Für das Projekt „Summer Streets“ habe die Landeshauptstadt immerhin 160.000 Euro ausgegeben.

Vorsicht bei Grundstückskäufen!

Blick in den Landkreis Ebersberg: Dieser erwarb ein 26 Jahre altes Sparkassengebäude für rund 12 Mio. Euro, und dort Teile des Landratsamtes unterbringen zu können. Doch die Sanierung des Gebäudes wird deutlich teurer als ursprünglich erwartet. Die prognostizierten Umbaukosten stiegen von zunächst angedachten 3,3 Mio. Euro auf ca. 15 Mio. Euro. „Selbst wenn es dem Landkreis Ebersberg gelingen sollte, das alte Sparkassengebäude ohne Verlust ‚an den Mann zu bringen‘, fehlen derzeit immer noch die dringend benötigten Büroflächen für die Mitarbeiter der Landkreisverwaltung, so der BdS. „Hoffentlich hat der Landkreis Ebersberg aus dem Kauf seine Lehre gezogen und lässt künftig vor Grundstückskäufen mehr Vorsicht walten!“

Beispiel Nagerbrücke: Um den künftigen Lebensraum von Haselmäusen zu sichern, wurde für rund 93.000 Euro eine Querungshilfe über die neue Ortsumgehung von Vilshofen a. d. Donau geschaffen. Bislang ist allerdings unklar, ob das Geld für die 20 Meter lange und 7 Meter hohe Stahlkonstruktion sinnvoll angelegt ist. Das Staatliche Bauamt in Passau hat deswegen angekündigt, dass die Nutzung der Nagerbrücke nun durch ein Monitoring erforscht werden soll. **DK**

Sechs-Punkte-Maßnahmenplan zum Umgang mit Bodenaushub:

Informationsreihe für Kommunen

Von Thorsten Glauber, MdL
Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Das Thema Bodenaushub beschäftigt uns nach wie vor intensiv. Ein hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, aber auch die anhaltende Konjunktur in der Baubranche halten es ganz oben auf der Tagesordnung. Die Umwelt wirksam schützen, zugleich aber zu vernünftigen Kosten bauen, das ist die große Herausforderung für Bauwillige, Entsorgungswirtschaft und Kommunen. Um die Situation zu verbessern, sind vom Bauherrn über den Planer bis zum Entsorgungunternehmer alle Beteiligten gefordert. Das Bayerische Umweltministerium leistet ebenfalls einen Beitrag und setzt mit Nachdruck einen vom Ministerrat beschlossenen Sechs-Punkte-Maßnahmenplan zum Umgang mit Bodenaushub um. Ziel ist es, den Entsorgungsmarkt zu entspannen.

Als Umweltminister ist es mir ein Anliegen, Sie beim umweltgerechten und kostenbewussten Umgang mit dem Thema Bodenaushub bestmöglich zu unterstützen. Deshalb habe ich das Bayerische Landesamt für Umwelt beauftragt, in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen für die Kommunen zum Umgang mit Bodenaushub durchzuführen. Denn es ist wichtig, dass Sie als kommunale Entscheiderinnen und Entscheider sich auskennen. Dass Sie zum Beispiel wissen, welche Möglichkeiten Sie schon in der Bauleitplanung haben, Bodenaushub zu vermeiden oder zu minimieren, wiederzuverwenden oder – wenn diese Möglichkeiten nicht bestehen – zu entsorgen. Der Startschuss dazu ist bereits im Juli und August mit insgesamt fünf Veranstaltungen in Oberfranken gefallen. Die übrigen Regierungsbezirke werden sukzessive folgen. Über die Termine können Sie sich beim Landesamt für Umwelt unter info.boden@lfu.bayern.de informieren.

Liberaler Umsetzungspraxis – Bayern fordert Länderöffnungsklausel

Der Umgang mit Boden wird weitestgehend durch bundesweit geltende Vorschriften im Abfall- und Bodenschutzrecht geregelt. Diese bestehen seit vielen Jahren unverändert. Bayern hat bei der Umsetzung stets darauf Wert gelegt, vorhandene Spielräume zugunsten von Bauwilligen und Kommunen zu nutzen. So lassen wir in geeigneten Gruben zum Beispiel die Verwertung durch Verfüllung mit gering belastetem Bodenaushub zu, wie er in städtischen Bereichen den Regelfall darstellt. Und bei der Diskussion um die neue Mantelverordnung machen wir uns in Berlin für eine Länderöffnungsklausel stark, damit diese bewährte bayerische Praxis auch weiterhin Bestand haben kann!

Gutes Bodenmanagement im Vorfeld hilft, Probleme und Kosten zu vermeiden

Am besten ist es freilich, wenn gar kein Bodenmaterial anfällt. Wichtig ist daher, dass in einer möglichst frühen Planungsphase die verschiedenen Möglichkeiten zur Minimierung von zu entsorgendem Bodenmaterial geprüft werden, vorzugsweise der Wiedereinbau auf dem Grundstück oder die Wiederverwendung im Baugebiet durch Geländemodellierung oder Anhebung der Geländeoberfläche. Fällt dennoch Material an, sollten Maßnahmen zur Minimierung ergriffen werden, beispielsweise durch aushubminimierende Gründung (beispielsweise Bodenverfestigung oder Pfahlgründung). Ein in die Planung eingegliedertes „Bodenmanagement“ ermittelt Möglichkeiten der Vermeidung vor Ort und den weiteren fachgerechten Umgang mit dem Material.

Selbst bei bester Planung kann es vorkommen, dass natürlicher und wertvoller Boden anfällt, der vor Ort nicht benötigt wird. Darum ist es wichtig, die

Flächennutzungsplanung auch unter dem Gesichtspunkt „Umgang mit Bodenaushub“ zu entwickeln. Dies erleichtert nachfolgende Planungen und Vorhaben. Ein Bodenmanagementkonzept behandelt den richtigen



Thorsten Glauber, MdL. □

Umgang mit dem ausgehobenen Boden. Zwischenlagerflächen etwa sichern nachhaltig die kommunale Entwicklung und einen reibungslosen Bauablauf. Und über „Bodenbörsen“ kann geeignetes Bodenmaterial an andere Bauvorhaben vermittelt werden. Dies schont Rohstoffe und spart Kosten.

Bodenuntersuchung nicht immer erforderlich

Auch beim Thema Bodenuntersuchung gibt es Spielräume. Ausgehobene Böden können in der Regel am Herkunftsort ohne Untersuchung wiederverwendet werden. Natürliches Bodenmaterial muss nur bei Hinweisen auf erhöhte Stoffgehalte untersucht werden.

Dies gilt zum Beispiel in Gewerbe- und Industriegebieten sowie militärisch genutzten Gebieten, im Kernbereich urbaner und industriell geprägter Gebiete oder bei Altlasten und Altlastverdacht. Recherchen über die Standorthistorie oder die Auswertung früherer Untersuchungen können hier wichtige weitere Hinweise ergeben. Sind die Bodeneigenschaften und Schadstoffbelastungen freilich durch frühere Untersuchungen bereits bekannt, muss in der Regel nicht erneut untersucht werden.

Sofort eine Untersuchung erforderlich ist, kann diese in vielen Fällen „in situ“ (vor Ort, durch Bohrungen oder Schürfe vor dem Aushub) erfolgen. Dies ermöglicht auch die Festlegung des Entsorgungswegs schon vor Baubeginn.

Bei Hinweisen auf höhere Belastungen oder auf Verlangen des Entsorgers ist eine sog. Haufwerksbeprobung erforderlich. Diese richtet sich nach den Vorgaben der Probenahme-Norm LAGA PN 98. Erleichterungen sind aber auch hier möglich.

Zwischenlagerung von Bodenmaterial

Oft muss Boden zwischengelagert werden, zum Beispiel vor der weiteren Verwertung oder zur Haufwerksbeprobung. Hier ist eine vorübergehende Lagerung an der Baustelle nach bayerischer Verwaltungspraxis als Immissionschutzrechtlich ge-

nehmigungsfreie „Bereitstellung zur Abholung“ möglich. Dies gilt auch auf einem Grundstück in der Nähe des Bauprojekts. Voraussetzung ist allerdings ein absehbar begrenzter Zeitraum.

Boden ist kostbar – Verwertung hat Vorrang!

Boden ist für uns alle ein kostbares Gut. Wo es ohne Umwelt- und Gesundheitsrisiken möglich ist, muss eine Verwertung grundsätzlich Vorrang vor einer Beseitigung auf Deponien haben.

Hochwertige Einsatzmöglichkeiten von geeignetem Boden finden sich beispielsweise im Gartenbau, auf landwirtschaftlich genutzten Flächen oder in Kompostanlagen und Erdenwerken. Dies gilt insbesondere für den wertvollen Mutterboden. Dieser kann auch zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht zum Beispiel beim Abschluss der Verfüllung von Abbaustellen verwendet werden.

Über die Hälfte des anfallenden Bodenmaterials wird in Gruben, Brüchen und Tagebauen verwertet. Die entsprechenden Anforderungen zum Schutz von Wasser und Boden sind im seit 2002 eingeführten Verfüll-Leitfaden geregelt. Der Verfüll-Leitfaden wird derzeit gemeinsam mit Verbänden fortgeschrieben. Mit der Fortschreibung werden Klarstellungen und auch Erleichterungen hinsichtlich der materiellen Anforderungen eingeführt.

Sofort der Bodenaushub dafür geeignet ist, kann er auch in technischen Bauwerken wie Lärmschutzwällen oder im Unterbau von Verkehrswegen verwendet werden. Damit wird der Aushub hochwertig verwertet und natürliche Ressourcen wie Kies und Schotter werden geschont.

Auch Böden mit erhöhten Stoffgehalten müssen nicht automatisch beseitigt werden. Bodenmaterial mit natürlich erhöhten Stoffgehalten etwa kann und sollte ortsnahe an vergleichbaren Standorten wiederverwendet werden. Die Kreisverwaltungsbehörden können dazu Gebiete festlegen, innerhalb derer eine Verlagerung zulässig ist.

Eine Aufbereitung kann ebenfalls den Weg in eine hochwertige Verwertung eröffnen. Von dieser ressourcenschonenden Option wird bislang leider noch zu wenig Gebrauch gemacht. Durch einfache und kostengünstige Aufbereitungen wie Siebung etwa können wertvolle Fraktionen wie Kiese von geeigneten Böden abgetrennt und hochwertig als Bauersatzstoffe verwertet werden. Die verbleibenden Bodenbestandteile gehen dann in die üblichen Entsorgungswege.

Beseitigung: Deponierung beispielsweise auf einer DK 0-Deponie

Ist eine Verwertung nicht möglich, bleibt die Beseitigung auf einer Deponie als letzte Entsorgungsoption. Dabei sind die Anforderungen der bundesweit geltenden Deponieverordnung zu berücksichtigen. Wichtige Informationen zu Inertabfalldeponien (Deponien der Klasse 0 für gering belastete Abfälle) finden sich auf einer eigens dafür eingerichteten Seite auf der LfU Homepage sowie im LfU-Merkblatt „Deponie-Info 10“.

Im Rahmen der Umsetzung des Sechs-Punkte-Maßnahmenplans hat das Landesamt für Umwelt eine Ansprechpartnerin für alle Fragen zu Deponien der Klasse 0 eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehören Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung und Beratung der Kreis-

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle haben Familienmitglieder oder Freunde, die vor gesundheitlichen Herausforderungen stehen oder auf häusliche Pflege angewiesen sind. Ein Sportunfall mit einem komplizierten Bruch, ein neues Hüftgelenk oder pflegebedürftige Eltern – zwangsläufig wird jeder von uns so zum Experten für die alltäglichen Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor.

Für die Politik sind die beiden Zukunftsthemen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen dauerhaft weit oben auf der Agenda. Durchaus mit Erfolg, wenn man einen Vergleich mit anderen Ländern zieht! In Deutschland und gerade in Bayern haben wir eine hochwertige und flächendeckende Versor-



sätzlich positiv zu bewertende weitere Spezialisierung der medizinischen Versorgung muss mit flächendeckenden Grund- und Regelangeboten einhergehen.

Angemessene Finanzierung der Krankenhäuser mit Berücksichtigung des örtlichen Lohn- und Preisniveaus: Der Bund muss durch eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen eine angemessene Finanzierung der Krankenhäuser ermöglichen. Es darf nicht sein, dass wirtschaftlich lukrative Standorte durch private Anbieter abgedeckt werden und der Anspruch an die Flächen-

deckung mit defizitären Versorgungsstätten von den kommunalen Trägern geleistet wird.

Notfallversorgung angemessen finanzieren und in der Fläche erhalten: Ungeachtet der Einstufung der Nothilfen und der damit verbundenen Vergütung, stellt sich die Behandlung von Patienten in den Nothilfen immer noch defizitär dar. Hier muss der tatsächlichen Versorgungssituation Rechnung getragen werden, indem für die Nothilfen eine kostendeckende Finanzierung geschaffen wird.

Mehr sektorenübergreifende Zusammenarbeit: Die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung von Patienten müssen abgebaut werden. Dadurch könnte einem Ärztemangel auf dem Land entgegen gewirkt und auch lange Wartezeiten und Wartezeiten für Patienten vermieden werden.

Mit Mehrfachstrategie gegen den Fachkräftemangel: Wir brauchen mehr Ärzte, Pfleger und Hebammen! Es müssen die Studienplatzkapazitäten in der Medizin ausgebaut, der Pflegeberuf gerade für die jungen Menschen noch attraktiver gestaltet und die flächendeckende Ausbildung von Hebammen gesichert werden.

Neue Chancen für die Gesundheitsversorgung durch Digitalisierung: Durch die Digitalisierung in der Medizin ergeben sich für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung neue Chancen und Möglichkeiten. Um diese effektiv anzugehen, sind hohe Investitionen erforderlich.

Klar ist für die KPV: Mit einmaligen Entscheidungen zur Fortentwicklung des Gesundheits- und Pflegesektors ist es nicht getan, da diese eng mit dem fortwährenden gesellschaftlichen Wandel verbunden sind. Dieser Bereich ist und bleibt ein politischer Dauerbrenner, mit dem Ziel eine dauerhafte, flächendeckende und hochwertige Versorgung mit Gesundheits- und Pflegedienstleistungen in Stadt und Land zu gewährleisten. Dafür setzen wir uns als KPV auch weiterhin mit ganzer Kraft ein.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Kommunaler Forderungskatalog:

Für bessere Gesundheitsversorgung und Pflege vor Ort

gungslandschaft für Gesundheit und Pflege, die zu einem Markenzeichen unserer modernen Gesellschaft geworden ist.

Die vielen dazugehörigen Einrichtungen vor Ort als Garanten für hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplätze aber auch harte Standort- und wichtige Wirtschaftsfaktoren vor Ort. Die Kommunen spielen in diesem Zusammenhang als Verantwortungsträger mit vielfältigen Aufgaben und Zuständigkeiten eine herausragende Rolle. Deshalb haben wir uns als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) auch immer wieder maßgeblich mit eingebracht, wenn es um entscheidende Initiativen zur Fortentwicklung des Gesundheits- und Pflegesystems ging. Beispielhaft sei dabei das Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung zur Aufrechterhaltung der Geburtshilfen im ländlichen Raum erwähnt.

Auch aktuell wollen unseren Sachverstand und unsere Erfahrung nutzen, um neue Impulse für die Zukunft zu setzen. So hat die KPV nach einem intensiven Austausch mit der bayerischen Staatsministerin für Pflege und Gesundheit, Melanie Huml, MdL, einen kommunalen Forderungskatalog mit sechs zentralen Punkten beschlossen:

Aufrechterhaltung wohnortnaher medizinischer Grundversorgung: Die medizinische Grundversorgung in Bayern muss auch in Zukunft vor Ort in vollem Umfang und mit guter Erreichbarkeit gewährleistet sein. Die grund-

DStGB-Europaausschuss in Iphofen:

Wege zu mehr Bürgernähe

Auf seiner Sitzung in Iphofen hat der Europaausschuss des DStGB neben aktuellen Fragen öffentlicher Ausschreibungen und des Planungsrechts nach EU-Vorgaben, die auch die kleinsten Gemeinden in Europa betreffen, unter anderem kommunale Forderungen und Erwartungen formuliert. Adressaten sind vor allem die neue EU-Kommission und das Europaparlament.

Wie der Ausschussvorsitzende, Amtsdirektor Rainer Jürgensen, und der Gastgeber der Sitzung, 1. Bürgermeister Josef Mend, erläuterten, müsse in der EU politische Verantwor-

verwaltungsbehörden sowie die Entwicklung von Arbeitshilfen für Deponiebetreiber.

Bodenschutz geht uns alle an: Boden ist unsere Lebensgrundlage!

Der Boden ist unsere Lebensgrundlage – ihn zu schützen heißt für unsere Kinder und Enkel nachhaltig handeln. Dies gilt insbesondere beim komplexen Thema „Bodenaushub“. Das Bayerische Umweltministerium und die bayerischen Behörden unterstützen Sie gerne bei der Suche nach pragmatischen und konstruktiven Lösungen. Helfen Sie mit, unseren bayerischen Bodenschutz für die Zukunft zu bewahren! Die nachfolgenden Generationen werden es Ihnen danken. □

ver Weise, wenn Städte und Gemeinden und deren kommunale Unternehmen um starke und hochwertige kommunale Daseinsvorsorgeleistungen im europäischen Binnenmarkt kämpfen müssen. „Die EU muss akzeptieren und verinnerlichen, dass kommunale Daseinsvorsorge kein Hindernis für einen erfolgreichen EU-Binnenmarkt ist, sondern dessen Voraussetzung“, lautete eine weitere Forderung.

Um ein europäisches Bewusstsein zu schaffen, fordern die Städte und Gemeinden von der EU überdies, einen Euro pro Einwohner im Jahr zur Förderung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auszugeben. Städtischen Partnerschaften seien schließlich „gelebter europäischer Gemeinsinn und Völkerverständigung im wörtlichen Sinne“.

Auf der Agenda der Europapolitischen Tagung mit Kommunalpolitikern aus ganz Deutschland standen überdies die Themen Klimapolitik und EU, Digitalisierung, Förderung des Breitbandausbaus und nicht zuletzt Migration und Integration bis hin zur heiß diskutierten Frage von EU-Vorgaben für Kunstrasenplätze. Zu letztgenanntem Thema konnte jedenfalls teilweise Entwarnung gegeben werden – aktuell gibt es auf EU-Ebene keine Bestrebungen, vorhandene Kunstrasenplätze zu verbieten.

Mehr Lebensqualität ...

(Fortsetzung von Seite 1)
bei der Online-Steuererklärung über ELSTER bundesweit bewährt hat – anders als die umständliche Lösung mit dem neuen Personalausweis. Wir wollen dieses Verfahren zum Standard in der digitalen Verwaltung machen, auch in den anderen Ländern und beim Bund. Aktuell arbeiten wir daran, dass Anträge auch digital unterschrieben werden können. Dort, wo das Gesetz die Schriftform vorschreibt, wollen wir einen Ersatz in Form einer digitalen Unterschrift.“

Schule digital

„Gemeinsam bringen wir den digitalen Wandel an unseren Schulen in Bayern erfolgreich voran“, hob der Amtschef im Kultusministerium, Herbert Puls, hervor. Er dankte den Landräten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit: „Wir stehen im ständigen Dialog mit allen Entscheidungsträgern auf kommunaler Ebene, um beispielsweise gemeinsam Lösungsansätze für Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur zu entwickeln.“

Der Freistaat investiere kraftvoll in die IT-Ausstattung der Schulen: So stellt er allen Sachaufwandsträgern 212,5 Millionen Euro zur Verfügung – davon 150 Millionen Euro für die Einrichtung digitaler Klassenzimmer. Hinzu kommen rund 778 Millionen Euro aus dem DigitalPakt Schule des Bundes, von denen über 650 Millionen Euro in schulische Maßnahmen in Bayern fließen. Bei dieser Digitaloffensive spielt auch die Unterstützung und Fortbildung der Lehrkräfte eine entscheidende Rolle:

Digitale Fortbildung

Mit über 200 zusätzlichen Lehrstellen für digitale Bildung, der „Beratung für digitale Bildung in Bayern“, die Schulen und Aufwandsträger in Fragen der Medienpädagogik und der IT-Ausstattung unterstützt und einer flächenwirksamen Fortbildungsoffensive nimmt Bayern bei der Stärkung der Lehrkompetenzen in Deutschland einen Spitzenplatz ein. „Keine noch so gute Technik entfaltet ihre Wirkung ohne pädagogisches Einfühlungsvermögen, ohne engagierte und im Umgang mit digitalen Medien fitte Lehrkräfte, die unseren Schülerinnen und Schülern zeigen, wie man diese gewinnbringend und verantwortungsvoll nutzt“, erklärte Puls.

Wie telemedizinische Ansätze die Gesundheitsversorgung verbessern und gleichzeitig auch mögliche Lücken schließen könnten, zeigte Dr. Asarnusch Rashid vom Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen auf. Verschiedene Landkreise arbeiten bereits heute mit dem Zentrum zusammen.

Medizin digital

Anhand einiger Beispiele erläuterte Rashid, wie sich Ärzte per Videokommunikation und Datenaustausch besser austauschen und gegenseitig mit ihrer Expertise unterstützen können. Dabei hob er auch die Bedeutung der Moderation zwischen den Beteiligten hervor, damit eine gemeinsame Vorgehensweise abgestimmt werden kann. Zudem erläuterte er die Potenziale technischer Assistenzsysteme im häuslichen Umfeld, um aufzuzeigen, wie auch die Pflege digitale Versorgungsmodelle aufbauen kann.

Dr. Rashid empfahl den Landräten, in den einzelnen Regionen den Bedarf an Vernetzung und Digitalisierung mit den Akteuren vor Ort zu prüfen und gerne das ZTM zur Information und Planung bzgl. der Möglichkeiten zur Digitalisierung und Vernetzung hinzuzuziehen. Darüber ver-

wies er auf die Bedeutung der Qualifikation der Fachkräfte für den Umgang mit der Digitalisierung, damit besser verstanden wird, wie sie die Technik in ihren Arbeitsalltag integrieren können. Als Voraussetzung seien die Rahmenbedingungen in der Infrastruktur (u.a. Breitbandanschlüsse, Mobilfunk) zu schaffen.

Das ZTM bietet jeder Institution ein unverbindliches Informationsgespräch an, um die Möglichkeiten der Digitalisierung kennenzulernen und die Chancen und Tücken zu besprechen. So kann jeder von dem Erfahrungsschatz des ZTM profitieren.

Mobilitätswende mit Digitalisierung

Dr. Bernd Rosenbusch, Geschäftsführer der MVV München Verkehrs- und Tarifverbund GmbH, befasste sich seinerseits mit dem Stellenwert der Digitalisierung des ÖPNV bei der Mobilitätswende. Für eine verkehrstechnische Entlastung der Region müssten Takte verkürzt, die Verkehrsträger Tram, Bus, Bahn und andere besser vernetzt und elektronische Tickets noch attraktiver gemacht werden, erklärte Rosenbusch. Seinen Angaben zufolge arbeitet der MVV u.a. an der Erweiterung der Auskunftssysteme wie Ruf-Taxi-Buchungen oder automatische Fahrgastzählensysteme, um feststellen zu können, wo im Fahrplan bei vollen Bussen nachgelegt werden muss. Wie ein erfolgreicher digitaler Kommunalwahlkampf in 2020 aussehen könnte, zeigte sodann Martin Fuchs, Politikberater und Blogger aus Hamburg, auf.

Mit einem neuen Projekt des von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad-Tölz Wolfratshausen, geleiteten Bayerischen Innovationsrings startete Tag 2 des Landrätetreffens. Das Projekt wurde in einer ersten Phase gemeinsam mit T-Systems und sieben Pilotlandkreisen umgesetzt. In verschiedenen Workshops wurden wesentliche Herausforderungen der Landkreise in den Handlungsfeldern Gesundheit und Soziales, Innovation und Mittelstand 4.0, #5G Dabei, Wohnen und Arbeiten, Mobilität und Verkehr, Grundversorgung und Zusammenhalt sowie Digitales Bauen und darauf aufbauend Perspektiven für zukünftige Lösungen entwickelt. Die Landräte analysierten intensiv die Ergebnisse des Workshops und wählten aus den zwölf identifizierten Handlungsfeldern diejenigen aus, die gemeinsam auf den Weg gebracht werden sollen.

Elektronische Unterschrift

„Nur wenn Amtssachen vollständig elektronisch eingereicht und digital unterschrieben werden können, bleibt Unternehmen und Bürgern der Weg zum Amt erspart“, stellte Landkreistagschef Bernreiter fest. Während in der „Papierwelt“ die eigenhändige Unterschrift kein großes Problem darstellt und jeder unterschreiben kann, gebe es in der digitalen Welt immer noch erhebliche Hürden. Denn der Gesetzgeber lasse nur ganz bestimmte technische Verfahren zu, mit denen die eigenhändige Unterschrift elektronisch ersetzt werden kann. Im Fachjargon werde das Schriftformerersatz genannt. Derzeit seien dies der neue Personalausweis und De-Mail.

Das Problem bei beiden Verfahren ist Bernreiter zufolge, dass sie auch Jahre nach ihrer Einführung noch weit davon entfernt sind, von einer breiten Mehrheit genutzt bzw. akzeptiert zu werden. Nach dem aktuellen eGovernment Monitor 2019 der Initiative D21 und fortiss – Forschungsinstitut des

Freistaats Bayern für softwareintensive Systeme und Services – haben bislang erst 6 Prozent der Befragten die Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises schon einmal genutzt. Schriftformerfordernisse stellen damit eine wesentliche Hürde für die digitale Verwaltung dar. Alleine im Verwaltungsrecht des Bundes wurden Anfang 2014 knapp 3.000 Schriftformerfordernisse identifiziert, wovon nur 20 Prozent als verzichtbar eingestuft worden sind.

„In der heutigen Welt fehlt es überall an Zeit. Wir brauchen für die digitale Unterschrift daher Lösungen, die von einer breiten Mehrheit auch akzeptiert und genutzt werden. Das in Steuerangelegenheiten bewährte ELSTER-Verfahren könnte es möglich machen“, fuhr der Präsident fort.

Rechtsgrundlagen schaffen

Der Bund müsse endlich die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen schaffen. „Unsere Verwaltungsleistungen sollen von unseren Unternehmen und Bürgern auch elektronisch abgewickelt werden können. Deswegen sollen auch neue Rechtsvorschriften gleich so gestaltet werden, dass sie online machbar sind. Aus diesem Grund fordern wir einen wirksamen E-Gov-TÜV, der neue Hürden für die digitale Verwaltung von vorneherein verhindert“, machte Bernreiter deutlich.

Auch die Bayerische Staatsregierung sei für die bayerischen Landrätinnen und Landräte ein entscheidender Partner, um die Digitalisierung der Verwaltung auf die Überholspur zu bringen. Der Verbandeschef nannte exemplarisch die „digitale Baugenehmigung“ (gemeinsam mit dem Bauministerium) oder auch das Gemeinschaftsprojekt „digitaler Werkzeugkasten“ (gemeinsam mit dem Digitalministerium).

Unterstützung des Freistaats notwendig

„Wir sind die ersten Anlaufstellen der Bürger, wenn sie ein neues Auto zulassen oder einen Bauantrag stellen wollen. Das bedeutet aber auch, dass wir die Hauptlasten der digitalen Verwaltung schultern. Hier brauchen wir auch in Zukunft die Unterstützung der Staatsregierung. Die Herkulesaufgabe der Digitalisierung unserer Verwaltungen können wir nur mit tatkräftiger Unterstützung des Freistaats bewältigen“, stellte Bernreiter klar.

Als nach wie vor hemmend auf dem Weg zur Digitalisierung erachtet der Präsident „fehlendes Breitband und lückenhaften Mobilfunk“: „Bei allem, was die Digitalisierung für unser aller Leben leisten könnte, müssen wir uns nichts vormachen. Die (digitale) Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat eine Voraussetzung. Das ist die Infrastruktur. Im bayerischen Koalitionsvertrag steht, dass alle Haushalte in Bayern bis 2025 gigabitfähig sein sollen. In der Praxis sieht es aber nach wie vor etwas anders aus.“

Laut Bernreiter geben die Telekommunikationsunternehmen trotz der guten Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern in Orten mit wenigen Haushalten zu Teil gar keine Angebote mehr ab. Der flächendeckende Breitbandausbau im Hochtechnologieland Deutschland scheitert nicht am Geld, sondern am mangelnden Ausbauwillen der Unternehmen. „Der ländliche Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden! Wir brauchen hier die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung. Mit Rosinenpickerei werden wir unsere Ziele nicht erreichen“, unterstrich der Landkreistagschef.

Auch eine lückenlose Mobilfunkversorgung ist aus Sicht der bayerischen Landrätinnen und

Landräte zügig sicherzustellen. Trotz mehrfacher Hinweise und Forderungen seitens des Bayerischen Landkreistags habe der Bund bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen ein Verfahren durchgezogen, das nicht auf die Fläche, sondern auf Haushalte abgestellt. Dies bedeutet, dass bis Ende 2022 nur mindestens 98 Prozent der Haushalte je Bundesland mit mindestens 100 Mbit/s versorgt sein müssen. Nachdem der Ausbau in den kreisfreien Städten für die Betreiber in der Regel wirtschaftlicher ist, träfen damit Versorgungslücken vor allem die Landkreise im ländlichen Raum.

Lückenlose Mobilfunkversorgung

Zudem haben die Mobilfunkanbieter bei den für den ländlichen Raum wichtigen Landes- und Staatsstraßen bis Ende 2024 Zeit, ihre Versorgungsaufgaben zu erfüllen. „Wir sind über den Vorstoß der Bayerischen Staatsregierung, die bisherige Vergabepolitik bei den Mobilfunkfrequenzen einer grundsätzlichen und ergebnisoffenen Überprüfung zu unterziehen, froh. Wir müssen den Mobilfunkausbau für eine flächendeckende Versorgung deutlich beschleunigen“, machte Bernreiter abschließend deutlich. **DK**

Füracker: Erinnern, Mahnen und Lernen

20 Jahre Dokumentation auf dem Obersalzberg

Die bundesweit und international bedeutende Einrichtung zur Aufarbeitung der NS-Zeit erfreut sich großen Zuspruchs

Die Dokumentation Obersalzberg – die bundesweit und international bedeutende Einrichtung zur Aufarbeitung der NS-Zeit – wurde vor 20 Jahren, am 20. Oktober 1999, feierlich eröffnet. Ziel der Dokumentation ist die verantwortungsvolle Aufarbeitung der Ereignisse dieses historisch belasteten Ortes.

Seit ihrer Eröffnung dient die Ausstellung insbesondere auch der Jugend als Mahnung, wachsam zu sein und für die Grundwerte unserer Verfassung einzutreten.



Hubert Aiwanger. Bild: stmwi.bayern

Diese Botschaft hat auch 20 Jahre später, in Zeiten des stärker aufkommenden politischen Extremismus und Populismus, nichts an Aktualität eingebüßt. „Erinnern, mahnen und lernen – das Team der Dokumentation Obersalzberg leistet hier Vorbildliches! Ich möchte mich hierfür bei den Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, den Mitarbeitern der Berchtesgadener Landesstiftung und des Zweckverbands Tourismusregion Berchtesgaden-Königsee bedanken“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Festakt zum 20-jährigen Bestehen der Dokumentation Obersalzberg fest.

Dauerausstellung

Die Dokumentation Obersalzberg ist weltweit eine der wenigen Dauerausstellungen, die sich mit allen wesentlichen Themen der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt. Als vor über 20 Jahren die US-Armee die Nutzung des ehemaligen Führersperrgebiets am Ober-

Flächensparen und ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Haltestellen, in Bussen und Bahnen Informationen zum Umsteigen. Verständliche Tarife mit übergreifenden Tarifsystemen und elektronischen Tickets machen den Nahverkehr attraktiver. Umsteigemöglichkeiten, barrierefreie Haltestellen, Park&Ride, Park&Bike verbessern die Mobilität; Rufbusse, Sammeltaxis und Sharingangebote können den ÖPNV sinnvoll ergänzen“, so der Städtetagschef.

Wesentliche Verbesserungen lassen sich laut Gribl nur mit weiteren Investitionen und einer dauerhaften staatlichen Mitverantwortung an den ÖPNV-Betriebskosten erreichen. Gute Anfänge seien gemacht, auf diesem Weg müssten Bund, Freistaat und Kommunen weitergehen. So stelle sich etwa die Frage, inwiefern der Freistaat ein 365-Euro-Jugendticket oder vergleichbare Konzepte dauerhaft mitfinanzieren kann.

Ein weiteres Thema, das den Kommunen auf den Nägeln brennt, ist die verlässliche Finanzierung der Kinderbetreuung. Der Bayerische Ministerrat hat am 3. September 2019 für das 4. Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jah-

ren eine Ausdehnung um 8.000 auf 50.000 Betreuungsplätze beschlossen. Nach nur knapp zwei Monaten schlagen viele Städte und Gemeinden Alarm, dass die den Bezirksregierungen zugewiesenen Platzkontingente schon jetzt deutlich überzeichnet sind und deshalb kein Förderzuschlag von 35 Prozentpunkten beim Bau von Betreuungseinrichtungen bewilligt werden kann. Konkret liegen Anträge von weiteren 15.000 neuen Plätzen vor.

Gribl zufolge erwarten Eltern und Kommunen, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert.

Der Bayerische Städtetag bittet die Staatsregierung, das vor kurzem erhöhte – aber bereits wieder ausgeschöpfte – Sonderförderprogramm erneut mit zusätzlichen Landesmitteln auszustatten und eine Anschlussförderung vorzusehen. Ansonsten werden die Erfordernisse der Lebenswirklichkeit nicht gedeckt und die Erwartungen von Eltern enttäuscht. Mit Blick auf den unverändert hohen Investitionsbedarf setze der Bayerische Städtetag darauf, dass die Staatsregierung das Sonderinvestitionsprogramm für Kinderbetreuung fortführt. **DK**

Die Resonanz der breiten Öffentlichkeit übertraf von Anfang an jede Erwartung. Jährlich besuchen bis zu 170.000 Interessierte aus dem In- und Ausland die Dokumentation. Im Juli 2019 wurde bereits der dreimillionste Besucher begrüßt. Besonders erfreulich ist, dass seit ihrer Eröffnung auch über 9.000 Schulklassen die Dokumentation besucht und an deren Workshops teilgenommen haben.

Wertvolle Arbeit

Füracker: „Dies ist Ausweis und Bestätigung der wertvollen Arbeit, die hier geleistet wird.“ Um dem großen Besucherinteresse gerecht zu werden, wird die Dokumentation derzeit erweitert. Auf einer mit 800 Quadratmetern deutlich vergrößerten Ausstellungsfläche entsteht nun die neue Dauerausstellung. □

Historische Aufarbeitung und Publikumsmagnet

Zum einen sollte durch die Dokumentation eine verantwortungsvolle historische Aufarbeitung dieses belasteten Ortes erfolgen. Zum anderen sollte die Fremdenverkehrstradition fortgesetzt werden, um möglichst vielen Besuchern den Zutritt zur Dokumentation zu ermöglichen und Arbeitsplätze in der Region Berchtesgadener zu sichern.

Aus dem Kabinett:

Bayern will Mietwucher stärker bekämpfen

Bundesratsinitiative ist beschlossen – Ziel ist es, bisherige Hürden bei der Verfolgung zu beseitigen und den Bußgeldrahmen zu erhöhen

Die Staatsregierung macht sich für bezahlbaren Wohnraum in Ballungsräumen stark. Bürger mit kleinem oder mittlerem Einkommen sollen sich auch künftig das Wohnen noch leisten können.

Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen

Mit einer Bundesratsinitiative will Bayern erreichen, dass Mieter effektiver vor Wuchermieten geschützt werden. Vermieter sollen bei Wuchermieten leichter belangt werden können. Zudem soll der Bußgeldrahmen erhöht werden.

Derzeit ist Mietwucher dann eine Ordnungswidrigkeit (§ 5 Wirtschaftsstrafgesetz), wenn in Gebieten mit einem geringen Angebot an vergleichbaren Mietwohnungen die vereinbarte Miete die ortsübliche Vergleichsmiete mehr als 20 Pro-

zent übersteigt. Dazu müssen aber folgende zwei Nachweise geführt werden: Der Mieter befindet sich erstens trotz ausreichender Bemühungen um eine Mietwohnung in einer Zwangslage, weswegen er auf den Abschluss dieses Mietvertrages angewiesen war; zweitens hat der Vermieter diese Zwangslage des Mieters erkannt und ausgenutzt.

Diese Hürde ist zu hoch. Nach dem bayerischen Gesetzentwurf soll für eine Ahndung des Mietwuchers künftig ausreichen, dass eine unangemessen hohe Miete verlangt wird und aus objektiver Sicht ein geringes Angebot an vergleichbaren Mietwohnungen vorhanden ist.

Eine Erhöhung des Bußgeldrahmens von 50.000 Euro auf 100.000 Euro soll vom Mietwucher abhalten und die zivilrechtlichen Regelungen zur Mietpreisbremse sinnvoll ergänzen. □

PACK MA'S!

GEMEINSAM IN RICHTUNG ZUKUNFT: **GLASFASER FÜR BAYERN.**



amplus AG



AnschlussWerk GmbH



Bisping & Bisping GmbH & Co. KG



CCNST Deutschland GmbH



Deutsche Glasfaser Holding GmbH



In(n) Energie GmbH



Jobst DSL



komro GmbH



LEW TelNet GmbH



NGN Telecom GmbH



OpenNumbers GmbH



R-KOM Regensburger Telekommunikationsgesellschaft mbH & Co. KG



Rehnig Kabelnetze & Antennentechnik GmbH & Co. KG



ropa GmbH & Co. KG



Stadtwerke Dorfen GmbH



süc dacor GmbH



Telepark Passau GmbH



Thüga SmartService GmbH



Unterfränkische Überlandzentrale eG



Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH



Bundesverband
Breitbandkommunikation e.V.

Menuhinstraße 6, 53113 Bonn, Tel +49 228 24999-70, Fax +49 228 24999-72, E-Mail: breko@brekoverband.de

www.brekoverband.de

Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO):

Bayerns Zukunft ist digital

Die Digitalisierung schreitet immer weiter voran und beeinflusst unser aller Leben mehr und mehr. Wer hätte vor 10 oder 20 Jahren gedacht, dass unsere Landwirte mit Highspeed-Internet ihre Felder überwachen können oder Ärzte ihre Patienten über den Computer beraten werden? Auch wenn manches weniger greifbar scheint als die ganz alltäglichen Freuden der Digitalisierung, wenn beispielsweise die Großeltern ihre weit von der Heimat entfernten Enkel über Videotelefonie sehen können, birgt die Digitalisierung Chancen für alle Bürger und Unternehmen im Freistaat.

Damit die Digitalisierung in allen Lebensbereichen zum Wohle von Bürgern und Unternehmen auch tatsächlich Realität werden kann, braucht es nicht nur Bürger und Unternehmen, die die Dienste in Anspruch nehmen. Zuerst braucht es eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, die diese Anwendungen überhaupt erst möglich macht. Viele sprechen hierbei von der Datenautobahn, und diese Metapher ist auch sehr zutreffend. Um den Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden, braucht es leistungsfähige und zukunftsfähige Glasfasernetze bis in alle Gebäude Bayerns.

Experten des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) schätzen, dass das auf den Breitbandnetzen übertragene Datenvolumen allein zwischen 2018 und 2025 jährlich durchschnittlich um mehr als 30 Prozent steigen wird.

Beschluss des Bundeskabinetts:

Eckpunkte zur Mobilfunkstrategie

Das Bundeskabinett hat Eckpunkte zur Mobilfunkstrategie für den Netzausbau in Deutschland verabschiedet. Ziel ist es, dass Deutschland beim Mobilfunk eine internationale Spitzenposition auf Basis einer flächendeckenden 4G-Versorgung erreicht. Damit wird auch eine wichtige Voraussetzung für den 5G-Ausbau geschaffen, bei dem Deutschland seine globale Vorreiterrolle weiter ausbauen will.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzt die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen auf einen Mix verschiedener Maßnahmen. Dazu zählen die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Stärkung von Akzeptanz für den Mobilfunkausbau vor Ort, die Nutzung öffentlicher Liegenschaften (Gebäude und Flächen des Bundes, der Länder und der Kommunen) für Maststandorte, die Bereitstellung von Mitteln aus dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ für die Erschließung von bis zu 5.000 bisher nicht mit Mobilfunk versorgten Gebieten, die Gründung einer Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft, die den ei-

genwirtschaftlichen und geförderten Ausbau flankiert und für Beschleunigung sorgt sowie eine Kommunikationsoffensive, die der intensiven Diskussion in der Öffentlichkeit und den Medien zum 5G-Ausbau Rechnung trägt.

Marktanalyse

Die BREKO Marktanalyse 19 zeigt, dass neben dem Geschäftskundenbereich auch im Privatkundenbereich zukünftig die Nachfrage nach symmetrischen Bandbreiten steigen wird. Die Studie prognostiziert eine Versiebenfachung der Upload-Bandbreiten im Privatkundenbereich zwischen 2019 und 2025.

Diese Entwicklung kann an folgendem Beispiel greifbar gemacht werden: Wer in höchster 4K-Auflösung bei einem Streaminganbieter Filme anschaut, braucht dafür eine Bandbreite von mindestens 25 Mbit/s. Wenn also beispielsweise beide Kinder eine Serie im Internet schauen und man selbst noch online Sport schauen möchte, erhöhen sich die nötigen Bandbreiten dementsprechend. An-

dem zwei Ursachen: schwierige Standortsuchen und langwierige Genehmigungsverfahren. Bund, Länder und Kommunen sollten öffentliche Gebäude und Liegenschaften für eine Mitnutzung für Mobilfunkstandorte bereitstellen. Zudem könnten viele Verwaltungsakte beim Ausbau vereinfacht werden, etwa durch digitale Baugenehmigungsverfahren und die Anpassung genehmigungsfreier Masthöhen.

Netzausbau beschleunigen

Laut Bitkom-Präsident Achim Berg ist die Mobilfunkstrategie von Bundesinfrastrukturminister Andreas Scheuer „ein wichtiger Schritt für einen schnelleren Netzausbau in Deutschland“. Die Politik habe erkannt, dass sie als Gesetzgeber den Ausbau maßgeblich beschleunigen kann. Viele weiße Flecken hätten vor-

re Anwendungen, Smartphones, Smart Home Systeme und ähnliches lassen die Datenmengen und Bandbreiten weiterwachsen. Cloud-Anwendungen sorgen andererseits dafür, dass nicht nur eine hohe Download-Bandbreite benötigt wird. Die Speicherung von Daten auf Servern macht es nötig, dass auch ein hohe Upload-Bandbreite verfügbar sein muss. Mit der steigenden Komplexität der Anwendungen steigt so der Bedarf an symmetrischen Bandbreiten, die gleichermaßen schnell im Download wie im Upload sind.

Die digitale Infrastruktur muss heute den Anforderungen von morgen gerecht werden, weil ansonsten Anwendungen in den Bereichen Industrie/Arbeit 4.0, Cloud Computing, Smart Farming, autonomes Fahren oder Virtual Reality nur Vision bleiben. Aktuell konzentriert sich die Breitbandversorgung in Bayern auf kupferbasierte Netze in Form von Vectoring und Super-Vectoring-Anschlüssen, und Koaxial-Kabelnetze.

Für mehr Lebensqualität

Die Zukunft liegt jedoch bei direkten Glasfaseranschlüssen, die bis in die Gebäude und Wohnungen reichen und die weit höhere symmetrische Bandbreiten ermöglichen. Das hat auch die Landesregierung erkannt und fördert zukünftig echte Glasfasernetze bis in die Gebäude und Wohnungen, die den Frei-

heitlichen Ausbau flankiert und für Beschleunigung sorgt sowie eine Kommunikationsoffensive, die der intensiven Diskussion in der Öffentlichkeit und den Medien zum 5G-Ausbau Rechnung trägt.

Mehrwert und Nutzen deutlicher kommunizieren

Schließlich scheitert der Ausbau auch zu oft an fehlender Akzeptanz für Mobilfunkstandorte in der örtlichen Bevölkerung. „Hier müssen wir den Mehrwert und Nutzen der Mobilkommunikation noch besser erklären und auch vorhandene Ängste abbauen. Klar ist aber: Wer künftig ein gutes Netz will, ist auf neue Funkmasten angewiesen“, stellte Berg fest. **DK**

staat auch in Zukunft zu einer zuverlässigen Wirtschaftskraft machen und die Lebensqualität der Bürger weiter steigern.

Wenngleich die Förderung ein wichtiges Instrument ist, um den Breitbandausbau unterstützend voranzutreiben, erfolgen rund 80 Prozent des Glasfaserausbaus eigenwirtschaftlich, also ohne staatliche Förderung. Es sind vor allem die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbands Breitbandkommunikation e.V. (BREKO), die diese essenzielle Zukunftsinfrastruktur für Bürger und Unternehmen errichten: Sie stellen rund 2,8 Millionen (56 Prozent) aller zurzeit etwa 5 Millionen verfügbaren Glasfaseranschlüsse in Deutschland.

Viele Mitgliedsunternehmen des BREKO sind lokale/regionale Telekommunikations-Netzbetreiber, die die Gegebenheiten und Ansprechpartner vor Ort genau kennen. Das zeigt, dass die Zusammenarbeit von Netzbetreiber und Kommune immens wichtig ist, um den Bedarfen und Gegebenheiten vor Ort gerecht werden zu können. Gemeinsam mit den Kommunen haben es Netzbetreiber geschafft, Modelle für den Glasfaserausbau in Gebieten zu finden, die einst als unwirtschaftlich galten und jetzt eigenwirtschaftlich ausgebaut werden.

Örtliche Gegebenheiten berücksichtigen

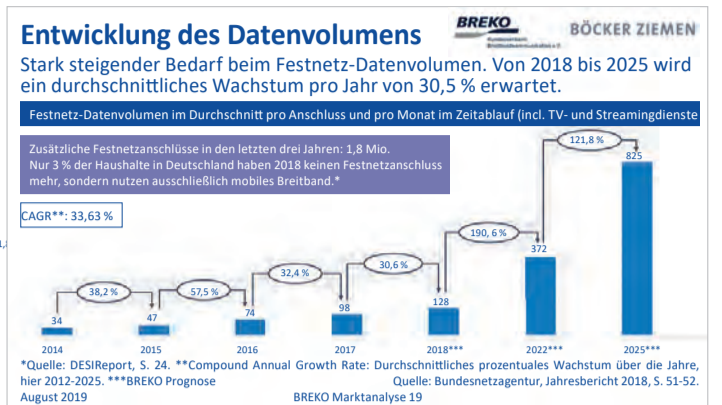
Diese Beispiele in Bayern zeigen, wie der Glasfaserausbau praktikabel auf regionaler Ebene vorangetrieben werden kann. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Netzbetreibern und den kommunalen Entscheidungsträgern ist auch deswegen wichtig, weil die Planung und der Ausbau der Glasfasernetze immer auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst sein muss.

Trotz der ambitionierten Ziele auf Bundes- und Landesebene läuft der Ausbau mit zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen nur schleppend. Die Tiefbaukapazitäten stellen hierbei einen limitierenden Faktor dar, der Ausbaupläne und die Ausbaugeschwindigkeit mitbestimmt und die Kosten in die Höhe treibt. Es bestehen erhebliche Schwierigkeiten geeignete Fachkräfte für die Planung und Ausbau zu finden. Um Abhilfe zu schaffen brauchen wir auch in Bayern eine Fachkräfteinitiative, die neue Arbeitskräfte in den Telekommunikationsbereich bringt. Trotz der ambitionierten Ziele auf Bundes- und Landesebene.

Plattform Tiefbaubörse

Um auf die Probleme im Tiefbausektor zu reagieren, hat der BREKO einen Lösungsansatz entwickelt. Mit der BREKO Tiefbaubörse, die als Online-Plattform unter www.tiefbauborse.de verfügbar ist, bringt der Verband Netzbetreiber beziehungsweise ausbauende Kommunen und Tiefbauunternehmen unabhängig von einer Verbandsmitgliedschaft zusammen. Die Plattform verfolgt das Ziel, die vorhandenen, aber begrenzten Tiefbaukapazitäten optimal für den Glasfaserausbau in Anspruch nehmen zu können.

Städte, Landkreise und Gemeinden in Bayern befassen sich mittlerweile intensiv mit dem dringend benötigten Ausbau mit zukunftssicheren Highspeed-Glasfasernetzen. Immer mehr engagierte Bürgermeister, Gemeinde-, Stadt- und Landräte haben erkannt: Glasfaser ist Standortfaktor Nummer Eins – noch vor den Themen Verkehrsanbindung oder Gewerbe- und Grundsteuer. Glasfasernetze spielen bei der Wahrung und dem Ausbau von Wohlstand eine entscheidende Schlüsselrolle. Die flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen in ganz Deutschland ist die zentrale Aufgabe auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. **DK**



Glasfaser für sieben Sonthofer Schulen

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und die Allgäuer Kraftwerke (AKW) statten bis Ende 2020 insgesamt sieben allgemeinbildende Schulen in Sonthofen mit einem direktem Glasfaseranschluss aus. Die Maßnahme wird durch öffentliche Mittel gefördert und ermöglicht den Schulen, ihre digitale Infrastruktur zu verbessern und damit für neue Bildungsangebote zu nutzen.

Moderne Informationstechnologie ist aus dem Leben der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Im Wohnzimmer sorgt sie für ruckelfreies Video-Streaming, in der Firma für den reibungslosen Austausch großer Datenmengen, und auch in der Schule entwickelt sie sich zunehmend zum Rückgrat eines zeitgemäßen Unterrichts.

Förderprogramm

Aus diesem Grund unterstützt derzeit ein staatliches Förderprogramm Städte und Gemeinden bei der Glasfaser-Erschließung ihrer Schulen. Die Stadt Sonthofen nutzt diese Möglichkeit, um die Grundschule Rieden (mit Außenstelle Altstädten), die staatliche Fachoberschule, das Gymnasium Sonthofen, die Mittel- und Realschule sowie die Grundschule an der Berghofer Straße mit direkten Glasfaseranschlüssen auszustatten. Jeder Schulanschluss wird dabei mit maximal 50.000 Euro gefördert.

„Die Digitalisierung wird auch vor unseren Schulen nicht Halt machen, und wir möchten als Kommune hier die besten Rahmenbedingungen für unsere Schüler zur Verfügung stellen“, so der Erste Bürgermeister von Sont-

hofen, Christian Wilhelm. „Aus diesem Grund sind wir als eine der ersten Kommunen in das Förderverfahren eingestiegen und schließen alle Schulen im Stadtgebiet, für die wir Sachaufwands-träger sind, an das schnelle Internet an.“

Beste Breitband-Technologie

Die Tiefbauarbeiten für die Anbindung der Schulen werden von den Allgäuer Kraftwerken ausgeführt. Im Laufe der kommenden zwölf Monate verlegt das Unternehmen dafür 2,5 Kilometer neue Glasfaserleitungen. Anschließend übernimmt M-net die Installation der aktiven technischen Komponenten und schließt die Schulen an sein leistungsfähiges Glasfasernetz an.

„Die staatlichen und städtischen Schulen in Sonthofen haben damit Zugang zur besten Breitband-Technologie, die es heute gibt“, erklärt Melanie Hundt, Regionalmanagerin von M-net. Von der Qualität der M-net Anschlüsse sind auch unabhängige Tester überzeugt: Im Sommer 2019 wurde M-net zum vierten Mal in Folge von der Fachzeitschrift connect als bester regionaler Internetanbieter ausgezeichnet. **DK**

M-net erhöht die Internet-Bandbreite in Waal

Der lokale Telekommunikationsanbieter M-net treibt den Breitbandausbau in Waal weiter voran und rüstet das Netz vor Ort mit neuer Technologie auf. Damit erhöht M-net die verfügbare Internet-Bandbreite in den Waaler Ortsteilen Bronnen, Emmenhausen und Waalhaupten auf bis zu 100 Mbit/s im Download. Zu Beginn ist der neue Tarif „Surf&Fon-Flat 100 Regio Spezial“ zu besonderen Konditionen erhältlich. Das Angebot ist seit Mitte Oktober für über 250 angeschlossene Haushalte in den drei Ortsteilen verfügbar.

Um den Breitbandausbau in Waal weiter voranzutreiben, geht M-net den nächsten wichtigen Schritt für bestehende sowie künftige Kunden und verdoppelt die bisher verfügbare Internetbandbreite. Daher werden seit 15. Oktober 2019 Anschlussraten von 100 Mbit/s bereitgestellt. Die technische Grundlage bietet das neue VDSL2 Übertragungsprofil 35b ohne Vectoring, bei dem der Frequenzbereich für die Datenübertragung im Vergleich zum herkömmlichen VDSL von 17 auf 35 Megahertz erweitert wird.

Leistungsstarkes Glasfasernetz

Die technische Aufrüstung erfolgt eigenwirtschaftlich durch M-net. Über die in der Gemeinde Waal ausgebaute Infrastruktur, bei der ein leistungsstarkes Glasfasernetz bis hin zu den lokalen Verteilerkästen verlegt ist, ermöglicht der neue Standard bis zu 100 Mbit/s im Downstream sowie bis zu 20 Mbit/s im Upstream.

„Die technische Aufrüstung ist

für uns die konsequente Fortführung unseres Engagements in der Gemeinde Waal“, erklärt M-net Regionalmanagerin Melanie Hundt. „Das Profil 35b ohne Vectoring bietet eine technisch ausgereifte und schnell umsetzbare Möglichkeit, die Download-Raten für unsere bestehenden und zukünftigen Kunden in Bronnen, Emmenhausen und Waalhaupten auf bis zu 100 Mbit/s zu erhöhen. Mit dieser Geschwindigkeit ist der Breitband-Bedarf der Internetnutzer für moderne Anwendungen wie Homeoffice, Cloud-Lösungen oder das Streamen von Videos in den kommenden Jahren nachhaltig gesichert.“

Neuer Spezialtarif – besondere Konditionen

Der neue Sondertarif „Surf&Fon-Flat 100 Regio Spezial“ ist ab sofort für die entsprechenden Haushalte in den drei Ortsteilen buchbar. Diese wurden mit einem persönlichen Schreiben von M-net über ihre neuen Tarifmöglichkeiten und die damit verbundenen Sonderkonditionen informiert. **DK**

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net Mein Netz

AKDB auf der Fachmesse Kommunale in Nürnberg:

Im Zeichen von OZG und digitaler Transformation

Unter dem Motto „Alles für Helden der Verwaltung“ präsentierte die AKDB auf der diesjährigen Kommunale in Nürnberg Lösungen für ein bürgerfreundliches E-Government rund um die Uhr, die für eine enorme Resonanz sorgten: Etwa 2.000 Messe Gäste und davon ein hoher Anteil kommunaler Entscheider besuchten den IT-Dienstleister.

Wie Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer bei einem Pressegespräch betonte, nahm die AKDB bei diesem „Familientreffen“ ein wachsendes Interesse an Beratungsleistungen und am Onlinezugangsgesetz (OZG) wahr. Das OZG verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, alle Verwaltungsdienstleistungen bis zum Jahr 2022 digital zugänglich zu machen.

Mit dem Online-Dienste-Paket der AKDB sei jeder bayerischen Kommune ein maßgeschneidertes Bundle an Online-Diensten angeboten worden, das sie sich vom Freistaat im Rahmen des Förderprogramms „Digitales Rathaus“ mit bis zu 20.000 Euro bezuschussen lassen kann. Erste Zahlen aus dem bayerischen Finanzministerium zeigten, dass das Förderprogramm in bayerischen Kommunen auf großes Interesse stößt und die Bedeutung des OZG in seiner ganzen Tragweite bei den Kommunen langsam ankommt.

Aktuell wartet das Bürgerservice-Portal der AKDB mit über 80 Online-Diensten auf, wovon der Großteil medienbruchfrei in die Fachsoftware integriert ist. Nach der Top-Umsetzungsliste des Freistaats Bayern sollen bereits Ende 2020 die 57 wichtigsten Verwaltungsverfahren Bürgern und Unternehmen flächendeckend online zur Verfügung stehen (z.B. Beantragung Geburtsurkunde, Kfz-Zulassung, Gesundheitszeugnis, Hundesteuer, Wohnsitzmeldungen, Baugenehmigung, Elterngeld, Mutterschaftsgeld, Unternehmensanmeldung). Diese sog. 57er Liste enthält 20 kommunale OZG-Leistungen, von denen die AKDB bereits heute 15 bedient.

Schleyer zufolge werden E-Government-Dienste in der Breite nur dann angenommen, wenn sich bei ihrer Nutzung spürbare

Vorteile ergeben. Und offensichtlich gibt es diese: „So wurden im Bürgerservice-Portal der AKDB innerhalb von zwölf Monaten 1,3 Millionen Online-Vorgänge erfolgreich abgewickelt. Das sind 75 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.“ Etwa 140.000 Nutzer hätten in Bayern bereits ein Bürgerkonto angelegt.

Modulares Online-Dienste-Paket

Der Vorstand wies zudem darauf hin, dass sich Städte und Gemeinden auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen im März 2020 nunmehr um die Umsetzung der OZG-Vorgaben kümmern sollten. Da es sich nur um ein Zugangsgesetz handle, laute die zentrale Frage, wie die Kommunalverwaltungen mit den Daten umgehen. Diese müssten medienbruchfrei weiterverarbeitet werden. Idealerweise sollten die Bescheide Bürgern und Unternehmen auch digital vermittelt werden. Gerade auch kleineren Gemeinden biete die AKDB mit ihrem modularen Online-Dienste-Paket die Möglichkeit, ihre Dienste vom Eingang bis zum Ausgang zu digitalisieren. In den individuellen Bundles seien Wartung und Pflege der Services für vier Jahre kostenlos enthalten.

Neben der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes beschäftigt die Kommunen besonders die Einführung der E-Rechnung und mittelfristig die E-Akte. Allein in Bayern sind bereits 2.000 elektronische Akten-Lösungen im Einsatz. Hier habe sich die Anzahl der einsetzenden Kommunen in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. Kaum mehr eine Kommune arbeite ohne E-Akten; ca. 40 Prozent aller bayerischen Städte und Gemeinden hätten E-Aktenlösungen von AKDB und LivingData im Einsatz.

Neben Beratungsleistungen und Online-Diensten im Bürgerservice-Portal konzentrierte sich das Interesse der kommunalen Entscheider auch auf Dienstleistungen wie das Next Generation Outsourcing, bei dem der gesamte IT-Betrieb im BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB gemanagt wird, sowie auf das Outsourcing von Personal-dienstleistungen in Finanzwesen, Personalwirtschaft und Grundstückswesen. Dabei können einzelne Aufgaben oder ganze Bereiche je nach Bedarf an die Servicecenter der AKDB ausgelagert werden.

Nach Schleyers Worten zeichnet die AKDB eine stark steigende Nachfrage, denn die Vorteile wie Datenschutz und Datensicherheit für hoheitliche kommunale Daten und ein effektiver Schutz gegen Gefahren durch Zunahme von Attacken Cyberkrimineller lägen auf der Hand. Mit der Nutzung von Rechenzentrums-Angeboten würden wesentliche Teile der IT in der Verantwortung der AKDB im sicheren Rechenzentrum oder vor Ort abgewickelt. Damit seien wesentliche Teile eines Informationssicherheitskonzeptes abgedeckt.

Wie der Vorstand weiter ausführte, konnten sich am AKDB-Stand kommunale Entscheider und Digitalisierungsbeauftragte auch über das neue Beratungsangebot DIGITAL.Consulting der AKDB informieren. Das Ziel des Beraterteams: Kommunen bei der Umsetzung des Großprojekts Digitalisierung zu unterstützen.

Von der Analyse über Zielvorgaben bis hin zur Ressourcenplanung und dem Management der schrittweisen Implementierung: Jene Kommunen, die sich unsicher sind, welche Anforderungen Land, Bürger und Unternehmen an sie stellen werden, können sich Rat bei DIGITAL.Consulting einholen. Dabei geht es um weit mehr als nur um die Bereitstellung von Online-Zugängen für Verwaltungsleistungen oder den Aufbau einer technisch innovativen und wirtschaftlichen Infrastruktur.

Gefragt seien strategische Antworten, auch bezüglich Personal und Organisationsstrukturen. Zahlreiche Kommunen hätten noch einige offene Fragen bezüglich der Digitalisierung ihrer Verwaltung: Wie sollen sie bei der Digitalisierung vorgehen? Welche Prioritäten sollen sie setzen? Wie sehen sinnvolle Digitalisierungsstrategien und -prozesse in der Kommune aus? All diese Fragen beantwortete die AKDB. Gleichzeitig erarbeite sie mit jeder interessierten Kommune einen konkreten Fahrplan, der sie ein wenig an die Hand nimmt. Dabei richte sich das Angebot sowohl an kleine als auch größere Kommunen.

Einige Kommunen haben bereits selbstständig Digitalisierungskonzepte auf die Beine gestellt, benötigen jetzt aber einen Gegencheck und eine fachkundige Expertise, ob dieses Konzept für ihre Belange ausreichend ist. Die AKDB bietet zukünftig solche Selbstchecks an, in deren Rahmen Kommunen ihren Digitalisierungsgrad bestimmen lassen können.

Chatbots

Welches Potenzial der Einsatz künstlicher Intelligenz in der Verwaltung mit sich bringt, wurde schließlich ebenso diskutiert. Besonders gilt dies für Chatbots. Sie könnten künftig standardisierte Prozesse übernehmen, so dass ein einfacher Verwaltungsakt bald voll automatisiert abläuft. Damit erhielten Bürger ohne Zutun von Verwaltungsmitarbeitern von einem Dialogassistenten per Chat rund um die Uhr Auskünfte zu sich wiederholenden Verwaltungsprozessen. Auf dem Bayerischen Städtetag im Juli hatte die AKDB bereits vorgeführt, wie man mit einem sprachgesteuerten Chatbot ein Wunschzeichen beantragen kann. **DK**

Neuer Förderbescheid „Digitales Rathaus – Grundkurs Digitalallotse“

„Mit dem Förderprogramm ‚Digitales Rathaus‘, begleitet durch den ‚Grundkurs Digitalallotse‘, verfügt Bayern über ein bundesweit einzigartiges Förderangebot für die kommunalen Gebietskörperschaften zum Ausbau der digitalen Verwaltung. Das Programm soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen auf ihre neuen Herausforderungen vorbereiten“, teilte Finanz- und Heimatminister Albert Föderer bei der Übergabe des Förderbescheids in Höhe von über 900.000 Euro an die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) in München mit.

Die BVS bietet in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Vermessungsverwaltung und den kommunalen Spitzenverbänden das Basisseminar „Grundkurs Digitalallotse“ an. Die Fortbildungsmaßnahme wird vom Freistaat Bayern durch Übernahme der Kursgebühren zu 80 Prozent für je eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter pro Gemeinde, Landkreis und Bezirk gefördert.

Bestmögliche Schulung

Digitalministerin Judith Gerlach betonte: „In Zeiten von Online-Banking oder Online-Reiseportalen müssen auch Anträge bei Behörden schnell, einfach und online gehen. Die Bürger erwarten zu Recht ein zeitgemäßes digitales Angebot mit höchstem Standard. Wir lassen die Kommunen bei der Umsetzung vor Ort nicht allein. Daher freue ich mich sehr, dass wir mit dem neuen ‚Grundkurs Digitalallotse‘ unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich schulen werden. Sie sollen genauso schnell in ihrer täglichen Arbeit von den Vorteilen der Online-Services profitieren können. Ihr Feedback ist vor allem wichtig, um noch benutzerfreundlicher zu werden.“

„Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen Ver-

waltungsleistungen rund um die Uhr als Onlinedienste nutzen können. Deshalb treibt der Freistaat den Ausbau von E-Government weiter voran. Da der Großteil der Verwaltungsleistungen im kommunalen Bereich abgewickelt wird, unterstützt der Freistaat die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke bei der Bereitstellung von neuen Online-Diensten“, hob Föderer hervor.

Zeitgemäßes digitales Angebot

Die wichtigsten Verwaltungsleistungen sollen bereits bis Ende 2020 den Bürgerinnen und Bürgern auch online offenstehen. Das gilt zum Beispiel für Anträge auf staatliche Leistungen, wie das Wohngeld oder das Elterngeld, aber ebenso für die Beantragung von Parkausweisen oder einer Baugenehmigung.

Teilnehmer am „Grundkurs Digitalallotse“ können als Impulsgeber notwendige Transformations- und Veränderungsprozesse in ihren Verwaltungen anstoßen und so als Multiplikatoren für Digitalisierungsprojekte dienen. Die viertägige Schulung findet jeweils an ausgewählten Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, verteilt über ganz Bayern, statt. **□**

Herbstkonferenz der Datenschutzbeauftragten:

Konsens oder Konflikt – wo geht's lang?

Unter dem Motto „Konsens oder Konflikt – wo geht's lang?“ lud der Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD) gemeinsam mit den Landesdatenschutzbeauftragten von Bayern und Baden-Württemberg zur Herbstkonferenz „Wirtschaft trifft Aufsicht“ nach Nürnberg. Unter dem Motto „Konsens oder Konflikt – wo geht's lang?“ berieten rund 300 Datenschutzbeauftragte u. a. die Themen Künstliche Intelligenz (KI), Big Data, Videoüberwachung, und der Stand der Gesetzgebung beim Beschäftigtendatenschutz.

Der Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands (BvD) e.V. appelliert an Bund und Länder, die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Deutschland nicht durch Einschränkungen beim Datenschutz weiter aufzuweichen. „Ein Bürgerrecht kann man nicht einfach geben oder nehmen“, erklärte BvD-Vorstandsvorsitzender Thomas Spaeing. Datenschutz sei ein essenzielles Recht aller Menschen in Europa.

Damit reagierte Spaeing auf Äußerungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium, wonach die jüngst von Bundestag und Bundesrat beschlossene Lockerung der Benennungspflicht für Datenschutzbeauftragte weiter aufgeweicht werden soll. Ursprünglich lag die Schwelle bei zehn Mitarbeitern, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten betraut sind, erst kürzlich wurde sie auf 20 Mitarbeiter angehoben.

Laut Dr. Stefan Brink, Landes-

beauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, ist die DSGVO international mittlerweile ein viel beachtetes Regelwerk, das sich auch in den USA zum Vorbild für Datenschutz entwickelt hat. Verwunderlich sei deshalb, dass es in Deutschland Tendenzen gebe, den Datenschutz wieder „einzufangen“. Dies werde aber am Ende nicht nur den Bürgern, sondern auch den Unternehmen auf die Füße fallen, unterstrich Brink.

Die Rolle der Aufsichtsbehörden darf nach Ansicht des Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht, Thomas Kranig, dabei nicht nur auf die Frage von Bußgeldern bei Datenschutzverstößen reduziert werden. Vielmehr sei das Datenschutz-Know-how in Betrieben und Behörden weiter zu verbessern. Dafür seien Datenschutzbeauftragte extrem hilfreich.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann rief dazu auf, auch künftig gemeinsam über die Er-

fahrungen zur EU-Datenschutzreform zu diskutieren. „Sie als Datenschutzbeauftragte in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sind in Ihrer täglichen Arbeit ganz nah dran an der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und bringen daher einen wertvollen Wissensschatz mit. Es gibt weiterhin viel zu diskutieren.“ Darüber hinaus kündigte Herrmann an, dass Bayern bei der anstehenden Evaluierung der DSGVO bis 25. Mai 2020 bayerische Forderungen über den Bundesrat einbringen wird: „Aktuell arbeiten wir an einem Entschließungsantrag. Er soll im November im Bundesrat beraten werden und die Anliegen der Datenschutzpraxis bündeln.“

Herrmann lobte den „bayerischen Weg“ zu einer bürgernahen und mittelstandsfreundlichen Anwendung des Datenschutzrechts. „Es ist der Staatsregierung von Anfang an ein Anliegen gewesen, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen, ehrenamtlich Tätige und Vereine durch eine sachgerechte und praxistaugliche Anwendung der DSGVO vor unrealistischen Anforderungen geschützt werden“, betonte Herrmann. Dies sei insbesondere durch eine massive Aufklärungsarbeit und mehrere Gesprächsrunden mit Wirtschaft und Verbänden gelungen. **DK**



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 – 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Digital-Gipfel der Bundesregierung:

Wegweiser in die Plattform-Ökonomie

Unter dem Titel „PlattFORM DIE ZUKUNFT“ fand in Dortmund der Digital-Gipfel der Bundesregierung statt. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier begrüßte hierzu rund 1.300 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Gesellschaft. Laut Altmaier „werden Daten der bedeutendste Rohstoff der Zukunft“. Die europäische Wirtschaft benötigt dringend eine Infrastruktur, die Datensouveränität und breite Datenverfügbarkeit bei hohen Sicherheitsstandards gewährleistet. Deutschland und Europa dürften hier nicht nur Zuschauer sein.

Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte, dass all unsere Werte auch in der digitalen Welt Gültigkeit haben müssen. Sie betonte vor allem die Arbeitswelt, Gesundheit und Ethik. „Die Humanität unserer Gesellschaft muss auch in der digitalen Welt selbstverständlich bleiben“, so die Kanzlerin.

Daten werden in Zukunft gleichwohl wirtschaftliche Produkte als auch gesellschaftliches Gut bleiben. Merkel warnte davor, sich bei der Speicherung und dem Austausch solch sensibler Informationen in die Abhängigkeit der großen Konzerne zu begeben. Vielmehr müsse der Ansatz sein, dass „Europa alles kann, eben auch eine eigene Datenstruktur erfolgreich zu entwickeln und zu betreiben“.

Projekt Gaia-X

Damit bezog sich die Kanzlerin auch auf das Projekt Gaia-X, das der Beauftragte des Bundeswirtschaftsministeriums für Digitale Wirtschaft, Thomas Jarzombek, vorstellte. Gaia-X ist eine vernetzte Dateninfrastruktur, also eine sogenannte Daten-Cloud, auf europäischer Ebene. Der Bundesrepublik müsse es gelingen, die eigene Datensouveränität zu gewährleisten und dazu gehöre eine eigene Dateninfrastruktur, so Jarzombek. Der Vorteil an diesem Projekt sei dessen Interoperabilität, das heißt: Gaia-X ist schon als Alternative zu amerikanischen und chinesischen Anbietern gedacht, deren Mitwirkung und Kompatibilität zum europäischen Projekt soll aber weiterhin gegeben sein.

Auf dem Digital-Gipfel diskutierten hochrangige Mitglieder des umfangreichen Gipfel-Netzwerks zudem zahlreiche Aspekte der Plattformökonomie: Geschäftsmodelle, Sicherheit und Souveränität in der Plattformökonomie, digitale Plattformen in Arbeitswelt und Bildung und die Frage der Verantwortung digitaler Plattformen in der Demokratie.

Exponate der Gipfel-Plattformen zeigten, wie digitale Plattfor-

men bei der intelligenten Vernetzung von Städten und Regionen helfen, die Logistik revolutionieren und Bürgerinnen und Bürger wieder zum Souverän ihrer eigenen Daten machen können. Mehr als 30 Infostände machten die Vielfalt digitaler Plattformen sichtbar.

Die Plattform-Welt erobern

Jedes Unternehmen sollte in den nächsten zwölf Monaten eine Strategie für den Einsatz digitaler Plattformen entwickeln, forderte der Präsident des Digitalverbands Bitkom, Achim Berg. „Wir haben in Deutschland und Europa eine Vielzahl von Unternehmen, die erfolgreich digitale Plattformen aufgebaut haben oder auf ihnen aktiv sind. In der Öffentlichkeit diskutieren wir aber lieber darüber, wo wir vermeintlich abgehängt sind und welche Gefahren Plattformen bergen könnten. Deutschlands Unternehmen müssen sich die Plattform-Welt erobern“, so Berg. Digitale Plattformen seien viel mehr als ein zusätzlicher Vertriebskanal, sie veränderten die Wirtschaft grundlegend und stellen sie auf völlig neue Beine. Wer Verantwortung für ein Unternehmen trägt und heute noch keine Plattform-Strategie entwickelt hat, sollte jetzt damit anfangen.

Aktuell gibt jedes dritte deutsche Unternehmen ab 20 Mitarbeitern (35 Prozent) an, keine Strategie zum Einsatz von digitalen Plattformen zu verfolgen. Jedes Vierte (23 Prozent) hat eine zentrale Strategie, weitere 34 Prozent haben zumindest eine Strategie in einzelnen Unternehmensbereichen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter 502 Unternehmen ab 20 Mitarbeitern im Auftrag des Bitkom. Vor allem kleinere Unternehmen bis 100 Mitarbeiter verzichten auf eine Plattform-Strategie (38 Prozent). Bei Unternehmen mit 500 bis 1.999 Mitarbeitern sind es dagegen nur 20 Prozent und von den Unternehmen ab 2.000 Mitarbeitern ist nur noch jedes zehnte (10

Prozent) ohne Plattform-Strategie.

Zugleich forderte Berg eine Politik, die die Chancen der Plattform-Ökonomie in den Mittelpunkt rückt: „Wir brauchen einen Rechtsrahmen, der neue, plattformbasierte Geschäftsmodelle fördert und sie nicht erschwert“, sagte der Bitkom-Präsident. Dazu gehöre, Regulierung nur dort vorzunehmen, wo bestehende Gesetze und Regeln nicht greifen. Außerdem dürfe man die oft sehr unterschiedlichen Plattformen nicht über einen Kamm scheren. Mit Blick auf die Vorschläge der Datenethikkommission zur Algorithmenregulierung warnte Berg zudem vor Regulierungswut: „Algorithmen sind Werkzeuge. Es kommt auf die Anwendungen an, in denen sie eingesetzt werden.“

Das auf dem Digital-Gipfel vorgestellte Projekt GAIA-X für eine europäische Cloud- und Dateninfrastruktur kann nach Ansicht des Bitkom „ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der digitalen Souveränität und der Datensouveränität“ werden. GAIA-X sollte von Anfang an europäisch gedacht werden. Zudem müssten Funktionalität, Nutzerfreundlichkeit und Kosten im Wettbewerb bestehen können. „Wenn GAIA-X zum Erfolg werden soll, muss die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle einnehmen“, unterstrich Berg.

Unverzichtbare Glasfaser

Der BREKO als Mitglied der Digital-Gipfel-Plattform „Digitale Netze und Mobilität“ rief die Politik anlässlich des Digital-Gipfels noch einmal dazu auf, alle Weichen klar in Richtung direkte, zukunftssichere Glasfaser zu stellen, damit Deutschland die beste digitale Infrastruktur – und damit die Grundlage für weiteres Wachstum und die Sicherung sowie den Ausbau von Wohlstand – erhält. „Ohne Glasfaser ist alles nichts“, brachte es BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers auf eine einfache Formel. „Nur mit zukunftssicherer Glasfaser bis in alle Gebäude können innovative digitale Plattformen mit ihren vielfältigen Anwendungsszenarien überhaupt erst Realität werden und leistungsfähig betrieben werden.“

Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung mit der Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes („große TKG-Novelle“) starten. Mit der TKG-Novelle wer-

den nicht nur die Regelungen einer zentralen europäischen Richtlinie – des so genannten TK-Kodex – in deutsches Recht umgesetzt, sondern auch weitere wichtige Rahmenbedingungen für die Zukunft gestellt.

Für den BREKO ist klar: Das neue TKG muss unmissverständlich die richtigen Rahmenbedingungen zugunsten direkter Glasfaseranschlüsse vorgeben, damit das Ziel „Glasfaser für alle“ möglichst schnell und effizient erreicht werden kann. Hier werde es insbesondere auch darauf ankommen, dass der künftige Glasfasermarkt zwar mit weniger, aber nicht ganz ohne Regulierung auskommen wird. Der Telekommunikationsmarkt braucht auch weiterhin eine starke Bundesnetzagentur, die als „neutraler Schiedsrichter“ eingreift, wenn Vielfalt und Wettbewerb gefährdet sind.

TKG-Novelle

Nicht zuletzt sollte die TKG-Novelle auch dazu genutzt werden, schädliches „Trittbrettfahren“ beim Glasfaserausbau endgültig zu beseitigen, bei dem Wettbewerber ihre Leitungen kostengünstig mitverlegen, wenn kommunale Unternehmen zukunftssichere Glasfasernetze eigenwirtschaftlich und ohne Fördergelder ausbauen. Dadurch komme es nicht nur zu einem volkswirtschaftlich unsinnigen Über-/Doppelausbau von bei weitem noch nicht überall verfügbarer Glasfaser, sondern vielfach auch dazu, dass ein gesamtes Glasfaserausbauprojekt nicht mehr wirtschaftlich realisiert werden kann, da hierfür eine bestimmte Anschlussquote von Haushalten und Unternehmen erreicht werden muss.

In punkto künftige Glasfaser-Förderung hält es der BREKO für wichtig, künftig auch eine sog. Nachfrageförderung durch Glasfaser-Gutscheine („Voucher“) einzuführen, um die Nachfrage nach zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude und bis direkt in die Wohnungen anzukurbeln.

Daneben müsse es bei der künftigen Ausrichtung der Förderung eine klare Priorisierung geben: Bevor über die Schließung „grauer Flecken“, also Gebieten, in denen zwar schnelles Internet, aber noch keine gigabitfähigen Netze vorhanden sind, nachgedacht wird, müssten zunächst die besonders schlecht versorgten Gebiete von weiteren Fördermaßnahmen profitieren. Denn angesichts knapper Kapazitäten beim Tiefbau und fehlender Fachkräfte werde der Glasfaserausbau nicht dadurch beschleunigt, dass (immer mehr) staatliches Geld in den Markt gepumpt wird. „Der klare Vorrang des eigenwirtschaftlichen Ausbaus muss weiterhin Bestand haben“, ist der BREKO überzeugt. **DK**



Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU), Uwe Krannig und Walter Föckersperger von der Föckersperger GmbH sowie Adolf Remold und Josef Scherl (von rechts) von der Deutschen Telekom wollen den Breitbandausbau in der Region Landshut-Kelheim in Zusammenarbeit mit den Kommunen weiter voranbringen. □

Region Landshut-Kelheim:

Breitbandausbau beschleunigen

Bundestagsabgeordneter Oßner diskutierte mit Experten-Runde

Der Breitbandausbau in der Region Landshut-Kelheim läuft wie in ganz Bayern auf Hochtouren, jedoch auch manchmal holprig. Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (CSU) besprach mit Experten der Telekom und von FOECK Verlegespezialisten aus Pauluszell, wie man das schnelle Internet noch zügiger ausbauen könnte.

Ein leistungsfähiger Internetanschluss gehört mittlerweile wie ein Strom- oder Wasseranschluss zur Daseinsvorsorge. Den Breitbandausbau fördern sowohl der Freistaat Bayern als auch der Bund. „Im Bund haben wir unser Programm noch einmal verbessert und die Verfahren vereinfacht und beschleunigt. Dadurch wird eine schnellere Abwicklung der Förderanträge erreicht“, berichtete Florian Oßner, der als einziger Niederbayer im zuständigen Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur im Deutschen Bundestag mitarbeitet. „Ein Ziel ist es nun, die Tiefbaukosten beim Breitbandausbau zu senken“, erläuterte Oßner.

Aus diesem Grund hatte er Adolf Remold und Josef Scherl als Vertreter der Deutschen Telekom und Walter Föckersperger und Uwe Krannig von FOECK Verlegespezialisten aus Pauluszell nach Landshut eingeladen, um zusammen herauszuarbeiten, wie man dieses Ziel erreichen könnte.

Pflugverfahren senkt Tiefbaukosten

Eine Möglichkeit sei die vermehrte Verlegung von Glasfaserleitungen mithilfe des sogenannten Pflugverfahrens, war sich die Runde einig. Dabei wird das Kabel in das Erdreich eingepflügt. Das ist zum einen zeitsparend und zum anderen günstiger als andere Verlegarten. „Durch Pflügen können auch Einzelgehöfte mit einem Glasfa-

seranschluss versorgt werden. Lange Strecken sind dabei kein Problem“, schilderte Walter Föckersperger, dessen Firma hier zu den Weltmarktführern zählt, die Vorteile. Auch Josef Scherl, Technik-Chef der Telekom in Bayern, bestätigte: „Pflügen ist für uns interessant, weil es schnell und günstig ist“. Im vergangenen Jahr habe allein die Telekom in Bayern rund 1.000 Kilometer an Glasfaserleitungen mit dem Pflugverfahren verlegt.

Ein weiterer Lösungsansatz, um den Ausbau zu beschleunigen, sei eine noch engere Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Je mehr vor Ort bereits von einer Kommune vorbereitet werde, desto rascher lasse sich der Breitbandausbau realisieren, schilderte Scherl. Denn Bürgermeister und Gemeindeverwaltung würden die örtlichen Begebenheiten und Ansprechpartner naturgemäß viel besser kennen als ortsfremde Firmen. Mehr noch: Firmen wie etwa FOECK könnten in die Trassenplanung miteingebunden werden. Dadurch könnte man eine genauere Vorstellung von Dauer und Kosten des jeweiligen Ausbausvorhabens erhalten – ein Vorteil für alle Seiten.

Der Idealfall

Im Idealfall würde eine Gemeinde in Eigenregie ein Netz aus Leerrohren im Gemeindegebiet verlegen – unterstützt bei der Planung von der Telekom und gefördert von staatlicher Seite. Das bestehende Netz würde die Telekom dann von der Gemeinde zu einem vorher vereinbarten Preis mieten oder kaufen, um die Breitbandversorgung herzustellen, so Scherl. Zeit und Geld würden gespart. Infrastrukturpolitiker Florian Oßner zeigte sich gegenüber diesem Modell aufgeschlossen: Aktuell sei der finanzielle Aufwand – trotz verbesserter Förderung – für viele Gemeinden noch hoch. „Wenn man allerdings diese Kosten reduzieren und den Baufortschritt beschleunigen könnte, so wäre das ein echter Gewinn für die Kommunen in Bayern sowie für alle Bürger“.

„Zaubern kann keiner“, hielt Scherl fest. Allerdings könne man durch enge Zusammenarbeit erfolgreich sein, wie Adolf Remold ergänzte. Diese Zusammenarbeit sei die Grundvoraussetzung, hielt Infrastrukturpolitiker Florian Oßner fest. „Die ausgearbeitete Theorie muss nun in der Praxis getestet werden“, regte der Abgeordnete an. Die Gesprächsteilnehmer vereinbarten, genau das zu tun und dafür im engen Kontakt die nächsten Schritte auszuarbeiten. □

Studie der MVV-Verkehrsforschung belegt:

BayernWLAN in MVV-Regional-Bussen wird gut angenommen

Im Jahr 2017 wurde damit begonnen, die Fahrzeuge im MVV-Regionalbusverkehr mit BayernWLAN zur kostenfreien Internetnutzung während der Fahrt auszustatten. In einer aktuellen Erhebung wurde das Angebot nun untersucht. Ergebnis: Die Nutzerzahlen steigen, die Bekanntheit ist vor allem bei jungen Fahrgästen hoch.

„Der Zugang zum WLAN für die Fahrgäste ist denkbar einfach“, erklärt MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. BayernWLAN auswählen, mit einem Klick auf „Verbinden“ die Nutzungsbedingungen akzeptieren und es kann ohne Passwort oder persönliche Anmeldedaten losgehen.

Im Zuge einer Studie der MVV-Verkehrsforschung wurden fast 1.500 Fahrgäste im MVV-Regionalbusverkehr befragt und Nutzungsdaten ausgewertet. Es zeigte sich, dass sich die Anzahl der Nutzer von Dezember 2018 bis Juli 2019 mehr als verdoppelt hat – von 140.000 auf 312.000. Bei den Fahrgästen, die die WLAN-Ausstattung kannten bzw. die durch die Befragung davon erfuhren und in Zukunft nutzen wollten, erfreu-

te sich das Angebot einer hohen Akzeptanz.

Rund einem Drittel der Befragten war bekannt, dass viele der MVV-Regionalbusse mit WLAN ausgestattet sind. Etwa 75 Prozent der Fahrgäste, die die WLAN-Ausstattung der MVV-Regionalbusse kannten bzw. durch die Befragung davon erfuhren und es in Zukunft nutzen wollten, waren mit der WLAN-Nutzungsmöglichkeit in den MVV-Regionalbussen zufrieden. Rund die Hälfte sah in der WLAN-Ausstattung sogar einen hohen persönlichen Nutzen. Der Anteil der Vielnutzer stieg mit der Länge der Fahrzeit.

„Eine zuverlässige WLAN-Verbindung in den Bussen... ist für uns ein wichtiger Baustein, um unsere Kunden im MVV-Regionalbusver-

kehr auch künftig möglichst komfortabel von A nach B zu befördern und den MVV-Regionalbusverkehr noch attraktiver zu gestalten. Deshalb forcieren wir auch weiterhin den Ausbau der WLAN-Ausstattung“, führte MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch aus.

Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg und Sprecher der MVV-Verbandlandkreise, fügt hinzu: „Die Regionalbusse sind ein wichtiger Bestandteil der Verkehrswende in den Landkreisen, die ihr Angebot auch regelmäßig ausbauen, über 44 Millionen Kilometer pro Jahr sind es mittlerweile im gesamten Verbund, weit mehr als das Doppelte seit 1996. Ein zuverlässiges WLAN ist ein attraktives Angebot an die Fahrgäste, dass vielleicht auch für den Umstieg auf den ÖPNV begeistert. Die schrittweise Ausstattung der Regionalbusse mit funktionstüchtigem BayernWLAN unterstützen wir nachdrücklich.“ □

Landkreis Pfaffenhofen:

Glasfaseranschlüsse für drei Schulen

Der Bau- und Vergabeausschuss hat zur Errichtung von Glasfaseranschlüssen für drei Schulen im Landkreis die T-SYSTEMS International GmbH aus Landshut beauftragt. Zuvor hat das Elektroingenieurbüro VE plan GmbH, im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Glasfaseranschlüssen und WLAN für öffentliche Schulen und Plankrankenhäuser, eine Untersuchung zum Ausbau der Internet-Anbindungen für die weiterführenden Schulen im Landkreis durchgeführt.

Die Staatliche Realschule Manching, das Hallertau-Gymnasium Wolnzach und die Berufliche Oberschule in Scheyern erhalten nun einen Glasfaseranschluss. Die Regierung von Oberbayern erteilte vor kurzem die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Die Gesamtkosten des Vorhabens belaufen sich auf knapp 180.000 Euro, davon werden rund 130.000 Euro durch Fördermittel abgedeckt.

Anton Westner, Stellvertreter des Landrats, begrüßte die Auftragsvergabe ganz besonders: „Wir freuen uns sehr, dass wir als Sachaufwandsträger der Schulen einen weiteren Meilenstein in Richtung digitales Klassenzimmer setzen können.“ Der Landkreis Pfaffenhofen hat bereits das Qualitätssiegel Bildungsregion in Bayern und mittlerweile auch seine Bewerbung zur Auszeichnung als digitale Bildungsregion abgegeben. □

Mehr Mut im Baugewerbe

Auch in Zukunft wird die Bauwirtschaft investieren – denn die Konjunktur läuft gut. Trotzdem liegen die Erwartungen der Branche unter denen der vergangenen Jahre. So fehlen dem Wohnungsbau Impulse, Ausbildungsplätze bleiben offen und der Straßenbau wird teurer. „Wir brauchen zudem mehr Mut neue Materialien und Bauweisen einzusetzen“, sagte Wolfgang Schubert-Raab, Präsident der Bayerischen Baugewerbeverbände im Münchner Presseclub.

Die bayerische Bauwirtschaft arbeitet nach wie vor auf Hochtour. Der Auftragsbestand ist bei den Unternehmen des Bauhauptgewerbes um fast 20 Prozent höher als im Vorjahr. Knapp 80 Prozent der Baubetriebe sprechen von einer guten bis sehr guten Geschäftslage. Der Wert liegt jedoch um fünf Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert laut Konjunkturumfrage der Bayerischen Baugewerbeverbände und des Bayerischen Bauindustrieverbandes. An der Umfrage beteiligten sich 400 Bauunternehmen. In der bayerischen Bauwirtschaft sind insgesamt 13.000 Bauunternehmen mit 156.000 Beschäftigten tätig.

Stellen bleiben offen

Zwar nahm im vergangenen Jahrzehnt die Geräteauslastung kontinuierlich zu. Baumaschinen sind aktuell zu rund 80 Prozent ausgelastet. Vielfach stehen Investitionen an. Die personelle Auslastung der Betriebe ist ebenfalls hoch. Vier von fünf Unternehmen planen ihre Beschäftigtenzahl im kommenden Halbjahr nicht zu verändern. Die meisten Baubetriebe, und hier vor allem die größeren, werden auch in diesem Herbst in gleichem Umfang wie bisher ausbilden. Doch es gibt für die offenen Stellen und angebotenen Ausbildungsplätze immer weniger Interessenten, dies spü-

ren vor allem kleinere Betriebe.

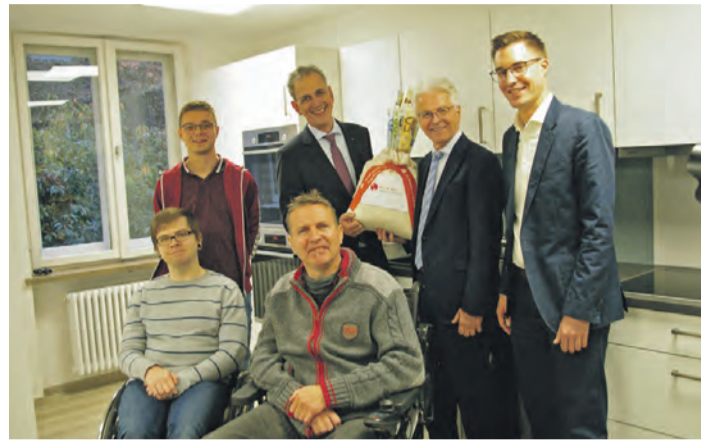
Die größten Preissteigerungen gab es im Straßenbau um sieben Prozent. Beim Wohnungsbau nahmen die Preise um fünf Prozent zu. Zu den Gründen zählen die stark gestiegene Beschaffungskosten, höhere Auflagen und sehr hohe Baulandpreise. „Auch im Bereich Recycling brauchen wir Unterstützung von der Politik durch weniger Auflagen. So können wir nicht nur erhebliche Kosten sparen, sondern kommen auch zu mehr Emissionsfreiheit“, erklärte Wolfgang Schubert-Raab, Präsident der Bayerischen Baugewerbeverbände.

Getrübe Erwartungen

In diesem Jahr erwartet die Bauwirtschaft noch ein starkes Umsatzplus bei den Bauleistungen von rund neun Prozent. „Damit sind wir das Zugglied der schwächelnden Konjunktur. Im kommenden Jahr wird das Wachstum jedoch auch am Bau nachlassen“, lautete die Prognose von Josef Geiger, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Rechnet man vor einem Jahr noch 63 Prozent der Baubetriebe für das Winterhalbjahr mit guten bis sehr guten Geschäftslagen, sind es jetzt nur 53 Prozent. So ist es auch bei der Umsatzentwicklung: 71 Prozent (Vorjahr: 73 Prozent) der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Umsatzi-

tuation mit gut. Aber nur knapp die Hälfte von ihnen (Vorjahr: 58 Prozent) erwarten, dass dies auch im kommenden Halbjahr so bleibt.

So ist der Wohnungsbau rückläufig. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern nur 59.500 Woh-



V.l.: PASSt!-Assistent Tobias Schertler, Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbands, Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender Stadtsparkasse Augsburg, Michael Amberg, Vorstand des Fritz-Felsenstein-Hauses sowie die Fritz & Jack Bewohner Michael Böhmer und Frank Rathke (vorne sitzend). Bild: Gerlinde Weidt

Bayerische Sparkassen unterstützen Fritz & Jack

Ein vielbeachtetes und wegweisendes Projekt, das exemplarisch für die innovative Behindertenarbeit des Fritz-Felsenstein-Hauses steht, ist das neue inklusive Wohnprojekt „Fritz & Jack“.

Im ehemaligen St. Jakobsstift in Augsburg wurde eine Mietwohnanlage mit 24 Appartements für Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen, die dort gemeinschaftlich zusammenleben. Seit dem Sommer ist mittlerweile eine von drei Etagen mit acht Bewohnern (vier Mieter mit und vier Mieter ohne Behinderung) bezogen, die 2. Etage wird bis Weihnachten und die dritte bis März 2020 bezogen. Bereits in den ersten Monaten ist im Fritz & Jack eine lebendige Mietergemeinschaft entstanden. Jeder hat seinen eigenen Wohnbereich. Daneben gibt es Begegnungsräume zum gemeinsamen Kochen und Essen, Spiel und Spaß, Lesen und Chillen und einen eigenen Waschlösung.

Bei der Ausstattung der von allen Bewohnern genutzten Gemeinschaftsbereiche wurde Fritz & Jack vom Sparkassenverband Bayern und der Stadtsparkasse Augsburg in erheblichem Maße unterstützt. Insgesamt kamen 55.000 Euro aus dem Reinertrag des „Sparkassen-PS-Sparen und Gewinns“ und einer Spende der Stadtsparkasse dafür zusammen. Die Idee, die hinter dem „PS-Sparen und Gewinns“ steht: Von jedem Fünf-Euro-Los werden vier Euro gespart und am Jahresende wieder ausbezahlt. Ein Euro ist der Loseinsatz. Von jedem Losebeitrag kommen 25 Cent je Los gemeinnützigen Zwecken zugute.

Musterbeispiel für gelungene Inklusion

Dr. Ulrich Netzer, Präsident Sparkassenverband Bayern, und Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender Stadtsparkasse Augsburg, überreichten symbolisch einen Spendensack und machten sich auf Einladung von Michael Amberg, Vorstand Fritz-Felsenstein-Haus, vor Ort ein Bild. Dabei sprachen sie mit den Bewohnern über deren Einzug und die ersten Erfahrungen in der Wohnanlage. Rolf Sattelmeyer ist beeindruckt: „Fritz und Jack ist ein Musterbeispiel, wie Inklusion funktionieren kann. Das Angebot richtet sich an alle, die Freude am gemeinschaftlichen Leben in einer Wohnanlage und an der Unterstützung von Menschen mit Behinderung haben. Diese Form des Zusammenlebens, die gesellschaftliche und soziale Verantwortung verknüpft, entspricht ganz der Kultur des gemeinsamen gesellschaftlichen Miteinanders, das die Stadt-

nungen fertiggestellt, vor allem in der Oberpfalz und in Oberbayern war der Rückgang besonders stark. In den bayerischen Großstädten ging er sogar um 30 Prozent zurück. „Es gibt einfach keinen verfügbaren Baugrund zu vernünftigen Preisen“, stellte Schubert-Raab fest.

Dabei seien nicht fehlende öffentliche oder private Mittel das Hauptproblem. „Es dauert viel zu

lange, bis gebaut werden kann, oft ein oder gar mehrere Jahrzehnte. Das kann sich ein noch erstklassiger Industriestandort wie Bayern nicht leisten“, kritisierte er. Bauen müsse zudem auch mehr Wertschätzung in der Öffentlichkeit erfahren. Allein in München dauere ein Baugenehmigungsverfahren im Durchschnitt 7,3 Jahre. „Das Baukindergeld ist dabei gut gemeint, geht aber überwiegend in die Sanierung bestehender Gebäude. Nur ein Viertel wurde im vergangenen Jahr für Neubauten genutzt“, sagte Schubert-Raab.

Flächensparziel verschärft Problem

Nach Einschätzung der Baubranche würde das Wohnungsproblem noch verschärft werden, wenn die Staatsregierung ihren Plan umsetzt, den Flächenverbrauch in Bayern bis 2030 von derzeit zwölf auf fünf Hektar am Tag zu reduzieren. „Die Reduzierung um rund 60 Prozent wird Bauland künstlich verknappen, und es wird noch teurer“, sagte Geiger. Schubert-Raab erinnerte an den Appell der Bauwirtschaft an die Kommunen und Städte. „Wir haben ihnen zu Konzepten geraten, wie sie versiegelte Fläche, die nicht bebaut ist, zurückbauen können.“

Auch das Volksbegehren Mietstopp und die politischen Diskussionen über einen Mietendeckel in Bayern werden von der Bauwirtschaft kritisiert. SPD, Mieterbund und DGB initiierten ein Volksbegehren, mit dem eine gesetzliche Mietbegrenzung in Bayern erreicht werden soll. „Sollte dies Erfolg haben, werden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen kaum noch stattfinden“, gab Schubert-Raab zu bedenken.

Er führte ein weiteres Problem auf: „Uns fehlt in der Bauwirtschaft der Mut neue Materialien und Bauweisen einzusetzen. Jeder will auf Nummer sicher gehen. Das hindert Unternehmen daran, innovative Bausysteme am Markt zu platzieren, im privaten, wie auch im gewerblichen Bereich.“ Voraussetzung für die Entwicklung innovativer Bausysteme sei eine qualifizierte Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen. „Wenn wir da nicht ansetzen, können wir nicht erwarten, dass aus den Ingenieur- und Architekturbüros die Impulse kommen, die wir brauchen“, so Schubert-Raab.

Chancen für den Bau

„Gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimawandel, die Energiewende, die Mobilitätsrevolution und auch der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, sind Bauaufgaben. Die bayerische Bauwirtschaft bietet dafür vielfältige Lösungen“, beschrieb Geiger die Zukunftsaussichten der bayerischen Bauwirtschaft. Dazu zählen digitale Methoden wie BIM – Building Information Management. Sie ermöglichen bessere Bauwerke und tragen zu einer höheren Produktivität bei indem BIM den Bauablauf dokumentiert, Veränderungen registriert, Zeit- und Kostenpläne anpasst und auch beim Recycling der Baustoffe hilft.

„Wer einen herausfordernden Beruf sucht, wer gerne unter freiem Himmel arbeitet, wer sehen will, was sie oder er gemacht hat: Sie alle finden am Bau die besten Perspektiven.“ Mit diesen Worten machte Schubert-Raab trotz getrübtter Erwartungen in der Branche Werbung für einen Arbeitsplatz in der bayerischen Bauwirtschaft. **Anja Schuchardt**

BFW Bayern:

Chancen für Metropolregionen in einem europaweiten Ansatz

Der Bayerische Landtag diskutierte die Novellierung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in einer Anhörung von Sachverständigen. Auf Vorschlag des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr im Bayerischen Landtag wurde der BFW Bayern als einer von acht Sachverständigen gehört.

Unter dem Titel „Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung“ diskutierten 8 Sachverständige im Bauausschuss über mögliche Änderungen in der BayBO. Der BFW Bayern, vertreten durch Präsident Andres Eisele, regt an, dass die neue Bauordnung zeitnah auf ihre Tauglichkeit überprüft werden müsse: „Es muss ein offenes System sein, das bei Fehlentwicklungen, Fehlallokationen oder wenn die gewünschten Effekte nicht eintreten, schnell reagiert“, so Eisele.

Novellierung und Entschlackung

Der BFW Bayern fordert in seiner Stellungnahme die Verkleinerung der Abstandsflächen, schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren und ein neues Stellplatzrecht. In der Anhörung konnte Präsident Eisele zusätzlich eine Reihe an konkreten Beispielen zu Fehlentwicklungen und zur Kostensteigerung im Wohnungsbau aufzählen.

Der BFW Bayern macht deutlich, dass eine Überarbeitung des Bauordnungsrechts mit einer Ausweitung von europarechtskonformen Reformbemühungen verbunden werden müsse. Nur so könne vermieden werden, gegen europäisches Recht zu verstoßen.

Doch nicht nur in Fragen der Produkthanforderungen lohnt ein überregionaler und europaweiter Ansatz; gerade auch die Frage der Metropolisierung und Urbanisierung sollte ganzheitlich europäisch gedacht werden. Die Wohnungsnot dominiert nicht nur die politische Agenda der

Landeshauptstadt und des Freistaats – die geht weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Bayern ist beispielhaft im Umgang mit Urbanen Gebieten: Die Metropolregionen München und Nürnberg fungieren als Vorzeigeprojekte.

Ländlichen Raum stärken

„Wir benötigen klare Stellungnahmen der Politik und einen europäischen Weg der Stärkung des ländlichen Raums“, so Patrick Slapal, Geschäftsführer des BFW Bayern. Maßnahmen für mehr Wohnungsbau in Städten und gleichzeitig eine stärkere Vernetzung seien: Infrastruktur, Digitalisierung, Mobilität, Ärzte, Pflegeheime, urbane Gebiete im Dorf.

„Paris, Moskau, Stockholm, Prag, Wien: Alle arbeiten an Metropolgedanken, alle arbeiten an Tangentialverbindungen – das zusammen mit dem Umland. Das Potenzial des Umlandes muss überregional erkannt werden, nur so können Überregulierungen die ins Nichts führen, verhindert werden. Die Diskussion zur Mietpreisbremse ist nicht zielführend, da dadurch keine neue Wohnung geschaffen werden kann. Durch Mietpreisdeckelung werden diese europäischen Probleme verschärft, weil nicht an die Ursache herangegangen wird“, äußert sich Slapal.

Der vom BFW Bayern erarbeitete München-Plan zur Linderung der Wohnungsnot ist ein ganzheitlicher Ansatz, der sowohl für städtische als auch für ländliche Regionen herangezogen werden kann. □

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

DStGB-Positionen zur Wohnungspolitik:

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist von starken Disparitäten bestimmt: Wachsenden Wohnungsmärkten, speziell in attraktiven und stark nachgefragten Städten, stehen eine Schrumpfung und Leerstände von insgesamt ca. zwei Millionen Wohnungen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten, gegenüber. Während im Jahr 2016 in Deutschland noch 375.388 Wohnungen genehmigt wurden, ist die Zahl der genehmigten Wohnungen in den vergangenen zwei Jahren zurückgegangen.

„Um den vielen Wohnungssuchenden bezahlbare Wohnungen anbieten zu können, bedarf es einer langfristigen Wohnungsbauoffensive mit vielen Maßnahmen. Denn bis zum Jahr 2020 besteht in Deutschland ein Bedarf von 350.000 bis 400.000 Wohnungen pro Jahr“, heißt es in einem Statement des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zur Wohnungspolitik. Hierzu trägt auch die Zuwanderung bei. Umgekehrt stehen, insbesondere in strukturschwachen Gebieten, ca. zwei Millionen Wohnungen leer. Bund und Länder müssten daher schnell die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, um sowohl auf den Wohnungsbedarf als auch auf den Leerstand besser zu reagieren. Erforderlich sind aus DStGB-Sicht sowohl frei finanzierte und von Privaten gebaute Wohnungen als auch die Stärkung preisgebundener Wohnungen. Nötig sind zudem sowohl der Bau von Mietwohnungen als auch von Wohnungen im Eigentum.

„Oft sind die Wohnpreise vor allem in attraktiven Großstädten trotz aller Fördermaßnahmen für immer mehr Bevölkerungskreise unbezahlbar. Lange Fahrten vom Wohnort zur Arbeit und zurück sind vielfach die Folge. Dies ist sowohl sozial als auch ökonomisch und ökologisch nachteilig“, so der Kommunalverband. „Es macht keinen Sinn, wenn Pendler jeden Tag i. d. R. mit ihren Pkws große Stecken in die Kernstädte ein- und wieder ausfahren und dabei neben dem Zeitaufwand eine zusätzliche Belastung mit Stickoxid, Feinstaub und Lärm in die Ballungskerne importieren. Stattdessen liegt in einer verstärkten Dezentralisierung und der Schaffung von öffentlichen wie privaten Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen eine Chance zum Ausgleich zwischen wachsenden Großstädten und einer zurückgehenden Bevölkerung im

ländlichen Raum. Bei aller Anstrengung werden wir das Problem der Wohnungsknappheit nicht allein in den großen Städten lösen können. Ländliche Räume können insoweit eine wichtige Entlastungsfunktion für die oft überhitzten Wohnungsmärkte in den Großstädten übernehmen und so maßgeblich zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beitragen.“

Grundvoraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung strukturschwacher ländlicher Regionen sei aber eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen einschließlich einer lückenlosen Mobilfunkversorgung, insbesondere mit dem Mobilfunkstandard 5G. Digitale Angebote, insbesondere im Gesundheits-, Pflege- sowie Bildungsbereich (Telemedizin, digitale Bildung etc.), könnten bestehende stationäre Angebote sinnvoll ergänzen. Bund und Länder müssten daher den Ausbau der digitalen Infrastruktur schnell und vor allem flächendeckend fördern und unterstützen.

ÖPNV und SPNV

Ein weiterer Ausbau und eine Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur im Straßen- und insbesondere Schienenbereich zur besseren Anbindung ländlicher Regionen sind aus Sicht des DStGB dringend erforderlich. Hierzu zählt eine verbesserte ÖPNV- und SPNV-Finanzierung sowie die Stärkung der Bahn in der Fläche. Durch den Ausbau von Regional- und Schnellbahnlinien, von Bahn-Knotenpunkten sowie durch eine weitere Absenkung der Tarifenpreise könnten wichtige Impulse gesetzt werden. Das Potenzial der Digitalisierung müsse zur besseren Anbindung des ländlichen Raums genutzt werden. Dazu gehörten unter anderem die digitale Vernetzung der Verkehrsträger,

eine Nachfrageorientierung im ÖPNV sowie das autonome Fahren. Um ländliche Räume als Wohnstandorte attraktiver zu machen, müsse auch die E-Mobilität in der Fläche ausgebaut werden (Ladeinfrastruktur einschließlich Car-Sharing-Modellen etc.).

„Problematisch ist, dass der Bestand an mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen in Deutschland stark rückläufig ist. Jährlich verlieren etwa 70.000 Wohnungen den Sozialstatus. Hinzu kommt, dass Wohnungen mit sozialer Bindung vielfach von Mietern genutzt werden, die aufgrund ihres Einkommens keine Berechtigung hierzu haben. Daher muss auch das Instrument kommunaler Belegungsrechte zielgerichtet genutzt werden.“

Ebenso sollten mehr Städte und Gemeinden von der Möglichkeit des § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB zur Festsetzung von Flächen, auf denen eine soziale Wohnraumförderung stattfindet, Gebrauch machen sowie vertragliche Vereinbarungen mit Investoren treffen, um die soziale Durchmischung in einem Quartier zu fördern. Die Förderung muss von der Wohnungslage und den Wohnungsgrößen her nachfragegerecht gestaltet werden“, heißt es weiter.

Länder in der Pflicht

Wohnraumförderprogramme seien so zu gestalten, dass den unterschiedlichen örtlichen Bedarfen Rechnung getragen werden kann. Neben der Möglichkeit, Bestandsgebäude sanieren zu können, müsse die Förderung daher auch auf den Erwerb und den Umbau von Bestandswohngebäuden ausgerichtet werden. In diesem Bereich sollte ein ggf. zeitlich befristeter Verzicht auf Mindeststandards, wie etwa Mindestwohnraumflächen, erfolgen. Hier seien die Länder in der Pflicht.

Zudem sind kommunale Wohnungsunternehmen wichtige Partner der Städte und Gemeinden sowie Garanten einer nachhaltigen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Die über 700 kommunalen Wohnungsunternehmen besitzen in Deutschland ca. 2,3 Millionen Wohnungen. Diese kommunalen Unternehmen sind nicht

auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Bei ihren Maßnahmen steht städtebaulich die Stärkung der Innenstädte und Ortskerne im Vordergrund. „Wegen ihrer besonderen Rolle sollten kommunale Wohnungsunternehmen auch in ihrer Gründungsphase sowie mit dem Ziel einer Stärkung kommunaler Kooperationen daher bevorzugt in staatliche Förderprogramme zur Stadtentwicklung und zum Wohnungsbau einbezogen werden“, betont der DStGB.

Eine weitere Forderung gilt dem Ausbau des genossenschaftlichen Wohnens in Deutschland. Neben der Förderung insbesondere kleinerer Genossenschaften in der Gründungsphase sollte eine stärkere Einbeziehung von Wohnungsgenossenschaften auch in Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen unterstützt werden. Zudem sollte nach Überzeugung des Kommunalverbands der Bund die Bedingungen für den Erwerb von Geschäftsanteilen für Mitglieder der Genossenschaften im Rahmen des KfW-Wohneigentumsprogramms verbessern.

Einheimischenmodelle unterstützen

Zu unterstützen seien auch sog. Einheimischenmodelle, die insbesondere für ländlich geprägte Kommunen im Umland attraktiver Großstädte wichtige Instrumente darstellten. Dem Ziel der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienten die Baulandkonzepte der Städte und Gemeinden sowie die Vergabe kommunaler Grundstücke an Investoren und private Bauherren nach Konzeptqualität (Konzeptvergabe).

Gestoppt werden müsse dagegen die wachsende Zahl an Bauvorschriften, die sich in den vergangenen Jahren von 5.000 auf 20.000 vervierfacht habe. Überflüssige Standards müssten abgebaut werden. Allein die 2016 in Kraft getretene Verschärfung der EnEV für Neubauten führe zu Mehrkosten von bis zu zehn Prozent. Dies wirke sich auf konkrete Neubautätigkeiten und das Mietniveau aus. Daher seien Energiestandards verstärkt quartiersbezogen statt auf die Einzelwohnungen auszurichten. „Weiterer Verschärfungen der Energiestandards bedarf es nicht. Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Schaffung von Wohnraum müssen dagegen weiter vereinfacht und gestrafft werden.“

Konzept „Jung kauft Alt“

Zudem gelte es, in den Innenstädten und Ortskernen die aktuell nicht als Wohnungen genutzten Bestandsbauten gerade für junge Familien mit Kindern nutzbar zu machen, stellt der DStGB fest. Unter dem Konzept „Jung kauft Alt“ gibt es bereits vielfach öffentlich und durch Kommunen geförderte Modelle für einen nachfragegerechten Umbau älterer und nicht mehr den aktuellen Wohnbedürfnissen entsprechenden Bauten zu Wohnzwecken in den Innenstädten und Ortskernen. Wesentlich sei auch, die Wohnformen der wachsenden Zahl älterer Menschen anzupassen. Um das „Wohnen in den eigenen vier Wänden“ lange zu ermöglichen, seien daher gezielte Bundes- und Landesprogramme ebenso nötig wie die Förderung von Mehrgenerationenhäusern.

Zur Unterstützung der Innenentwicklung sollte auch der Eigentumserwerb von Einzelkäufern (nicht Immobilieninvestoren) von der Grunderwerbsteuer befreit bzw. mit einem niedrigeren Betrag angesetzt werden können. Weiter sollte mit dem Ziel einer forcierten Innenentwicklung eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, um speziell Städte und Gemeinden von der Grunderwerbsteuer dann zu befreien, wenn diese innerörtliche Brachflächen zur Reaktivierung erwerben. **DK**

Ländliche Entwicklung in Bayern:

Staatspreise für Wiederbelebung alter Gebäude

Für ihr herausragendes Engagement zur Sanierung und Wiederbelebung ortsbildprägender Gebäude hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber 15 private und kommunale Bauherren aus ganz Bayern mit Staatspreisen für Dorferneuerung und Baukultur ausgezeichnet. Die Auszeichnungen werden alle zwei Jahre vergeben und sind mit jeweils 2.000 Euro dotiert.

„Mit außerordentlichem Einsatz und viel Mut haben Sie dafür gesorgt, dass die für das Ortsbild und die Baukultur charakteristischen Gebäude erhalten und zeitgerecht genutzt werden. Sie haben moderne Wohnverhältnisse und zeitgemäße Nutzungskonzepte geschaffen und damit alten Gebäuden zu einem neuen Leben verholfen“, unterstrich die Ministerin bei der Preisverleihung in der Münchner Residenz. Die Preisträger hätten damit einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Attraktivität, der Vitalität und der regionalen Identität der Dörfer und des ländlichen Raums geleistet.

Zu den sieben öffentlichen Bauherren, die sich um die Identität und die Innenentwicklung von Dörfern verdient gemacht haben, zählt die Gemeinde Fischbachau (Landkreis Miesbach) mit ihrem Projekt „Sanierung und gelungener Erweiterung erhält das denkmalgeschützte Schulhaus für die Dorfgemeinschaft“.

Schulhaus in Elbach

Das denkmalgeschützte Schulhaus in Elbach steht in einer Reihe ortstypischer Gebäude entlang der Leitzachtalstraße und hat damit für das Ortsbild eine hohe Bedeutung. Mit den Baumaßnahmen wurde die Substanz des Gebäudes erhalten und instandgesetzt sowie eine sensible Erweiterung durchgeführt. Eines der ehemaligen Klassenzimmer wurde wieder mit der Ausstattung des 19. Jahrhunderts eingerichtet und ermöglicht damit einen Blick in die Geschichte des Gebäudes.

Altes Gasthaus in Holzkirchen

Ein weiterer Preisträger ist der Markt Ortenburg mit der Sanierung eines denkmalgeschützten alten Gasthauses in Holzkirchen (Landkreis Passau). Der „Untere Wirt“ hatte seit langem seine soziale Funktion für das Dorf und auch seine gestalterische Qualität verloren. In Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und mit einem sehr hohen Anteil an Eigenleistung der Dorfbewohner konnte die ursprüngliche handwerkliche und gestalterische Qualität wiederhergestellt werden. Das Gebäude erlangt als Dorfgemeinschaftshaus und temporäre Nahversorgungseinrichtung wieder eine zentrale Bedeutung für den Ort.

Waidlerhaus in Zachenberg

Ebenfalls prämiert wurde die Gemeinde Zachenberg (Landkreis Regen) für den Erhalt eines denkmalgeschützten Waidlerhauses als einzigartiges Zeugnis der historischen Baukultur. Die Bausubstanz des Kleinbauernhauses befand sich nach über 50 Jahren Leerstand in einem desolaten Zustand. Seine Instandsetzung, das in das Jahr 1821 datiert werden kann, ist ein bedeutender Beitrag für den Fortbestand der regionalen Bauform des Waidlerhauses. Mit der Umnutzung des denkmalgeschützten Kleinbauernhauses in ein Gemeindehaus für junge und alte Bürger wurde ein Treffpunkt geschaffen, der die Lebensqualität im Ortskern erhöht und identitätsstiftend wirkt – ganz im Sinne der Innenentwicklung. **DK**

Ausgezeichnet wurde überdies der Markt Mährling (Landkreis Tirschenreuth) für die Sanierung des ehemaligen Schul- und Rathauses. Durch die Sanierung des denkmalgeschützten, über viele Jahre zum Großteil leer stehenden Gebäudes wurde ein in vielerlei Hinsicht identitätsstiftender Ort erhalten und mit neuen Angeboten für Dorfgemeinschaft, Arzt und Museum belebt. Das Gebäude ist wieder qualitativvoller Teil des historischen Gebäudeensembles und bietet infolge der gelungenen Freiraumgestaltung einen beliebten Treffpunkt für Jung und Alt.

Fachwerkhaus in Pautzfeld

Große Verdienste erworben hat sich auch die Gemeinde Hallerndorf (Landkreis Forchheim) mit der Sanierung des denkmalgeschützten Fachwerkhauses im historischen Ortskern von Pautzfeld. Damit wurde nicht nur ein ortsbildprägendes und identitätsstiftendes Gebäude revitalisiert, sondern es wurden auch wichtige soziale und kulturelle Belange der Bevölkerung berücksichtigt. Erst die Gründung des Dorfgemeinschaftsvereins, der zusicherte, den laufenden Betrieb zu finanzieren, führte zum Entschluss der Gemeinde, das Gebäude für die Dorfgemeinschaft zu erhalten. Damit wurde ein wichtiges Zeugnis regionaler Baukultur gesichert, dass die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Pautzfeld erheblich verbessert.

Ehemaliges Rathaus in Oberlauringen

Ein weiterer Preisträger ist der Markt Stadtlauringen (Landkreis Schweinfurt) mit der Sanierung und Umnutzung des ehemaligen Rathauses in Oberlauringen zum Rückert Poetikum.

Die sorgfältige denkmalgerechte Sanierung des etwa 500 Jahre alten Hauses rettet ein besonderes Baudenkmal. Ursprünglich als Wohnstallhaus erbaut, diente das Gebäude nach einem Umbau Anfang des 18. Jahrhunderts als Rathaus und beherbergte seit den 1970er Jahren eine Bankfiliale. Schon allein durch seine herausgehobene Lage mitten auf dem ehemaligen Dorfanger hat das Gebäude eine besondere Stellung im Ort.

Mit der neuen Funktion als „Rückert-Poetikum“, das mit einer interaktiven Ausstellung, einer Leselounge und mit Veranstaltungen an das Leben und das literarische Werk Friedrich Rückerts, des berühmten Sohnes des Ortes erinnert, wird dem Gebäude eine neue Bedeutung gegeben.

Pfarrhof in Niederrieden

Freude auch in der Gemeinde Niederrieden (Landkreis Unterallgäu): Dort stellen die Sanierung des denkmalgeschützten Pfarrhofs, die Errichtung des neuen Pfarrstadels und die Gestaltung einer multifunktionalen Freifläche im Pfarrgarten ein vorbildliches Beispiel der Innenentwicklung dar. Die Dorfmitte von Niederrieden wurde revitalisiert, indem eine Begegnungsstätte für Jung und Alt geschaffen wurde. Die neue Gebäudegruppe verkörpert eine gekonnte Synthese aus Alt und Neu. **DK**

Wohnungsmangel:

Neubau ist die beste Lösung

Wohnungswirtschaft fordert bessere Rahmenbedingungen

Das Wohnen wird in vielen bayerischen Städten immer teurer. Über Lösungswege für die Wohnraumkrise wird derzeit kontrovers diskutiert. Für den Verband bayerischer Wohnungsunternehmen ist klar, wie man die angespannten Wohnungsmärkte am besten entlastet: „Neubau ist die beste Lösung zur Beseitigung des Wohnungsmangels“, sagte Verbandsdirektor Hans Maier beim Pressegespräch in Nürnberg. Doch dafür müssten auch die Rahmenbedingungen für die Wohnungsunternehmen passen: bezahlbares Bauland, ein Stopp der Baukostensteigerungen und eine attraktive Wohnraumförderung.

Reaktionen auf die hohen Mieten wie dem bayerischen Volksbegehren zum Mietstopp steht der VdW Bayern skeptisch gegenüber. „Ein Mietendeckelung bremst den Wohnungsbau“, kommentiert der Verbandsdirektor. Zwar würden die 480 Verbandsmitglieder einen sechsjährigen Mietstopp wohl überstehen, doch sei unklar wie es nach diesem Zeitraum weitergeht. „Ein Ende des Mietstopps wäre politisch schwer durchsetzbar“, prophezeit Maier. Bereits jetzt sprächen einzelne Protagonisten von einer Verlängerung, wenn die erhoffte Entspannung am Wohnungsmarkt nicht eintritt. Angesichts der großen wohnungspolitischen Themen Neubau, Klimaschutz im Wohnungsbestand und altersgerechte Modernisierung könne sich die soziale orientierte Wohnungswirtschaft eine dauerhafte Beschränkung bei den Investitionsmitteln nicht leisten.

„Wir sind die Problemlöser beim Thema bezahlbares Wohnen“, stellte der Verbandsdirektor klar. Die Neubau-Investitionen ziehen seit 2015 kräftig an. Im Jahr 2018 investierten die Verbandsmitglieder rund 1,2 Mrd. Euro in neue Mietwohnungen. Im laufenden Jahr werden allein die 66 Mitgliedsunternehmen aus Mittelfranken 140 Mio. für Neubauprojekte in die Hand nehmen. Städte wie Erlangen, Nürnberg und München haben ehrgeizige Wohnungsbauprogramme aufgelegt. Auch die bayerischen Wohnungsgenossenschaften leisten ihren Teil und bauen verstärkt. „Diese Unternehmen müssen gestärkt und nicht gebremst werden. Denn sie kämpfen bereits mit den seit Jahren bekannten und ungelösten Herausforderungen wie teurem Bauland, scheinbar unaufhaltsam steigenden Baukosten und zunehmendem Handwerkerangel“, so Maier.

Von der Politik erwartet sich der

VdW Bayern ein klares Bekenntnis zum Wohnungsbau und die passenden Rahmenbedingungen. Die unlängst beim Wohnungsgipfel der Bayerischen Staatsregierung vorgestellte Reform des bayerischen Baurechts und der schnelle Weg zur Baugenehmigung sind für den Direktor wichtige Signale.

Für den gesellschaftlich wichtigen Bau von geförderten Wohnungen müssten die Mittel auf hohem Niveau verstetigt werden, jedoch nicht gekürzt. Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2020 sieht eine Reduzierung der Wohnraumfördermittel um mehr als 30 Prozent vor. „Das ist in der aktuellen Situation das falsche Zeichen“, kritisierte Maier. Stattdessen forderte er einen Klimazuschuss für den Wohnungsbau. Denn für die Klimaziele der Bundesregierung im Gebäudebereich gebe es noch keine klare Finanzierung.

Schließlich dürften die Anforderungen an das Wohnen nicht zu weiteren Belastungen für die Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen führen. „Wachsende Anforderungen bedeuten steigende Kosten. Gesamtgesellschaftlich muss diskutiert werden, wer welchen Teil der Rechnung bezahlen soll. In Frage kommen nur Vermieter, Mieter oder der Staat“, betonte Maier. **□**

Bayerisches Flächensparforum in Regensburg:

Neues Gütesiegel für Kommunen

Beim 7. Flächensparforum in Regensburg wurde erstmals das neue staatliche Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ verliehen. Preisträger sind die Gemeinde Litzendorf (Oberfranken), Gemeinde Schleching (Oberbayern), Stadt Waldsassen (Oberpfalz) und Allianz Hofheimer Land (Unterfranken), bestehend aus den Kommunen Stadt Hofheim i. Ufr., Aidhausen, Bundorf, Burgpreppach, Emershausen, Maroldsweisach und Riedbach.

Die Gemeinde Litzendorf gab 2007 eine Vorstudie zur „Kommunalen Entwicklung“ in Auftrag, unter anderem um den zukünftigen Bedarf an Wohnflächen zu ermitteln. Ein Baulückenkataster konnte nachweisen, dass eine nachhaltige Entwicklung der Kommune auf die Nutzung der bereits vorhandenen Flächenpotenziale zielen muss. Als Impulsprojekt ließ die Gemeinde ein leerstehendes Bauernhaus im Ortskern zum Bürgerhaus umbauen und durch einen Bibliotheksneubau ergänzen. Zwei leerstehende Gebäude wurden saniert und zu Mietwohnungen ausgebaut.

Gemeinde Litzendorf

Für die Bebauung einer innerörtlichen Freifläche wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt. In Kürze entstehen hier bedarfsgerechte Wohnangebote: Senioren- und Familienwohnungen auf kleinen Grundstücken. Durch die klare Ausrichtung auf die Innenentwicklung und viele umgesetzte Projekte gewann die Kommune an Attraktivität. Es gibt kaum Leerstände, Bestandsgebäude finden schnell neue Nutzer, einige Baulücken

wurden in der Zwischenzeit bebaut.

Stadt Waldsassen

Die Stadt Waldsassen erwarb innerörtliche leerstehende Gebäude und Gewerbebrachen mit dem strategischen Ziel, diese zu revitalisieren oder rückzubauen. Gleichzeitig ist ein Leerstandskataster erstellt worden, um vom Leerstand bedrohte bzw. brach liegende Wohngebäude zu erfassen. Manche dieser Gebäude wurden durch gezielte Vermittlung und Akquise von Privatinvestoren erworben. Die Gebäude wurden saniert und neu belebt. Für die Stadt wichtige, teils denkmalgeschützte Gebäude werden durch die Stadt selbst saniert. Neuer Wohnraum – überwiegend mitten im Stadtzentrum – entsteht. Inzwischen ist der Bevölkerungsrückgang gestoppt. Trotz reger Bautätigkeit mussten kaum neue Flächen genutzt werden. Fast immer konnten beplante oder ursprünglich bebaute Flächen dazu verwendet werden. Die Stadt ist heute aufgeräumter als vor Jahren, da marode Bausubstanz gewichen ist. Bereits Mitte der 1990er Jah-

re initiierte die Gemeinde Schleching das Ökomodell Achenal. Seit 2001 betreibt sie eine Dorferneuerung, bei der eine ganzheitliche, ökologische und zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung umgesetzt werden soll. 2014 erfolgte die Entscheidung, eine Flächenmanagement-Datenbank zu erstellen. Im Anschluss wurden mit einem Planungsbüro entsprechende Potenziale ermittelt. Zur Erreichung der Ziele wurde aktiv an die Grundeigentümer von Leerstandsgebäuden und Baulücken sowie an Hausverwaltungen herangetreten. Zudem wurde die Innenentwicklung in der Öffentlichkeit zum Thema gemacht.

Gemeinde Schleching

Im Ergebnis wurde ein genossenschaftlich getragener Dorfladen im ehemals leerstehenden Gebäude ebenso geschaffen wie eine barrierefreie Senioren-WG über dem Dorfladen im ehemals leerstehenden Gebäude. Zudem wurde kleinflächiges Bauland für junge Familien ausgewiesen.

Um den Herausforderungen des demographischen Wandels und der Abwanderung in die städtischen Verdichtungsräume wirksam begegnen zu können, haben sich 2008 sieben Kommunen im nördlichen Teil des Landkreises Haßberge zur ILE Hofheimer Allianz zusammengeschlossen. Zentrales Anliegen der Gemeinde-Allianz ist die konsequente

Innenentwicklung zur Erhaltung attraktiver Ortsmitten. Die Städte und Gemeinden der Allianz werden seit Jahren im Rahmen der Städtebauförderung bzw. der Dorferneuerung unterstützt.

Allianz Hofheimer Land

Inzwischen hat sich die Gemeinde-Allianz zu einer Zuzugsregion entwickelt, in der die Kommunen in einem kooperativen, von Konsens geprägten Prozess erfolgreich Strategien zur Sicherung der Lebensqualität entwickeln und umsetzen. Seit 2013 bündelt und koordiniert ein Allianzmanagement die Aktivitäten vor Ort. So konnten 276 private ehemalige Leerstände revitalisiert, zahlreiche innerörtliche Baulücken im Innenbereich geschlossen und mehrere Baugebiete im Außenbereich zurückgenommen werden. Damit stehen in den Ortsmitten nicht nur signifikant weniger Gebäude leer, sondern wurde die Flächeninanspruchnahme um ca. 42 Hektar reduziert.

Zusätzlich schafft die Errichtung eines dezentralen Bürgerhaus-Systems mit Dorfgemeinschaftshäusern in mittlerweile 13 Ortschaften wichtige soziale Treffpunkte im Ort. In vier Kommunen ergänzen Dorfläden die Nahversorgung und tragen so zur Steigerung der Lebensqualität in den Ortsmitten bei.

Anreize schaffen

Wie Umweltminister Thorsten Glauber und Bauminister Dr. Hans Reichhart darlegten, sollen mit der Auszeichnung Anreize für eine verstärkte Anwendung des Flächenmanagements in den bayerischen Kommunen geschaffen werden. Voraussetzung für die Verleihung des Gütesiegels ist das Vorhandensein eines aktiven Flächenmanagements sowie die Umsetzung von innovativen Ansätzen und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs. Dazu zählen beispielsweise der Wieder- und Ankauf von einheimischen Grundstücken, die Rücknahme von Bauflächen, die Renaturierung und Aufwertung von Ortskernen sowie weitere Maßnahmen auf Basis des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung. Zudem werden kommunale Grundstücks- und Leerstandsbörsen mit kostenlosen Sanierungsberatungen angeboten.

Ein bewährtes Hilfsmittel für Kommunen zur Erfassung, Bewertung und Aktivierung von innerörtlichen Flächen ist die Flächenmanagement-Datenbank des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Regelmäßig wird sie auch im Rahmen der Dorferneuerung und integrierten ländlichen Entwicklung eingesetzt. DK

Füracker zur energetischen Gebäudemodernisierung:

Wichtiger Beitrag für den Klimaschutz

Bayerische Forderung nach Steuerermäßigung hat sich durchgesetzt

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hat zu den Beratungen im Finanzausschuss des Bundesrates Stellung bezogen: „Ich freue mich, dass Bayern sich durchgesetzt hat und die energetische Gebäudemodernisierung steuerlich endlich gezielt gefördert wird. Das ist ein wichtiges Signal für den Klimaschutz. Im Gegensatz zu anderen Parteien wollen wir keine Verbote, sondern Anreize setzen. Eigenheimbesitzer sollen deshalb künftig für bestimmte klimafreundliche Verbesserungen an ihrem Haus eine Steuerermäßigung erhalten.“

Lösung auch für Mietwohnungen

„Doch auch bei vermieteten Wohnungen wollen wir die energetische Modernisierung steuerlich unterstützen“, so Füracker weiter. „Die Aufwendungen dafür sollen generell nicht mehr über viele Jahre verteilt werden müssen, sondern sofort abgesetzt werden können. Dass sich eine Mehrheit der Länder im Finanzausschuss gegen diese wichtige Maßnahme ausgesprochen hat, ist für mich nicht nachvollziehbar. Bayern wird sich aber weiterhin für eine attraktive und unbürokratische Lösung auch für Mietwohnungen einsetzen.“ □

Gründung:

Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstenfeldbruck GmbH

Ein wichtiger Schritt ist getan: Der Landkreis Fürstenfeldbruck und 15 von seinen 23 Gemeinden haben die Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstenfeldbruck GmbH gegründet.

Der GmbH gehören diese kommunalen Gesellschafter an: Adelsmiefen, Alling, Althegnenberg, Egenhofen, Emmering, Gröbenzell, Hattenhofen, Landsberied, Maisach, Mammendorf, Mittelstetten, Schöngesing, Türkenfeld, Fürstenfeldbruck, Germering und der Landkreis Fürstenfeldbruck. Die Stadt Puchheim wird in der neu gegründeten Gesellschaft von der Städtischen Wohnraumentwicklungsgesellschaft Puchheim mbH WEP vertreten.

Baustein für die Schaffung kostengünstigen Wohnraums

Ziel ist die Errichtung von Wohnraum zu angemessenen Mieten. Dies schließt auch den Bau von kostengünstigem Wohnraum für die Bediensteten der Gesellschafter ein, um langfristig Personal zu binden und zu gewinnen.

Die Beteiligten sehen die Gründung der interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Neugründung ist ein Baustein für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum im Landkreis Fürstenfeldbruck.

Es gilt, über die Gemeindegrenzen hinaus Vertrauen zu bil-

den und unabhängig von der jeweiligen Größe der Kommune partnerschaftlich auf Augenhöhe miteinander zusammenzuarbeiten. Dabei entscheiden die Gemeinden nach wie vor selbst, ob und in welchem Umfang in ihrer Gemeinde preisgünstiger Wohnraum errichtet wird. Die Gemeinden haben zudem das Belegungsrecht für die Wohnungen und bestimmen so die Mieterzusammensetzung.

Emil Schneider zum Geschäftsführer bestellt

In der ersten Gesellschafterversammlung bestellten die Gesellschafter Emil Schneider zum Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstenfeldbruck GmbH. Er ist als Finanzreferent im Bayerischen Landkreistag tätig und ist Mitglied des Kreistages des Landkreises Fürstenfeldbruck sowie des Stadtrates der Großen Kreisstadt Germering.

Eines der ersten Projekte der Gesellschaft wird die Realisierung einer Kindertagesstätte mit 26 Wohnungen auf einem Grundstück der Gemeinde Gröbenzell am Ortsrand von Gröbenzell sein. □

Denkmäler können Geschichten erzählen

Verleihung des Denkmalpreises und Ehren-Denkmalpreises des Bezirks Niederbayern

Denkmäler können Geschichten erzählen und wer es einem historischen Haus ermöglicht, dies auch künftig zu tun, der erweist der Gesellschaft große Dienste. Deshalb wird seit 2002 der Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern verliehen. Am Sonntag war es im Festsaal des Bezirksklinikums Mainkofen wieder soweit, diesmal jedoch mit einer Premiere, denn erstmals wurde heuer auch ein Ehren-Denkmalpreis überreicht.

Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl begrüßte als Vorsitzender des Kultur-, Jugend- und Sportausschusses die Festgäste und machte darauf aufmerksam, dass Denkmäler Zeitzegen von Umbrüchen seien, an denen die Veränderung über Jahrzehnte, Jahrhunderte hinweg oft eindrucksvoll abzulesen ist. Damit spannte er den Bogen zum bundesweit stattfindenden „Tag des offenen Denkmals“, der heuer unter dem Motto „Modern(e): Umbrüche in Kunst und Architektur“ stand.

Sprung in eine neue Zeit

Der Sprung in eine neue Zeit gelang auch dem „Schießl-Haus“ in Kollnburg dank des Engagements von Thomas Niggel – dem diesjährigen Preisträger. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich ging in seiner Laudatio auf die Geschichte des 1767 erbauten Handwerker-Wohnstallhauses im Landkreis Regen ein. Nach zahlreichen Umbauten im Laufe der Jahrhunderte stand das am Baiervweg gelegene Haus von 1991 ab leer, bis sich 2011 der Maler Thomas Niggel seiner annahm. Mit Hilfe des Architekten Günter Naumann gelang es ihm, die umfangreichen Schäden zu sanieren. „Das Ziel dabei war der größtmögliche Erhalt der historischen Strukturen“, lobte Heinrich.

Bereits zuvor hatte Niggel gemeinsam mit befreundeten Künstlern die Idee eines „Kleinen Hauses der Kunst“ entwickelt, in dem Künstler jeweils für mehrere Monate mietfrei wohnen und arbeiten können, um am Ende bei einem „Wochenende der offenen

Tür“ ihre Werke zu zeigen und mit dem Verbleib eines Kunstwerkes langfristig eine „Galerie im Künstlerhaus“ aufzubauen. Laut Heinrich „weit mehr als eine klassische win-win-Situation“. Denn so könne „das Denkmal durch das nachhaltige Nutzungskonzept erhalten werden. Ein bauhistorisch wichtiges Zeugnis in der Gemeinde ist dadurch gesichert. Die überörtliche Künstlerschaft profitiert von den Nutzungsmöglichkeiten, die das Haus zukünftig bietet. Der Ort bekommt ein Künstlerhaus quasi geschenkt, und seine kulturinteressierte Bürgerschaft erhält eine außergewöhnliche Begegnungstätte.“

Geschärfter Blick

Olaf Heinrich bedankte sich bei Thomas Niggel, der mit seinem künstlerisch geschärften Blick erkannt habe, „welche historische, städtebauliche und volkskundliche Qualität im alten ‚Schießl-Haus‘ steckt“ und es dem Haus damit ermögliche, seine lange Geschichte weiter zu erzählen. Er überreichte die mit 7.500 Euro dotierte Auszeichnung und als bleibende Erinnerung einen gläsernen Panther, das niederbayerische Wappentier. Niggel selbst verwies auf viele andere Gebäude in Niederbayern, deren Verfall dringend aufgehalten werden müsse und für die er sich eine ebenso gute Zukunft wünsche. Erstmals wurde heuer auch ein undotierter Ehren-Denkmalpreis verliehen, der an das Ehepaar Dr. Hedwig und Walter Bramenkamp aus Landau an der Isar ging. Sie gründeten im Jahr 2000 eine Stiftung und zählen zu den her-

ausragenden Förderern bayerischer Kunst- und Kulturgüter, wie Laudator Dr. Maximilian Seefelder betonte. Der Bezirksheimatpfleger verwies auf rund 50 Projekte, an denen sich die Bramenkamp-Stiftung seither finanziell beteiligt hat – allesamt denkmalpflegerische Instandsetzungen, archäologische Grabungen und Kunstausstattungen.

Förderung bayerischer Kunst- und Kulturgüter

Über die Stiftung seien 900.000 Euro in die Förderung von Kunst, Kultur und Denkmälern geflossen, zusätzlich unterstützte das Ehepaar Bramenkamp diese Maßnahmen aber auch mit privaten Mitteln, deren Höhe sie nicht öffentlich machen.

„Das spricht für das großzügige finanzielle Engagement von Dr. Hedwig und Walter Bramenkamp – und für die Bescheidenheit des Ehepaars. Denn man macht kein großes Aufheben darum“, so Seefelder. „Für ihr vorbildliches Engagement und ihre umfangreiche sowie langjährige Förderung der regionalen Kunst- und Denkmalpflege wird Ihnen der Ehren-Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern verliehen.“

Ihre bescheidene Art ging auch bei der Danksagung klar hervor. „Es geht nicht nur ums Geld“, sagte Walter Bramenkamp, sondern darum, „auch persönlich vor Ort zu sein und die Maßnahme von Anfang an zu begleiten. Das ist es, was uns Freude bereitet.“

Am „Tag des offenen Denkmals“ gab es niederbayernweit viele Denkmäler zu besichtigen. Im Preisträgerhaus in Kollnburg konnte sich Olaf Heinrich selbst ein Bild von der gelungenen Instandsetzung machen. Danach besuchte er auch das Weiße Schulhaus in Rinchnach sowie den neugebauten Altstadtkindergarten St. Stephan und das Kloster Niedernburg in Passau. □



Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten.

Finanzierung



Baumodell



Städtebauliches Projektmanagement



Dienstleistung





IHR STARKER PARTNER RUND UM DIE KOMMUNALE IMMOBILIENENTWICKLUNG



www.bayerngrund.de

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten (inkl. Wohnungsbau)



Landkreis Schweinfurt setzt verstärkt auf E-Mobilität

Landratsamt Schweinfurt erweitert den dienstlichen Fuhrpark um weitere Elektrofahrzeuge

Das Landratsamt Schweinfurt setzt verstärkt auf E-Mobilität und hat seinen Fuhrpark von Dienstwagen um vier neue E-Autos erweitert. „Wir wollen und müssen als öffentliche Behörde in Sachen Klimaschutz mit gutem Beispiel voran gehen“, sagt Landrat Florian Töpfer.

Denn aus jedem Liter Benzin entstehen bei der Verbrennung etwa zweieinhalb Kilogramm Kohlendioxid, das in die Atmosphäre entweicht. Hinzu kommen weitere Luftschadstoffe, wie Feinstaub und Stickoxide. Reine Elektrofahrzeuge hingegen stoßen während der Fahrt lokal keinerlei Schadstoffe oder Treibhausgase aus und beim Einsatz von Ökostrom ist die Gesamtbilanz deutlich besser als bei Verbrennerfahrzeugen.

In Bayern etwas Besonderes: Auch der Kreisbauhof nutzt ein E-Fahrzeug

Für diese Neuanschaffungen erhielt der Landkreis Schweinfurt im Rahmen der Förderrichtlinie Elektromobilität vor Ort insgesamt fast 59.000 Euro Fördermittel durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Die Umsetzung dieser Förderrichtlinie wird von der NOW GmbH koordiniert. Neben einem hohen Fahrkomfort hat eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ergeben, dass unter Einbeziehung von Verbrauch, Laufleistung sowie Unterhaltskosten Elektrofahrzeuge trotz des relativ hohen Anschaffungspreises bereits nach wenigen Jahren wirtschaftlicher sind als vergleichbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Der Landkreis Schweinfurt

stellt seit Jahren Schritt für Schritt seinen dienstlichen Fuhrpark auf Elektro- beziehungsweise Hybridfahrzeuge um. Das vom Kreistag einstimmig bewilligte Fuhrparkkonzept des Landratsamtes Schweinfurt sieht vor, den Schadstoffausstoß aller Dienstfahrzeuge signifikant zu senken. Das Ziel des Landkreises ist es, im Landratsamt bis zum Jahr 2021 auf einen vollelektrischen Fuhrpark im PKW-Bereich umzurüsten.

300 g/km als Ziel für 2021

Von ehemals 1.224 g/km CO²-Ausstoß im Jahr 2016 sollen im Jahr 2021 ca. 300 g/km als Ziel erreicht werden. Auch für die Folgezeit will der Landkreis weiter in schadstoffarme Technik und Energieeffizienz investieren, sofern die hierfür notwendige Technik beispielsweise bei den schweren Bauhoffahrzeugen dann auch am Markt zur Verfügung steht.

Zu den bereits vorhandenen vier voll- bzw. teilelektrischen Fahrzeugen sind nun vier weitere reine „Stromer“ hinzugekommen. Während der allgemeine Fuhrpark für den Dienstbetrieb um drei Kleinwagen erweitert wurde, hat sich der Landkreis Schweinfurt mit einem reinen Elektrofahrzeug für den Leiter des Kreisbauhofs Gerolzhofen auf neues Terrain mit gewissem Alleinstellungsmerkmal vorge-

wagt. Denn dass im Landkreis Schweinfurt Kontrollfahrten im Straßenunterhaltungsdienst und die Baustellenüberwachung nun elektrifiziert vorgenommen werden ist bislang wohl einzigartig in Bayern. Das zumindest hat eine spontane Umfrage des hiesigen Kreisbauhofs bei allen bayerischen Kreisbauhöfen ergeben. „Das alleine wird die Welt nicht verändern, aber große Veränderungen beginnen oftmals im Kleinen. Von daher finde ich es richtig, dass wir auch beim Bau-



v.l.: Landrat Florian Töpfer, der Leiter des Kreisbauhofs in Gerolzhofen Joachim Bördlein sowie Anne-Kathrin Zeißner und Frank Wiesler aus dem Arbeitsbereich Zentraler Service freuen über vier neue E-Fahrzeuge, die den Fuhrpark des Landratsamts nun erweitern. Die E-Bikes sind seit einem Jahr in Betrieb und werden von den Mitarbeitern ebenfalls viel genutzt.

Bild: Landratsamt Schweinfurt, Uta Baumann

hof hier mit gutem Beispiel vorangehen“, sagt Landrat Töpfer.

Hohe Akzeptanz

Töpfer freut sich auch über die insgesamt hohe Akzeptanz und positive Resonanz was die Umstellung des Fuhrparks angeht. „Dass die elektrischen Fahrzeuge von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Dienstfahrten vorrangig gebucht werden, ist ein sehr gutes Signal“, so der Landrat. Gegen Ende des Jahres erwartet der Landkreis ein weiteres Fahrzeug zur Verstärkung des elektrischen Fuhrparks.

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises wird ein besonderes Augenmerk auf den Bereich der umweltfreundlichen Mobilität im Landkreis geworfen. Teil dessen ist die Förderung der Elektromobilität. Hier möchte der Landkreis in Zukunft gemeinsam mit den Kommunen und den Elektrover-

Beuthauser-Standort Kulmbach:

Neues Team und gewohnter Service

Die Servicetage des Kommunalstandortes der Beuthauser-Gruppe in Kulmbach sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil in Oberfranken. Das Team um Verkaufsberater Rainer Macht und dem neuen Werkstattleiter Thomas Schorberth knüpfte daran am 17. September 2019 natürlich an.

Mit Unterstützung eines Profis direkt von Mercedes Benz Unimog wurden alle Fahrzeuge an diesem Tag vom Werkstattteam kostenlos auf Herz und Nieren geprüft. Den Fahrern wurde dann im Anschluss ein Prüfprotokoll ausgehändigt. Zeitgleich erstellten bei Bedarf Werkstattmeister Thomas Schorberth und sein Stellvertreter Marco Scherbel Angebote für Instandsetzungsmaßnahmen, damit auch weiterhin die Betriebs- und Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

Tipps von den Fachleuten

Während der Unimog in der Werkstatt war konnten sich die Besucher selbst einem Experten stellen. Dipl.-Ing. Roland Geyer

sorgern eine Verbesserung der Ladeinfrastruktur erreichen und das Ladesäulennetz ausbauen. In den vergangenen Jahren wurde – unterstützt durch Fördermittel des Freistaats Bayern – ein umfangreiches Netz mit Lademöglichkeiten, darunter auch fast alle kreiseigenen Einrichtungen des Landkreises, aufgebaut. „Dieses Angebot werden wir in den nächsten Jahren kontinuierlich erweitert, um der zunehmenden Zahl an Elektrofahrzeugen ausreichend Lademöglichkeiten bieten zu können“, sagt Landrat Töpfer.

Zwei E-Bikes werden für kurze Dienstwege gerne genutzt

Viele Dienstfahrten des Landratsamts führen verständli-



Der niederländische Nahverkehrsbetreiber GVB setzt seine 2-Wege-Fahrzeuge Unimog U 423 auch als Tandem ein. Mit nahezu verdoppelter Traktion ziehen sie dann bis zu 120 Meter lange und 200 Tonnen schwere Metrozüge, auch auf einer vierprozentigen Steigung.

Bild: Daimler Global Communications Trucks & Buses

Vierprozentige Steigung bei Metro in Amsterdam:

Zwei Unimog schleppen 200 Tonnen schweren Metrozug

Einsatz auch für Wartungs- und Gleisbauarbeiten
170 kW (231 PS) und 900 Nm

Stuttgart / Amsterdam – Die neue Amsterdamer U-Bahn-Linie M52 ist 9,7 km lang, wovon 7,1 km unterirdisch verlaufen. Bleibt hier mal ein Zug liegen, dann ist schnelle Hilfe gefragt. Hierfür stehen zwei Mercedes-Benz Unimog bereit, die auch auf Schienen fahren können. Im Doppelpack sind diese „Unimog 2-Wege“ stark genug, auch die schwersten Metrozüge mit 200 Tonnen Gewicht aus dem Tunnel zu ziehen und dabei die vierprozentige Steigung der Tunnelausfahrt zu bewältigen.

Ermöglicht wird dieser Tandembetrieb, indem die Amsterdamer Verkehrsbetriebe GVB jüngst ihren zweiten Unimog 2-Wege erhielten. Wie bei dem ersten im Jahr 2017 ausgelieferten Fahrzeug handelt es sich um einen U 423 mit 170 kW (231 PS) und einem Drehmoment von 900 Nm.

Instandhaltungsarbeiten und Unterhalt der Gleisinfrastruktur

Damit die Kraft wirkungsvoll auf die Schiene gebracht wird, sind die Fahrzeuge mit einer Wandlerschaltkupplung ausgestattet. Die für die Schienenfahrt notwendige Schienenfüh-

rungseinrichtung und die Steuerung für den Tandembetrieb stammen von der Firma Zagro in Bad Rappenau.

Der neue Unimog U 423 mit geschlossenem Kofferaufbau, einer Waggonbremsanlage und hydraulischen Aufgleisgeräten ist für die GVB Amsterdam ein flexibler Tausendsassa, der für unterschiedlichste Arbeits- und Instandhaltungsaufgaben eingesetzt wird. D

er aus dem Jahr 2017 stammende Unimog U 423 hingegen ist anstelle eines Koffers mit einem Ladekran ausgestattet. Er wird von der GVB beispielsweise zur Erneuerung von Weichen oder zum Ziehen von Arbeitsmaschinen eingesetzt. □



V.l.: Claus Artmayer, Carl Beuthauser Kommunal- und Förder-technik, Georg Bauer, Bürgermeister Bayerisch Eisenstein und Thomas Liebl, Betriebsleiter der Arberbergbahn bei der Präsentation des Bayerwald-Unimog auf dem Großen Arber. Bild: CH

Unimog im Bayerwald-Design

Rund 600 Unimog sind im Bayerischen Wald im Einsatz, bei Kommunen, in der Land- und Forstwirtschaft oder auch als Liebhaberstück. Lohberg, eine Gemeinde am Großen Arber, wurde sogar ausgezeichnet als Ort mit der höchsten Unimogdichte pro Kopf deutschland- bzw. möglicherweise weltweit.

„Der Unimog passt zum Bayerischen Wald und mit dem Sondermodell möchte ich all meinen Partnern und Kunden im Bayerischen Wald Dank sagen“, so Claus Artmayer, Ideengeber und Betriebsleiter der Carl Beuthauser Kommunal- und Förder-technik GmbH & Co. KG, Hagelstadt. Von der Idee bis zur Präsentation des Bayerwaldunimog, dessen Design gemeinsam mit dem Tourismusverband Ostbayern entwickelt wurde, dauerte es drei Monate. Inspiration lieferte der durch die Sozialen Medien geisternde Union Jack-Unimog.

Günter Reimann, Destinationsmanager Bayerischer Wald, ist stolz auf den Bayerwald-Unimog: „Der Bayerwald-Unimog ist ein Beispiel dafür, dass sich

die Menschen mit dem Bayerischen Wald identifizieren und dies selbstbewusst nach außen tragen.“

Steigende Nachfrage

Das Fahrzeug wird bei der Stadt Regen seinen Dienst aufnehmen und als Schneeräumfahrzeug unterwegs sein. Zusätzlich kommt er als Vorführfahrzeug und bei Messen und Verkaufsveranstaltungen der Firma Beuthauser zum Einsatz. Die ersten Interessenten für einen Unimog im Bayerwald-Branding haben sich bereits angemeldet. Georg Bauer, Bürgermeister von Bayerisch Eisenstein, hat zwei Unimogs, die er gerne im Bayerwald-Design fahren lassen würde. CH

ten genauer unter die Lupe genommen und auch anprobiert werden.

Verkaufsberater Rainer Macht präsentierte gemeinsam mit Vertretern der Aufbauhersteller Dücker, Hiab, Gemeiner und Mulag den Unimog als echtes Multitalent. Den ganzen Tag über wurden in Live-Demonstrationen die neuesten Techniken der Mulag-Mähgeräte und der Mähkombinationen von Dücker vorgeführt. Um für den Winterdienst gerüstet sein, stellte Gemeiner zudem eine Vielzahl von Streuer und Schneepflügen aus. Und nicht wie normalerweise im Arbeitseinsatz konnte man an diesem Tag in einem Arbeitskorb an einem HIAB Ladekran in luftiger Höhe einmal über Kulmbach bis zur Plassenburg blicken.

Am Ende des langen Tages waren alle zufrieden. Betriebsleiter Claus Artmayer freute sich mit Werkstattleiter Thomas Schorberth und Verkaufsberater Rainer Macht über die vielen Besucher und die interessanten Gespräche. Artmayer bedankte sich anschließend noch bei den Vertretern der Aufbauhersteller

und dem Kulmbacher Team für deren Einsatz und Engagement.

Mobiler Werkstattservice für nördliche Oberpfalz und Oberfranken

Wartung, Diagnose und Reparaturen an Mercedes Benz Unimog und anderen Kommunalfahrzeugen sowie Anbaugeräten aller namhaften Hersteller werden direkt vor Ort durchgeführt. Mit einem vollausgestatteten Kundendienstfahrzeug kommt ein gut ausgebildeter Experte des Kulmbacher Werkstattpersonals auf den kommunalen Bauhof, das jeweilige Betriebsgelände oder im Notfall auch zum Pannort. Beuthauser kommt mit seiner Werkstatt zu seinen Kunden:

- Wartung nach Herstellervorgaben
- Prüfung nach Unfallvorhütungsvorschriften
- 24-Stunden-Service
- Online-Anbindung
- Ersatzteilservice

Werkstattmeister Thomas Schorberth koordiniert die Einsätze für das Gebiet nördliche Oberpfalz und Oberfranken. □



Als Dank für die erfolgreiche 50-jährige Partnerschaft übergaben Vertreter der Liebherr-Gruppe ein Gemälde an Geschäftsführer Dr. Thomas Burgstaller und Seniorchef Gisbert Burgstaller der Beuthauser-Gruppe. Unser Bild zeigt v.l.: Martin Schlegel, Verkaufsleiter Inland Turmdrehkrane bei Liebherr, Rupert Wieser, Marktverantwortlicher Europa Turmdrehkrane Liebherr, Matthias Burgstaller, Oliver Sowa und Dr. Thomas Burgstaller von der Geschäftsleitung der Beuthauser-Gruppe, Stéfanie Wohlfarth, BeuthauserSenior-Chef Gisbert Burgstaller und Marco Guariglia, Managing Director Sales Liebherr.

Bild: Beuthauser

50 Jahre Beuthauser und Liebherr-Krane:

Miteinander hoch hinaus

Die Passauer Gruppe und das Biberacher Unternehmen feiern Jubiläum einer erfolgreichen Partnerschaft – Insgesamt wurden 1.900 Krane der Marke verkauft

Ehrgeizig, erfolgreich und trotz der expansiven Aufwärtsentwicklung nach wie vor familiengeführt – das und noch viel mehr haben die Unternehmen Beuthauser und Liebherr mit seiner Kran-Produktion in Biberach an der Riß gemeinsam.

Im Jahr 1969 kreuzten sich erstmals die Wege und seither schreiben der Baumaschinen-Spezialist mit Firmensitz in Passau und der Global Player mit Wurzeln in Baden-Württemberg gemeinsam Erfolgsgeschichte. „Beuthauser ist für uns einer der leistungsstärksten Partner weltweit“, betont Geschäftsführer Vertrieb für Lieb-

Mit vollem Einsatz

Allen Grund, miteinander die 50-jährige „eheähnliche“ Beziehung im Bausektor zu feiern, auf dem gegenwärtig noch keine Anzeichen für eine wirtschaftliche Krise auszumachen

herr Biberach Marco Guariglia zum Jubiläum.

sehen, sieht Guariglia. Den Einsatz der Verantwortlichen für Beuthauser und die Firma Liebherr beziffert Guariglia auf 120 Prozent. Nach seinen Worten hat die Liebherr-Kran-Sparte in den zurückliegenden 50 Jahren rund 1.600 Schnellmontage-Krane an Beuthauser verkauft. Zusammen mit 300 großen Obendreherkrane ergibt sich eine Summe von 1.900 Geräten – „Serienkrane, aber auch Sonderprojekte“, wie der Konzern-Manager zusammenfasst.

Kommunaler Praxistag bei Henne:

Ein Schaulaufen der Extraklasse

Ca. 400 Fachbesucher von Bauhöfen haben sich für den diesjährigen kommunalen Praxistag von Henne Nutzfahrzeuge, der in den Jurahallen der Stadt Neumarkt i.d. Oberpfalz stattgefunden hat, angemeldet. Mit über 40 Exponaten und 25 Anbaugeräte-Partnern wurden Lösungen für jede erdenkliche Fragestellung präsentiert. Henne-Geschäftsführer Thomas Rieger bedankte sich bei seinem Team, das die Großveranstaltung stemmte, beim ortsansässigen Bauhof sowie der Kreisstraßenmeisterei auf deren Unterstützung die Firma zum wiederholten Mal setzen durfte.

Vorgeführt wurde alles was der Unimog kann und, mithilfe von kleineren Geräteträgern, zusätzlich alles, wofür der Unimog zu groß ist. Henne ist nicht nur spezialisiert auf das UniversalMotorGerät von Mercedes-Benz, sondern auch einer der führenden Anbieter von JCB Baumaschinen, Geräteträgern und allradgetriebenen Spezialfahrzeugen. Rund um die Marken Unimog, JCB, Fuso Canter, Hansa, Lindner, Aebi und Mul-

Neue, umweltfreundliche, effiziente und wartungsarme Technologien

Für die Gäste war der Tag geeignet um sich über neue, umweltfreundliche, effiziente und wartungsarme Technologien zu informieren. Vom Hansa-Geräteträger, der mit einem hochklappbaren Mähwerk besonderen Bedienkomfort zeigte, über einen Häcksler der Firma Schliesing und einer per Joystick geführten Gießanlage von Eco Technologies bis hin zur elektrisch angetriebenen Kehrmaschine eSwing von Aebi, bei der der Besen lauter ist als das Fahrzeug, durften alle Fahrzeu-

ge und Geräte in Augenschein genommen und ausprobiert werden. Besonders elektrische Lösungen werden für Bauhöfe immer attraktiver, sind doch oft vor Ort Energiequellen in Form von BHKWs oder Solaranlagen vorhanden, um die Maschinen direkt laden zu können.

Natürlich ist längst das ökologische Mähen als Thema in den Bauhöfen angekommen. Inzwischen wird Gras weniger geschnitten und das Mulchen öfters unterlassen. Die Aufgabenstellungen werden dadurch aber nicht weniger, sondern verlagern sich. Die Firma Mulag, Anbaugerätehersteller von Mähwerken, kündigte daher eine Weltneuheit für die kommende IFAT an. Es sei gelungen ein Mähwerk zu entwickeln, das das bienenfreundliche Mähen möglich mache, so ein Vertreter des Unternehmens.

Abschließend referierte Dipl. Verw. (FH) Johann Giffthaler, Verkehrswissen Vilsbiburg, über die Verkehrssicherheit im Bauhof, Pflichten und Organisation. Aus erster Hand wurden Beispiele präsentiert, was es alles im Bauhof zu beachten gilt. Unsicherheiten entstehen oft, wenn nicht genau geklärt ist, wer was delegieren darf und wer letztendlich die Aufsicht hat.

Wichtige Synergien

Aktuell ist Beuthauser mit 40 Kranen an einer Großbaustelle am Flughafen in Frankfurt am Main beteiligt, wie Marco Guariglia unterstreicht, nach dessen Überzeugung sich viele Themen bei den beiden Unternehmen decken. „Wir sind ähnlich aufgestellt“, sagt der Manager mit Blick auf das von ihm repräsentierte Familienunternehmen, das auf Erfahrung und Tradition baue, zugleich definitiv die Mitarbeiter als mit das wichtigste Gut betrachte. Es gebe „ganz wichtige Synergien“, merkt Guariglia ergänzend an, der den Vergleich mit einer Ehe zieht, in der Kompromissbereitschaft, Toleranz und Vertrauen gefragt seien.

Die richtigen Partner

Beuthauser-Senior-Chef Gisbert Burgstaller erinnert an das bereits 2016 begangene Jubiläum „50 Jahre Partnerschaft mit Liebherr Kirchdorf“, dem Sitz der HydraulikBagger GmbH des namhaften Herstellers. Der weitere Vertragsabschluss im Januar 1969 habe den Einstieg in das Liebherr-Krangeschäft bedeutet – „bestimmt nicht einfach“ unter den Voraussetzungen, anfangs nur ein Mitverkaufsrecht eingeräumt bekommen zu haben. Burgstallers Fazit: „Beuthauser hat in den langen 50 Jahren bewiesen, der richtige Liebherr-Händler zu sein.“ Es bestehe auch keine Angst vor der Zukunft mit weiterer Expansion, zumal die Nachfolge inner-

halb der Familie Burgstaller geregelt sei.

Dr. Thomas Burgstaller, Mitglied der dreiköpfigen Beuthauser-Geschäftsführung mit Matthias Burgstaller und Oliver Sowa, richtet den Blick nach vorn, ohne die Historie mit dem Ursprung des Unternehmens in der Eröffnung eines Porzellan- und Haushaltwarengeschäftes in Pfarrkirchen 1898 samt späterem Werkzeughandel für das Handwerk und dem frühzeitigen Import erster landwirtschaftlicher Geräte aus Chicago außer Acht zu lassen. Als Meilensteine nennt er unter anderem die Produktion des ersten mobilen Krans nach dem Zweiten Weltkrieg durch Liebherr und den Neubau des Krankenhauses in Eggenfelden (Niederbayern) 1974 mit fünf Liebherr-Kranen von Beuthauser.

Ausrichtung auf Digitalisierung

Mit den Schlagworten „Weg von Eisen und Stahl“ sowie „Beuthauser 4.0“ skizziert Dr. Thomas Burgstaller die verstärkte Unternehmensausrichtung auf Digitalisierung. „Es geht um ganzheitliche Prozesse und Lösungen, vom Kunden hergedacht“, beschreibt er die Marschroute in die Zukunft – sowohl analog als auch digital mit völlig anderen Anforderungen an die Mitarbeiter. Viele Beispiele zählt der Geschäftsführer auf, darunter die schon vor fünf Jahren aufgebaute Abteilung „Smart Systems“, fokussiert auf den Trend hin zu Vernetzung,

Automatisierung bis hin zu fahrerlosen Steuerungen im Bau- und Transportbereich.

Entscheidende Basis des Erfolgs von Beuthauser sind nach Dr. Burgstallers Ansicht langfristige Partnerschaften mit Lieferanten und Kunden, aber auch das Augenmerk auf die Zusammenarbeit untereinander „auf Augenhöhe“ nach dem Grundsatz, die Menschen mitzunehmen, Selbstverantwortung zu fördern und Vertrauen zu schenken.

Weit über 1.000 Arbeitsplätze

In der Beuthauser-Gruppe sind in den drei Geschäftsbereichen Baumaschinen und Baugeräte, Flurförderzeuge und Kommunaltechnik in neun Gesellschaften an 22 Standorten in Deutschland, Österreich und Polen weit über 1.000 Menschen tätig. Der 2018 generierte Umsatz liegt bei 378 Millionen Euro.

„Wir haben noch viel vor“, sagte Dr. Thomas Burgstaller bei der schönen Feier im September in Passau, die zugleich Mitarbeiter-Fest war. Stéfanie Wohlfarth, geborene Liebherr und Mitglied im Verwaltungsrat der Unternehmensgruppe Liebherr, bat er, mit einem Liebherr-Baukran ein Jubiläumstransparent zu hissen. Wahrlich keine Schwierigkeit für die Leiterin des Liebherr-Unternehmensbereichs Turmdrehkrane, die unter dem Jubel der Festversammlung auch noch einen aus Brezelteig geformten essbaren Liebherr-Kran anschnitt. □



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Unzerbrechliche Frostschutz-Verkehrsspiegel

An unübersichtlichen Verkehrskreuzungen, Ausfahrten und schlecht einsehbaren Stellen sind Verkehrsspiegel und Kontrollspiegel unverzichtbar. In der kalten Jahreszeit schlagen sich allerdings Nebel und Tau auf dem Spiegel nieder, oder es überzieht eine dünne Frostschicht die Spiegelfläche, so dass die Funktionalität nicht mehr gegeben ist.

Das einzigartige Anti-Frost-/Anti-Beschlag-System von AWAG verhindert das Beschlagen, unabhängig von der Temperatur oder der Luftfeuchtigkeit. Bis zu -20°C ist diese Anti-Frost-Funktion garantiert. Die ausgetüftelte Materialzusammensetzung und bewährte Technik ermöglichen den Anti-Frostschutz ohne elektrische Einrichtung. Das Aufstellen der Frostschutz-Verkehrsspiegel ist also denkbar einfach, da keine Elektroinstallation erforderlich ist. Infos: www.awag.de □



Von links: Martina Hartmann und Thomas Rieger vor einem Unimog U 318 mit der Joystick-gesteuerten Ecotech Gießanlage.

Bild: Rudi Rengert



Cisterscapes Landkarte: Staatsminister Bernd Sibler und Projektpartner vernetzen sich. 1. Reihe Mitte: Minister Sibler mit den Landtagsabgeordneten Hans Herold und Holger Dremel (l.) sowie Landrat Johann Kalb und Waldsassens Bürgermeister Bernd Sommer (r). Die Bänder werden durch die Vertreter der jeweiligen Klosterlandschaften gehalten.

Bild: Daniel Löb

MdL Pschierer bei CSU und Mittelstands-Union:

„Beim Umweltschutz mehr Anreize statt Verbote“

Ergersheim/Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim „Klimapolitik muss auch künftig Vollbeschäftigung und Wachstum ermöglichen“, so der Allgäuer CSU-Landtagsabgeordnete Franz Josef Pschierer, der auf Einladung der CSU und der Mittelstands-Union (MU) zum Thema „Klima schützen – Konjunktur stützen“ sprach. „Die wirtschaftspolitische Stabilität ist wichtig auch für die gesellschaftspolitische Stabilität“.

Bei aller Bedeutung und Wichtigkeit des Schutzes von Umwelt und Natur dürften die ökonomischen Ziele wie Vollbeschäftigung, stabile Preise und eine gute Außenhandelsbilanz nicht völlig aus den Augen verloren werden. Pschierer: „Wir brauchen Wachstum, um den Sozialstaat finanzieren zu können“. Er setzte auf „Fakten statt Hysterie“ und auf Lösungen, die gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt werden. „Dabei bauen wir als CSU mehr auf Anreize statt Verbote“, so der MU-Landesvorsitzende.

Deutsche Schlüsselindustrien „nicht in die Tonne treten“

„Wir brauchen eine Klimainnovation, die auch über Steuern entsprechende Anreize für Verbraucher schafft und den Öffentlichen Personennahverkehr ebenso einbezieht, wie technische Neuentwicklungen, neue Antriebsstoffe und einen gewissen Energiemix einschließlich Wasserstoff“. In diesem Zusammenhang stellte der frühere Bayerische Wirtschaftsminister „den oft für großartig gehaltenen ökologischen Fußabdruck“ der Elektromobilität in Frage, „zumal hier die Wertschöpfung eher in Asien und anderswo liegt“. Sich selbst als „Industriepolitiker“ bezeichnend bedauerte Pschierer, dass derzeit eben jene vor allem in Baden-Württemberg und Bayern angesiedelte Schlüsselindustrie „in die Tonne getreten“ werde. Betrug müsse geahndet werden, aber den Diesel-Kraftstoff generell zu verteuern hielt er für falsch.

Die zunehmende Politisierung weiterer Teile der Bevölkerung halte er dagegen für gut, „aber daraus darf keine Polarisierung entstehen“. Gerade bei der Umweltpolitik habe sich ein kategorisches „Schwarz-Weiß-Denken“ entwickelt, verbunden auch mit einer gewissen „Doppelmoral“: Ansprüche und Forderungen stimmten oft nicht mit eigenem Verhalten im Einklang.

Stimmkreisabgeordneter Hans Herold machte im Ferienhof der Familie Oppelt am Beispiel der neuerlichen Zuschüsse für die Franken-Therme in Bad Windsheim deutlich, dass Franz Josef Pschierer nicht nur als Bayerischer Wirtschaftsminister „viel für den Landkreis bewirkt hat“. Die im Landkreis bestehende „faktische Vollbeschäftigung“ und den Standort Bayern insgesamt sah der CSU-Kreisvorsitzende in Ge-

fahr, wenn die wirtschaftspolitischen Belange vollkommen in den Hintergrund träten.

Überreglementierung: Hemmschuh für Mittelstand

In der Diskussion stellte der Vorsitzende des IHK-Gremiums



V.l.: MU-Kreisvorsitzender Gerd Scheuenstuhl, CSU-Ortsvorsitzender Walter Bilke, CSU-Landtagsabgeordneter Hans Herold, Staatsminister a.D. Franz Josef Pschierer, Landrat Helmut Weiß und Bürgermeister Dieter Springmann.

Bild: pmw

Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, Dr. Norbert Teltschik, die Frage, wann denn umweltpolitisch erreicht sei, wenn nicht zuletzt wegen Überreglementierungen Betriebe in Länder abwanderten, wo eben gerade die Umwelt nicht so ernst genommen werde, wie in Deutschland. Überzogene Bürokratie und Überreglementierungen seien eine zentrale Herausforderung für das Überleben des Mittelstandes, meinte auch MU-Kreisvorsitzender Gerd Scheuenstuhl.

Die unterschiedlichen Meinungen zur „10H-Regelung“, bei Windkraftanlagen, wonach diese einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu Wohngebäuden haben müssten, wurden in der Gesprächsrunde ebenso deutlich, wie insgesamt die Wege zum Erreichen der Klimaschutzziele. Hier machte Pschierer klar: „Wir brauchen auch wieder mehr Akzeptanz in der Bevölkerung für technologische Entwicklungen“.

Gemeinde Ergersheim mit vorbildlicher Ökobilanz

Erster Bürgermeister Dieter Springmann betonte, dass man in Ergersheim schon seit Jahrzehnten auf Nachhaltigkeit gesetzt habe, und dies stets mit CSU-Bürgermeistern. Gemeinsam mit CSU-Ortsvorsitzendem

Walter Bilke konnte mit Stolz berichtet werden, dass durch Photovoltaik, Windkraft und Biogas in der Gemeinde jährlich mehr als 1.650 Tonnen CO₂ eingespart werden könne. In der Gemeinde werde deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt als trotz großer Industriebetriebe verbraucht wird.

Sichere Versorgung

Nach Ansicht von Franz Josef Pschierer gehe es bei allen berechtigten Anliegen zum Schutz von Umwelt und Natur auch um

eine „sichere Versorgung rund um die Uhr zu wettbewerbsfähigen Preisen“. Pschierer wies darauf hin, dass Deutschland mit Dänemark die höchsten Strompreise habe. Den Ausstieg aus der Kernenergie hielt er für verfrüht. Es wäre besser gewesen, sehr schnell die Kohlekraftwerke („Dreckschleudern“) abzuschalten und in einem zweiten Schritt Deutschlands weltweit sichersten Kernkraftwerke.

Nach seiner Meinung fehle es an einem energiepolitischen Gesamtkonzept. Gleichwohl könne Bayern eine gute Bilanz vorweisen: Mehr als 40 Prozent des Strombedarfs werde bereits aus erneuerbaren Energien gedeckt und – für die Zuhörer überraschend – der Strom aus Wasserkraft habe nach wie vor dabei den größten Anteil.

Gründung des Landkreis-Klimaforums

Landrat Helmut Weiß forderte mehr Mut in der Politik und mehr Zusammenführen statt Trennen. Nach seiner Ansicht dürfe es bei allen Entscheidungen auch in der Klimapolitik „keine Verlierer“ geben. Deshalb sei im Landkreis ein Klimaforum gegründet worden, welches sich damit beschäftige, „was wir vor Ort tun können, und zwar gemeinsam und nicht gegeneinander“.

PM

Landkreis Bamberg auf dem europäischen Zisterzienserweg

18 Zisterzienserklöster feiern den Auftakt zur gemeinsamen Bewerbung für das Europäische Kulturerbe-Siegel

Mit einem Festakt feierte der Landkreis Bamberg mit seinen europäischen Projektpartnern in Ebrach den Abschluss der Kooperationsverträge und den Start in die gemeinsame Bewerbungsphase für das transnationale Europäische Kulturerbe-Siegel für zisterziensische Klosterlandschaften. Bayerns Wissenschaftsminister Bernd Sibler betonte in Kloster Ebrach die Bedeutung dieses Siegels für die Bewusstmachung gemeinsamer europäischer Geschichte und Werte.

„Dieses Projekt macht Lust auf Europa“, schwärmte der Minister in der ehemaligen Abteikirche des Zisterzienserklusters Ebrach vor zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland, die der Landkreis Bamberg als Initiator, transnational Koordinator und Träger des Zisterzienserprojekts geladene hatte. „Das Europäische Kulturerbe-Siegel erleichtert den Zugang zum europäischen Kulturerbe“, betonte Sibler, gerade die gemeinsame kulturelle Identität und der gemeinsame Wertekonsens verbinde uns Europäer.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der Landkreis Bamberg eine Bewerbung des Zisterzienserklusters Ebrach im Steigerwald zusammen mit Partnerstätten in sechs Ländern. Unter dem internationalen Titel „Cisterscapes - Cistercian landscapes connecting Europe“ soll das einzigartige kulturelle Erbe, das die Zisterziensermönche in der Landschaft hinterlassen haben, erforscht, aufgewertet und in einen Antrag zusammengeführt

werden. Durch das Wirken der Klöster ähneln sich Landschafts- und Siedlungsstrukturen in weit entfernten Gegenden Europas. „Es ist Zeichen der Erinnerung, dass die Idee einer Zusammengehörigkeit europäischer Identitäten schon vor Jahrhunderten existiert hat.“, so Abt Philipp Helm aus dem Ebracher Tochterkloster Rein in der Steiermark.

Kulturerbe verbindet Europa

Klosterlandschaft als Kulturerbe: Zisterzienserweg durch Europa „Die herausragende Bedeutung der Ebracher Klosterlandschaft und unserer Partnerstätten in Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Slowenien und Tschechien ist unsere Motivation für die transnationale Bewerbung auf ein europäisches Kulturerbe-Siegel und soll der Anfang unseres „Zisterzienserwegs“ durch Europa sein!“, erklärte Landrat Kalb und formulierte auch gleich sein Fernziel: „Nach dem Europä-

ischen Siegel kommt der Welterbe-Titel, darauf arbeiten wir langfristig hin.“ Die gestartete Bewerbungsphase im Verbund mit 18 Partnern ist in ihrer Dimension sowohl die größte transnationale Bewerbung, die das Europäische Kulturerbe-Siegel in seiner jungen Geschichte verzeichnet als auch das bislang umfangreichste transnationale Kooperationsprojekt für den Haupt-Fördergeber LEADER Bayern.

Daneben beteiligen sich die Oberfrankenstiftung wie auch die Diözesen Bamberg und Würzburg an der Projektfinanzierung. Auf fachlicher Ebene ist das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege zentraler Partner des Projekts und Mittelgeber für Maßnahmen der Erforschung und Vermittlung von Kulturlandschaften.

Das Bündnis der Klosterlandschaften wird durch insgesamt 50 kommunale und bürgerschaftliche Partner getragen, die sich insgesamt zu einer Investition von vier Millionen Euro verpflichtet haben, um die historische Kulturlandschaft ins Bewusstsein zu rücken, zu vermitteln, touristisch aufzuwerten und für die Weiterentwicklung ländlicher Regionen zu nutzen. □

Kinderrechte anschaulich und verständlich verpackt

Roll-up-Ausstellung macht Station an der Grundschule Hahnbach

Amberg-Sulzbach. Jedes Kind auf dieser Welt hat Rechte. Diese sind festgehalten in der UN-Kinderrechtskonvention, die vor exakt 30 Jahren von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Im Jubiläumsjahr hatte sich der Maxl Spielebus, ein Gemeinschaftsprojekt von Kreisjugendring und Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises Amberg-Sulzbach, dieses Themas angenommen.

Die Verantwortlichen hatten sich dafür insgesamt 10 Kinderrechte herausgepickt, die in den einzelnen Gemeinden im Amberg-Sulzbacher Land thematisiert und mit den Kindern vor Ort bearbeitet wurden. Dabei durften die Kinder ihrer Kreativität freien Lauf lassen und ihre Gedanken zu Papier bringen. Einige der Bilder wurden im Anschluss an die Spielbustour auf Roll-ups verewigt. Diese Roll-ups können nun von Grundschulen gebucht und das Thema Kinderrechte mit Schülern der Klassen 1 bis 4 intensiv besprochen werden. Den Auftakt machte nun die Grundschule in Hahnbach.

Landrat Richard Reisinger lobte bei der Premiere die herausragende Aufbereitung der Materie. „Mit den von den Kindern mitgestalteten Roll-ups kann das Thema Kinderrechte mit kindgerechten Worten und anschaulichen Animationen super vermittelt werden“, betonte der Landkreis-

chef beim Pressetermin in der Aula der Grundschule Hahnbach. Bürgermeister Bernhard Lindner zeigte sich ebenfalls beeindruckt von der Umsetzung des Themas in einfacher Sprache. Es sei auch schon für Grundschüler wichtig, ihre Rechte zu kennen und für diese im Alltag einzutreten, so Lindner.

Die Kommunale Jugendpflegerin des Landkreises Amberg-Sulzbach, Claudia Mai, gewährte nicht nur Einblicke in die Entstehung der Roll-ups, die in Kooperation mit Studentinnen des Studiengangs Medienproduktion und Medientechnik an der OTH Amberg-Weiden entstanden waren, sondern gewährte auch einen Ausblick und mögliche Einsätze der Roll-ups an Grundschulen im Landkreis. Mithilfe der Roll-ups mit den kindgerechten Bildern könnten die Kinder die Texte besser verstehen und mit Unterstützung der Lehrer das allgemeine Thema Kinderrechte mit Bezug auf eigene Erfahrungen besser bearbeiten. □

Uniklinikum, Klinikum Würzburg Mitte und mainGeburtshaus:

Förderung der Geburtshilfe

Um die Situation in der Geburtshilfe zu verbessern und Hebammen zu entlasten, erhält die Stadt Würzburg in diesem Jahr 162.000 Euro Fördermittel vom Freistaat.

Dieser Betrag wird noch um 18.000 Euro aus Eigenmitteln der Stadt und des Landkreises Würzburg ergänzt.

Die Fördersumme ergibt sich aus den Geburten in den beiden Geburtskliniken in der Mainmetropole. Für jede Geburt aus dem Vorjahr stellt der Freistaat 40 Euro zur Verfügung, beide Kommunen stocken den Betrag noch um 10 Prozent auf, so dass in diesem Jahr eine Fördersumme von ca. 180.000 Euro zur Verfügung steht. Mit Unterstützung der Gesund-

heitsregion Plus hatten Vertreterinnen der beiden Geburtskliniken, des mainGeburtshauses, Vertreterinnen der Hebammen und kommunalen Vertreterinnen bereits Ende 2018 an einem Runden Tisch Vorschläge erarbeitet, wie die zur Verfügung stehenden Gelder sinnvoll eingesetzt werden können.

Den Förderbescheid für das „mainGeburtshaus“ überbrachten Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Sozialreferentin Hülya Düber. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer, Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landratsamt München:

Zweite CSR-Veranstaltung voller Erfolg

Zahlreiche Unternehmer bei Vortragsabend zum Thema „Arbeitsplatz“

Über 70 Unternehmerinnen und Unternehmer lauschten vergangene Woche den Referenten der vom Landratsamt München organisierten zweiten CSR-Veranstaltung und nutzten die Gelegenheit zur Vernetzung.

Wie wandeln sich die Ansprüche der Bewerber an den Arbeitsplatz? Welche Angebote machen mein Unternehmen fit für die Zukunft? Und welche Rolle spielt dabei die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortun-

im Landkreis München engagieren sich bereits heute.“ Meist sei das Engagement allerdings punktuell und nicht systematisiert – der erhoffte Erfolg bleibe oft aus. Die CSR-Initiative setzt hier an: „Unser Ziel ist es,

schäftsführer Josef Glöckl (Aeris GmbH, Haar) und Lars Rien (infoWAN Datenkommunikation GmbH, Garching) anschaulich, wie sich kleine Änderungen im Unternehmensalltag auswirken können. Die Themen reichten von der Reduzierung der Krankheitstage durch die Einrichtung eines „active office“ über das gemeinschaftliche Definieren von Zielen durch die gesamte Belegschaft bis hin zum „Verlernen“ negativer Angewohnheiten wie zum Beispiel Nörgeln. Kleine Änderungen, so der Konsens, können zu einem großen Erfolg führen und die Zufriedenheit der Arbeitnehmer enorm verbessern.

Vor und nach dem offiziellen Teil nutzten die Unternehmerinnen und Unternehmer die Zeit, sich zu informieren, zu vernetzen und sich beraten zu lassen.



V.l.: Josef Glöckl, Geschäftsführer Aeris GmbH; Philippe Ludwig, Koordinator für Bürgerschaftliches Engagement; Marcus Fink, Kreisjugendring MünchenLand; Susanna Bertschi, Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft e.V.; Lars Riehn, Geschäftsführer infoWAN Datenkommunikation GmbH; Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales; Moderator Jörn Wiedemann, Terra-Institut und Sven Franke, CO:X. □

tung? Mit Fragen wie diesen beschäftigten sich die Referenten der zweiten CSR-Abendveranstaltung – unter ihnen auch die Schirmherrin der CSR-Initiative des Landkreises, Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. „Der Arbeitsmarkt verändert sich. Der Fokus der Generation Y und Z liegt heute viel stärker auf sozial verantwortlichem Handeln. Corporate Social Responsibility ist deshalb ein Zukunftsthema, das Unternehmerinnen und Unternehmer im Blick haben müssen. Denn die Fachkräfte von morgen messen sie daran“, so Schreyer.

Philippe Ludwig, Koordinator für Bürgerschaftliches Engagement, und Organisator der Veranstaltung betont: „In der heutigen Gesellschaft gewinnen Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und soziales Engagement immer mehr an Bedeutung. Zahlreiche Unternehmen

den Unternehmen verschiedene Wege aufzuzeigen und gelungene Beispiele mit auf den Weg zu geben“, so Ludwig.

Vorträge und Bühnendialog

Nach Vorträgen von Sven Franke von CO:X und Marcus Fink vom Kreisjugendring München-Land zu den Themen „New Work“ und „New Pay“ lauschten die Besucher spannenden und praxisnahen Tipps von Best-Practice-Unternehmen aus dem Landkreis in einem Bühnendialog. Dabei berichteten die Ge-

verkehrs- und Infrastrukturplanung:

Neues Forschungsprojekt

Der Startschuss für das Forschungsprojekt AktMel in Bayreuth ist gefallen. Gefördert wird es mit über 700.000 Euro durch das BMVI im Rahmen der Förderrichtlinie Modernitätsfonds (mFUND).

Beteiligt sind die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hof, die AKDB und der

Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge. Das Ziel: Die Nutzung anonymisierter, geocodierter Einwohnerdaten bei der Infrastrukturplanung.

Infrastrukturplanung erleichtern

Zum Kickoff trafen sich alle Beteiligten des Forschungsprojekts AktMel in den Räumlichkeiten der Bayreuther AKDB-Geschäftsstelle. Bis August 2021 soll eine Online-Schnittstelle für anonymisierte, geocodierte Einwohnerdaten bereit stehen, die öffentliche Stellen nutzen können. Diese Datenbasis soll künftig unter anderem für den Ausbau und die Optimierung von Systemen für den Personennahverkehr eingesetzt werden. Denkbar ist eine Nutzung auf kommunaler und Länderebene. Initiator und Koordinator des Projekts mit einem Volumen von einer knappen Million Euro ist das Institut für Informationssysteme an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hof (iisys). Weiterer Partner ist neben der AKDB der Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge. Das Projekt setzt auf bereits existierende Einwohnerdatenbestände und erzeugt somit keine neuen Datenregister.

Der Projektverantwortliche, Prof. Dr. Richard Göbel vom Institut für Informationssysteme, freut sich über die Unterstützung durch das BMVI. „Dieses Projekt gibt uns die Chance, an der Realisierung einer Lösung zu arbeiten, die demnächst eine konkrete Anwendung in der Infrastrukturplanung finden wird. So kommen Forschung und öf-

Förderbescheide für acht niederbayerische Initiativen

Aiwanger: „Wichtiger Beitrag für lebendige, attraktive Regionen“

Mit dem Regionalmanagement Bayern unterstützt das bayerische Wirtschaftsministerium regionale Initiativen, die Projektideen aus den bayerischen Regionen entwickeln und umsetzen. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger überreichte nunmehr Förderbescheide an acht niederbayerische Initiativen, die Projekte in den fünf Handlungsfeldern „Demographischer Wandel“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Siedlungsentwicklung“, „Regionale Identität“ und „Klimawandel“ umsetzen.

Die einzelnen Projekte reichen von nachhaltigen Mobilitätskonzepten, über die Gewinnung von Fachkräften, dem Standortmarketing, dem Ausbau eines grenzüberschreitenden Forschungsnetzwerkes, der Aktivierung von Ortskernen und dem Flächensparen, bis zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Aiwanger: „Die Projekte leisten einen wichtigen Beitrag für lebendige und attraktive Regionen in ganz Bayern. Für gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen fördern wir mit dem Regionalmanagement gezielt die Eigeninitiative der Regionen. Ziel ist, die regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Kooperation und Vernetzung zu verbessern sowie die regionalen Akteure für innovative Lösungen drängender Zukunftsfragen zu gewinnen.“

Die acht regionalen Initiativen erhalten Fördergelder von rund drei Millionen Euro für einen Projektzeitraum von drei Jahren.

Förderbescheide bekommen:

- Regionalmanagement des Landkreises Dingolfing-Landau
- Regionalmanagement des Landkreises Kelheim
- Regionalmanagement Landshut
- Regionalmanagement Passau
- Regionalmanagement Arberland REGio GmbH – Landkreis Regen
- Konversionsmanagement Freyung und Umgebung
- Regionalmarketing Niederbayern-Forum e. V.
- Europaregion-Donau-Moldau Koordinierungsstelle Ländlicher Raum Niederbayern

Aktuell werden flächendeckend in über 60 regionalen Initiativen viele erfolgreiche Projekte in ganz Bayern gefördert. Mit der Förderrichtlinie Landesentwicklung (FörLa) bestehen attraktive Förderkonditionen: So liegt die maximale Förderhöhe für Initiativen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf und für großräumige Initiativen bei 150.000 Euro pro Jahr, Fördersätze bis zu 90 Prozent sind möglich. □

GZ

GESTERN

hat mein Chef gesagt ...



„In Hamburg kann man sich in wenigen Monaten zusammen mit seinem Haustier bestatten lassen. Das zeigt wieder deutlich, wie sehr sich unser Verständnis von Würde und Pietät bei der Bestattungskultur verändert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war im ersten Moment von der Meldung irritiert, dass die Hamburger Bürgerschaft beschlossen habe, zukünftig zuzulassen, dass Urnen mit der Asche verstorbener Haustiere in die Gräber ihrer Eigentümer mitgegeben werden dürfen.

Vielleicht gibt es aber in der Tat in einer Großstadt wie Hamburg dafür ein ganz reales Bedürfnis. Wahrscheinlich haben Haustiere in Zeiten der Vereinzelung und Vereinsamung, der Singlehaushalte und der Entfremdung in den Familien tatsächlich einen ganz anderen

Bestattungsbräuche im Wandel der Zeit

emotionalen Stellenwert als früher. Bisher sah man es als ganz normal an, dass Eheleute seit an die Gräber von verstorbenen Kindern gebettet werden wollten. Die Kunstgeschichte verdankt diesem Wunsch nach Nähe im Unendlichen, diesen Triumph der Liebe über die Vergänglichkeit der Körper anrührende und bewegende Monumente.

Bei aller Anhänglichkeit zu Haustieren und allem Verständnis für Menschen, die lange Jahre in einem Hund oder einer Katze einen Kameraden gesehen haben: Etwas blasphemisch dünkt mich der Gedanke schon, Fifi und Schnurli auf einer Ebene mit einem geliebten Menschen zu sehen.

Aber die Welt entwickelt sich nach vorne und wir werden über kurz oder lang immer weiter wegkommen (müssen) von unseren traditionellen Vorstellungen von Bestattungen. Damit meine ich beileibe nicht nur die Diskussion um die Sargpflicht, die ja jetzt auch in Bayern gelockert und damit unsere gewachsene Friedhofs- und Bestattungskultur offener für andere Traditionen wird.

Auch das Bedürfnis der Menschen nach Alternativen zur Bestattung auf dem Friedhof müssen wir zur Kenntnis nehmen. Gerade wenn

sich familiäre Bindungen lockern oder die Kinder nicht mehr in der Heimatgemeinde leben und arbeiten ist es ein verführerischer Gedanke, einen würdevollen aber anonymen Ort für die letzte Ruhe zu wählen. Bestattungen im Wald, die ja sogar die Staatsforsten bald anbieten werden, sind hier ein attraktives Angebot. Bestattungen auf See sind ebenfalls eine Alternative. Oberirdisches Ver-

streuen der Asche geht in Deutschland derzeit nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Bremen, dort aber nur, wenn man Bremer war – sicher ein zu hoher Preis für dieses vermeintliche Privileg.

Wir sollten nur aufpassen, dass wir vor lauter Friedwäldern, anonymen Bestattungen und Ascheverstreuen, nicht eines vergessen: Es gehört zum Menschsein dazu, dass man sich wenigstens noch einige Zeit über den Tod hinaus an das Individuum erinnert. Früher galt es als furchtbar, in einem anonymen Grab beigesetzt zu werden. Dieses Schicksal wiederfuhr Armen oder Geächteten. Wo immer es ging, versuchte man sich an die Toten zu erinnern, auch wenn sie nicht einzeln identifiziert werden konnten, etwa bei Massengräbern von Kriegsoffizieren.

Zu unserer Kultur, zu unserer Urbanistik zählen auch die Friedhöfe als grüne Lungen, Oasen der Ruhe und der inneren Einkehr sowie als Orte der Erinnerung.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält es natürlich mit dem Motto, dass jeder nach seiner Façon glücklich werden solle. Wenn einer anonym bleiben wolle – warum nicht. Wenn Herr und Hund auch im Tod nicht voneinander lassen möchten – alles gut. Aber wie das Leben Rituale, Traditionen, schlicht Sicherheit braucht, sollten wir nicht alles, was es an gewachsenen Traditionen auf den letzten Wegen der Menschen gibt, über Bord werfen. Ob es Gedenktage wie Allerheiligen, der Volkstrauertag oder der Totensonntag sind oder eben hergebrachte Bestattungsbräuche. Zum Thema Tod fällt mir heute übrigens der römische Philosophen-Kaiser Marc Aurel ein: „Nicht den Tod soll man fürchten, sondern dass man niemals beginnt, zu leben.“

Ihre
Sabrina

Füracker und Reichhart:

40 staatliche Arbeitsplätze für Freyung

Mietvertrag für Aufbau der neuen Außenstelle des LDBV abgeschlossen

Im Rahmen der Heimatstrategie „Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerung 2015“ erhält Freyung eine Außenstelle „Staats- und Landesgrenzen Bayern“ des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) mit 40 attraktiven Arbeitsplätzen für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

„Die Unterzeichnung des Mietvertrags ist ein wichtiger Meilenstein, um den Behördenstandort Freyung zu stärken“, freute sich Finanz- und Heimatminister Füracker anlässlich des Abschlusses des Mietvertrags für die Unterbringung der Außenstelle durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY).

Dienstbeginn Anfang 2020 für die ersten 20 Mitarbeiter

Auch Bauminister Dr. Hans Reichhart zeigte sich zufrieden: „Schon Anfang 2020 können die ersten 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LDBV ihre Arbeit an ihrem neuen Arbeitsplatz im Herzen Freyungs aufnehmen. Damit auch die verbleibenden 20 Kollegen bald nachziehen können, werden wir weiterhin nach einer dauerhaften Unterbringung suchen.“

Ab dem 1. Quartal 2020 wird ein Aufbaustab auf einer Mietfläche von rund 380 m² in den Räumen des Gebäudes in der Grafenauer Straße 17 seine Tätigkeit aufnehmen. Die über-

gangsmäßige Unterbringung der neuen Außenstelle des LDBV bietet Platz für rund 20 Personen. Um das Personal zielgemäß auf 40 Personen aufbauen zu können, wird von der IMBY derzeit ein Flächenmanagementverfahren durchgeführt.

Zentrale Dienstleistungen

Zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Außenstelle werden künftig insbesondere die Überprüfung, Instandhaltung und digitale Dokumentation der Staats- und Landesgrenzen sowie zentrale Dienstleistungen für das Liegenschaftskataster gehören.

Musterbeispiel für gelungene Strukturpolitik

Zusammen mit dem Bayern-Lab Vilshofen ist damit ein weiterer Baustein zur Strukturentwicklung der ländlichen Region in Niederbayern gelegt. Heimatminister Albert Füracker: „Das ist ein Musterbeispiel für passgenaue, aktive Strukturpolitik.“ □

Oberpfälzischer Integrationspreis 2019:

Ausgezeichneter Ideenreichtum

Sechs Vereine, Schulen und Projektvertreter sind für ihr Engagement mit dem Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz geehrt worden, der mit insgesamt 5.000 Euro dotiert ist. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und der Oberpfälzer Regierungspräsident Axel Bartelt verliehen die Auszeichnungen.

Den 1. Preis erhielt der Bürgertreff Amberg e.V. Mit dem Gedanken, dass sich jedes Individuum, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Religion, in die Gesellschaft einbringen kann, schaffte er einen interkulturellen Bildungsort und ein Nachbarschaftszentrum für Migrantinnen, Migranten und Einheimische.

Im Vordergrund steht dabei, die Kontaktaufnahme zu vereinfachen und für ein Miteinander aller Bewohner des Sebastianviertels zu sorgen. Für Familien soll der Alltag abwechslungsreicher und spannender gestaltet werden, damit die Zugezogenen sich wohlfühlen und in Amberg eine neue Heimat finden. Eingerichtet wurde darüber hinaus ein Familienstützpunkt, eine Anlaufstelle für Familien und Alleinerziehende, Bildungsprojekte sowie eine Viel-

zahl an Veranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die sehr gerne angenommen wurden.

Mit dem 2. Preis wurden jeweils die Katholische Pfarrgemeinde Neutraubling und der TV Hemau e.V. 1904 bedacht. Die Katholische Pfarrgemeinde in Neutraubling setzt sich für die Zusammenführung von Menschen unterschiedlichster Nationalität, Alter, Geschlecht und Religion ein. Zudem kümmert sie sich um die Versorgung mit Lebensmitteln durch die Tafel sowie mit Kleidern, Schuhen und Kinderwägen durch die Kleiderkammer und bietet ehrenamtlich Hausaufgabenbetreuung für Migrantenkinder an.

„Sport verbindet“

Der Turnverein aus Hemau leistet sowohl durch seine sportlichen Aktivitäten als auch durch handwerkliche Projekte hervorragende Integrationsarbeit. 2016 rief der Verein die Arbeitsgruppe „Integration von Flüchtlingen“ ins Leben. Unter dem Motto „Sport

verbindet“ wird den in Hemau lebenden Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben, das Sportgelände zu nutzen und am Trainingsbetrieb teilzunehmen, ohne Mitglied des Vereines zu sein.

Teamfähigkeit erlernen

Einigen Geflüchteten gelang der Sprung in die Fußballhermannschaften, wo sie nun mit Erfolg am regulären Spielbetrieb teilnehmen. Auch das Heranführen an den Arbeitsmarkt ist ein wichtiges Anliegen. Bei konkreten Projekten, wie der Pflege der Außenanlagen und der Renovierung der Fassade des Sportheimes, wird der Umgang mit Werkzeugen, Selbstorganisation und Teamwork gelehrt.

Den 3. Preis konnten schließlich Elke Phlippeau, die Mittelschule Neumarkt an der Woffenbacher Straße/Willibald-Gluck-Gymnasium Neumarkt/Ostendorfer Gymnasium Neumarkt/G6 Haus für Jugend, Kultur und Bildung und die Freiwilligenagentur der Stadtverwaltung Amberg entgegennehmen.

Elke Phlippeau wurde ausgezeichnet, da sie mit ihrem freiwilligen Engagement beweist, dass jeder von uns seinen individuellen Beitrag zur Integration von geflüchteten Menschen leisten kann. Die Sportlehrerin im Ruhestand brachte in den Sommerferien 2017 einem achtjährigen syrischen Jungen das Sprechen und Lesen der deutschen Sprache bei. Sie hilft ihm und zwei weiteren syrischen Jungen bis heute täglich nach der Schule bei den Hausaufgaben und dem Erlernen der deutschen Sprache. Darüber hinaus unterstützt Elke Phlippeau die Familien der Jungen zum Beispiel bei der Wohnungssuche sowie dem anschließenden Umzug und überließ den Familien viele ihrer Einrichtungsgegenstände.

„Schüler helfen Schülern“

Als im Jahr 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland und in die Oberpfalz kamen, entstanden für Schulen zahlreiche neue Herausforderungen. Im Jahre 2017 schufen Gymnasiasten und Schüler der Übergangsklassen das Projekt

„Schüler helfen Schülern“ und geben einmal pro Woche Nachhilfe und die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, die deutsche Sprache zu erlernen und Spaß zu haben. Mittlerweile haben sich noch zahlreiche Gymnasiasten dem Projekt angeschlossen.

Die Freiwilligenagentur der Stadtverwaltung Amberg gründete die Koordinationsstelle „Hilfe für Neuzugewanderte“ und unterstützt mit Projekten die Integration von Neuzugewanderten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt, nämlich in Form von Deutschkursen, Alphabetisierungssprachkurse und Gesprächsrunden mit Einheimischen. Das Projekt „Arbeitsmarktintegration“ hilft eine passende Ausbildungs- bzw. Arbeitsstelle zu finden. Ehrenamtliche Paten stehen mit Rat und Tat im Alltag zur Seite und helfen in allen Bereichen des Lebens. DK

Beilagenhinweis

Der Ausgabe 22 der Bayerischen Gemeindezeitung legen wir den Jahreskalender 2020 der LGA – Landesgewerbeanstalt – bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 21. November 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für kommunale Entscheider
- Sicherheit · Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz
- Freizeitanlagen und Tourismus

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.apsedpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

Das GZ-Netzwerk



Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Energiedienstleistung



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

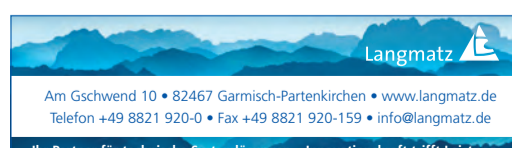


Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 • 82467 Garmisch-Partenkirchen • www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 • Fax +49 8821 920-159 • info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunaler Datenschutz



Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BlmSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für *Flutlicht*

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.